

**Jörg Rudolph, Frank Drauschke,
Alexander Sachse**

Hingerichtet in Moskau

Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950 - 1953

Berlin 2007

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 23

Titelblatt-Foto: Gedenksteine auf dem Moskauer Friedhof Donskoje für die in Moskau Hingerichteten; Quelle: facts & files

Die Grundlage dieses Bandes bilden die Ergebnisse der Recherchen eines gemeinsamen Forschungsprojektes von Memorial International Moskau, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin und Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, die im Jahr 2005 unter folgendem Titel veröffentlicht wurden:

Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky (Hg.): „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, Berlin 2006, 2. Auflage.

Copyright 2007 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

1. Auflage, 2007

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-26-8

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 – 0; Fax: (030) 24 07 92 – 99

Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Vorwort	5
Todesurteile durch Sowjetische Militärtribunale in der DDR	6
Abschied ohne Wiederkehr: Der Fall Walter Linse	6
Widerstand in der DDR – Ursachen, Organisation und Wirkung	10
Jugend in Opposition	13
Widerstand in der Staatspartei	17
Wunsch nach Freiheit und Demokratie	19
Die Sonderrolle West-Berlins im Kalten Krieg	23
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)	26
Die Ostbüros demokratischer Parteien	31
Stimmen der Freiheit	33
Spionage – Eine Form des Widerstands	38
Ein tödliches Geschäft: Schwarzhandel mit Uranerz	41
Die Arbeit sowjetischer Geheimdienste in der SBZ/DDR	45
Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	47
Die Staatssicherheit in Ost-Berlin	56
Haftstätten des MfS und MGB in Berlin	58
Das MGB als Ermittlungsorgan in SMT-Verfahren	69
Sowjetische Militärjustiz in Deutschland	72
Prüfung der verfahren und Gnadengesuche an das Präsidium des Obersten Sowjets	75
Häftlingstransporte und Hinrichtungen in Moskau	77
Bestattungen auf dem Moskauer Friedhof Donskoje	79
Die verzweifelte Suche der Angehörigen nach den Verschollenen.....	80
Erinnern und Gedenken an die SMZ-Opfer	82
Biografien der Opfer aus Berlin	84
Auszug aus dem Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 22. November 1926	130
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	132
Kontaktadressen	134

Vorwort

Auch nach der Teilöffnung sowjetischer bzw. russischer Archive am Ende des letzten Jahrhunderts mussten noch mehr als zehn Jahre vergehen, bis endgültig das Schicksal mehrerer Hundert deutscher Zivilisten geklärt werden konnte, die zwischen 1950 und 1953 von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt, dann nach Moskau verschleppt und hier hingerichtet wurden.

Es ist das Verdienst von Memorial International Moskau, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Historischen Forschungsinstitut „Facts & Files“ in Berlin, in den letzten Jahren bittere Klarheit geschaffen und der verzweifelten Suche vieler Angehöriger nach den in den frühen 1950er-Jahren Verschollenen ein Ende gesetzt zu haben.

Von den insgesamt 923 Deutschen Zivilisten, die nach dem aktuellen Forschungsstand zwischen April 1950 und Dezember 1953 in Moskau hingerichtet wurden, kamen 241 aus Berlin - mehrheitlich aus West-Berlin. Die Leichname wurden verbrannt; die Asche fand auf dem Moskauer Friedhof Donskoje die letzte Ruhestätte. Hier erinnert seit 2005 ein Gedenkstein an diese deutschen Opfer sowjetischen Terrors. In der Mehrzahl wurden sie inzwischen von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert und damit die Urteile als rechtswidrig erklärt.

Ihrem Schicksal ist dieser Band gewidmet. Er nennt ihre Namen, gibt ihnen wieder ein Gesicht, bettet ihr Schicksal in den zeitgeschichtlichen Kontext ein und weist aus, in welchem Umfang das Ministerium für Staatssicherheit dem sowjetischen Verfolgungsapparat zuarbeitete.

Über die konkreten Schicksale hinaus belegt dieser Band, von welchem blutigem Terror die Gründung der DDR und die Durchsetzung wie Absicherung der SED-Diktatur in jenen Jahren begleitet war, die mancherorts noch immer als der hoffnungsvolle und enthusiastische Beginn des Einsatzes und Kampfes für eine gerechten gesellschaftlichen Ordnung idealisiert werden.

Martin Gutzeit
(Landesbeauftragter)

Todesurteile durch Sowjetische Militärtribunale in Berlin

Abschied ohne Wiederkehr: Der Fall Walter Linse

In den frühen Abendstunden des 10. Juli 1952 finden sich auf dem Vorplatz des Schöneberger Rathauses etwa 25.000 West-Berliner ein, um an einer Demonstration gegen die Entführung von Dr. Walter Linse teilzunehmen. Der West-Berliner Oberbürgermeister Dr. Fritz Reuter fordert von den ostdeutschen und sowjetischen Stellen die Herausgabe des zwei Tage zuvor aus dem Westteil der Stadt entführten Juristen.

Der Rechtsanwalt Dr. Linse war am Morgen des 8. Juli 1952 im Auftrag der DDR-Staatssicherheit von bewaffneten Kriminellen direkt vor seiner Wohnung in Berlin-Lichterfelde, Gerichtsstraße Nr. 12, entführt worden. Aufmerksame Passanten hatten noch versucht, das Verbrechen zu verhindern oder wenigstens durch lautes Hupen die Aufmerksamkeit der Polizei oder der US-Armee auf das Geschehen zu lenken¹, aber vergeblich. Dr. Linse wurde in einem eigens präparierten Auto in den Ostteil der Stadt gebracht. Mit hoher Geschwindigkeit durchbrach das Fahrzeug der Entführer den Kontrollpunkt der Grenzpolizei in Teltow. Auf der ostdeutschen Seite wartete die Staatssicherheit bereits auf ihr Opfer.

Walter Linse, 1903 als Sohn eines Postsekretärs in Chemnitz geboren, promovierte an der Universität in Leipzig und arbeitete seit 1938 in seiner Heimatstadt als Referent für die Industrie- und Handelskammer (IHK). Er war dort für die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen und die Organisation des Zwangsarbeitereinsatzes zuständig. Nachdem Linse 1940 der NSDAP beigetreten war, engagierte er sich während des Krieges in einer Widerstandsgruppe namens „Ciphero“ - so die schriftliche Aussage eines anderen Mitglieds dieser Gruppe im Juni 1945. Nach Kriegsende wurde Linse Geschäftsführer der IHK Chemnitz und organisierte die Demontagen deutscher Firmen für die sowjetische Besatzungsmacht in der Region.²

Anfang Juli 1949 flüchtete Linse nach West-Berlin, wo er zuletzt die Abteilung für Wirtschaftsfragen beim „Untersuchungsausschuss freier Juristen“ (UfJ) leitete. Der UfJ leistete Rechtsberatung für Bürger der

¹ Die Gerichtsstraße in Berlin-Lichterfelde wurde am 10.06.1961 in „Walter-Linse-Straße“ umbenannt.

² Vgl. Benno Kirsch, Walter Linse 1903 - 1953 - 1996, in: Lebenszeugnisse - Leidensweg 19, Publikationsreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden 2007.

SBZ/DDR. Der Verein zog vor allem mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie Strafanzeigen gegen die DDR-Justizministerin Hilde Benjamin oder den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, den Hass der gesamten DDR-Führung auf sich. In den Büros des UfJ in Berlin-Zehlendorf wurden über Jahre detaillierte Informationen und zahlreiche Quellen zur politischen Justiz in der SBZ/DDR gesammelt und Bürgern aus Ostdeutschland Rechtsauskünfte für den Kampf mit der SED-Bürokratie erteilt. Bei solchen Befragungen sammelten die Juristen im Gegenzug bei den Ratsuchenden auch Informationen über die SBZ/DDR, die für westalliierte Nachrichtendienste von Interesse waren. Im Gegenzug finanzierten diese Geheimdienste den UfJ. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verfolgte deshalb bereits seit Längerem das Ziel, Linse in die DDR „zurückzuführen“.

Für die Freigabe des entführten Linse setzen sich neben deutschen Politikern auch prominente Vertreter westalliiertes Schutzmächte ein: So fordert der geschäftsführende Hohe Kommissar der USA in Deutschland, nach einem Gespräch mit Linses Ehefrau, von seinem sowjetischen Widerpart Armeegeneral Wassili Tschuikow die sofortige Freilassung. Doch es war vergeblich. Der aufgrund des öffentlichen Protestes prominent gewordene Häftling sitzt zu dieser Zeit in der Untersuchungshaftanstalt des MfS Berlin-Hohenschönhausen ein – dem berüchtigten „U-Boot“. Hier wird er in den folgenden Monaten durch das MfS und den sowjetischen Geheimdienst MGB vernommen. Einer seiner Verhöroffiziere ist Erich Mielke, später Minister für Staatssicherheit. Mielke ist zu dieser Zeit im Range eines Staatssekretärs für operative Aufgaben im MfS und auch für die Untersuchungshäftlinge der Geheimpolizei zuständig.

Anfang Dezember 1952 übergibt die Staatssicherheit Dr. Walter Linse an den MGB. Der Gefangene wird nach späteren Aussagen von Mithäftlingen im Hauptquartier des MGB für Deutschland, dem früheren St. Antonius-Krankenhaus in Berlin-Karlshorst, festgehalten.

Nach mehr als einem Jahr qualvoller Untersuchungshaft fällt das höchste Gericht der Besatzungsstreitkräfte in der DDR – das Sowjetische Militärtribunal Nr. 48240 – am 23. September 1953 in den Räumen des ehemaligen Amtsgerichts von Berlin-Lichtenberg gegen Dr. Walter Linse das Todesurteil wegen Spionage. Der MGB verschleppt ihn am 6. Oktober 1953 in Richtung Moskau. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ein von Dr. Linse zuvor eingereichtes Gnadengesuch am 2. Dezember 1953 ab. Das Urteil wird in der Nacht des 15. Dezember 1953 im Moskauer Gefängnis Butyrka vollstreckt. Zusammen mit Linse wird in dieser Nacht der Leipziger Herbert Kaiser hingerichtet, den ein Trupengericht der Roten Armee we-

gen der Teilnahme am Volksaufstand des 17. Juni 1953 zum Tode verurteilt hatte.

Die Hinrichtung wurde lange geheim gehalten. Verwandte und Freunde von Linse versuchten lange, sein Schicksal nach der Verhaftung aufzuklären. Erst Ende der 1950er-Jahre ließ der KGB über die deutsche Botschaft in Moskau den Angehörigen das Sterbedatum mitteilen, womit endgültig alle Gerüchte verstummt, nach denen Linse noch Jahre nach seiner Hinrichtung in verschiedenen sowjetischen Haftstätten gesehen worden sei. Jede weitere Nachfrage verbat sich die sowjetische Seite strikt und drohte der Bundesrepublik sogar mit dem Abbruch der Verhandlungen über die humanitären Fragen in Bezug auf die deutschen Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilisten. In den folgenden Jahrzehnten herrschte Schweigen in Moskau und Ost-Berlin; der Witwe von Walter Linse wurden weder die Grablage noch die genauen Umstände des Todes mitgeteilt.

Erst nach den politischen Reformen Ende der 1980er-Jahre war es möglich, kleine Teile der Akten des Strafverfahrens - nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der russischen Sowjetrepublik³ - gegen Dr. Linse einzusehen. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitierten Dr. Walter Linse am 8. Mai 1996. Teile der ihn betreffenden russischsprachigen Unterlagen aus den Gerichtsakten sind inzwischen publiziert.⁴ Am deutschen Haftort Berlin-Hohenschönhausen, heute eine Gedenkstätte, findet die Biografie von Walter Linse besondere Beachtung.

Auch wenn im Jahr 2007 längst noch nicht alle Fragen zum Schicksal von Dr. Walter Linse beantwortet werden können, gelang es den Autoren des Bandes „Erschossen in Moskau ...“⁵ durch umfangreiche Recherchen in

³ Ein Auszug der einschlägigen Paragraphen findet sich in dieser Broschüre.

⁴ Eine ausführliche Darstellung zur Planung und Entführung von Dr. Walter Linse durch das MfS findet sich bei Siegfried Mampel: Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. Berlin 2006, 3. Auflage, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 10.

⁵ Grundlage dieser Publikation bilden die Recherchen des gemeinsamen Forschungsprojektes von Memorial International Moskau, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin und Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, 2005 unter dem Titel: „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, herausgegeben von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky, veröffentlicht wurden.

den letzten beiden Jahren, neue Informationen zu seinem Schicksal und dem von weiteren etwa 1.000 Personen zu rekonstruieren.

Im vereinten Deutschland hatte man bis Ende der 1990er-Jahre nur geringe bzw. gar keine Kenntnisse über die Todesurteile der sowjetischen Militärjustiz in der SBZ/DDR. Nach einer Aktennotiz der Rechtsschutzstelle der Bundesrepublik vom September 1959 sei im Jahre 1951 „kein Todesurteil, das ausgesprochen wurde, vollstreckt“ worden. Auch für die folgenden Jahre gingen die Juristen in Bonn von der gleichen Annahme aus.

Wie neueste Forschungen belegen, war dies eine klare Fehleinschätzung. Allein im Jahr 1951 vollstreckte der sowjetische Geheimdienst in den Kellern des Moskauer Butyrka-Gefängnisses 441 Todesurteile gegen deutsche Staatsbürger aus Ost- und Westdeutschland. Im Jahr 1953 – dem Jahr, als Dr. Walter Linse erschossen wurde – waren es immerhin noch 3 Frauen und 36 Männer aus Deutschland, die der MGB in Moskau ermordete; die Mehrzahl von ihnen vor dem Tode Stalins am 5. März 1953.

Insgesamt wurden zwischen April 1950 und Dezember 1953 923 Deutsche in Moskau hingerichtet, vier der zum Tode Verurteilten starben kurz vor ihrer Hinrichtung. Ihre Leichname wurden verbrannt und die Asche fand auf dem Moskauer Friedhof Donskoje die letzte Ruhestätte. Nach Angaben der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial International Moskau wurden in dieser Zeit insgesamt 1.438 Menschen in Moskau erschossen - zwei Drittel von ihnen kamen aus Ost- oder Westdeutschland.

Im Folgenden sollen die Hintergründe des Schicksals von 241 Menschen aus Berlin dargestellt werden, die in Moskau Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Die Tatsache, dass eine Reihe von Nachrichten durch das MGB und MfS systematisch gefälscht wurden und viele Akten noch immer als geheim eingestuft werden und damit Familien oder Forschern verschlossen bleiben, macht deutlich, wie schwierig die Recherchen waren.

Widerstand in der DDR – Ursachen, Organisation und Wirkung

Am Ende des Zweiten Weltkriegs teilten die vier alliierten Siegermächte – Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA – Deutschland und Berlin in Besatzungszonen auf, wie in den Konferenzen von Jalta, Potsdam und London vereinbart. Amerikanische Truppen zogen sich Anfang Juli 1945 aus den während der Kampfhandlungen besetzten Gebieten in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg sowie der Provinz Sachsen und Anhalt hinter die zuvor vereinbarte Demarkationslinie zurück. Im Gegenzug besetzten Truppen der USA und Großbritanniens zum 4. Juli 1945 Stadtgebiete im Westteil Berlins, aus denen sich kurz zuvor die Rote Armee zurückgezogen hatte. Den nordwestlichen Teil von Berlin wiesen die Alliierten nachträglich der französischen Besatzungsmacht zu, die Mitte August 1945 in das Gebiet einrückte.

Bereits 1946 zerfiel die Allianz der Sieger, der Kalte Krieg begann. Die Sowjetunion und die USA stritten von nun an um die Vorherrschaft in der Welt. Das besetzte Deutschland und insbesondere Berlin wurden, geteilt durch den „Eisernen Vorhang“, zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen beiden Gesellschaftssystemen und damit auch zum Schlachtfeld verfeindeter Geheimdienste. Während die drei Westmächte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 23. Mai 1949 betrieben, entstand unter sowjetischer Regie in Ostdeutschland am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR), in der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) unter Walter Ulbricht den Führungsanspruch der kommunistischen Bewegung mit allen Mitteln durchsetzte.

Der von der sowjetischen Besatzungsmacht eingeleitete und von der SED durchgesetzte Kurs gesellschaftlicher Veränderungen griff tief in die traditionellen Eigentumsstrukturen der Bevölkerung ein. Verloren Hersteller von Rüstungsgütern ihre Firmen bereits in den Jahren 1945/1946, kam es in den Folgejahren zu einer breiten Enteignung von Unternehmern aller Branchen. Mit Hilfe unternehmerfeindlicher Rohstoffbewirtschaftung und Steuerpolitik richtete das DDR-Regime in den ersten Jahren seiner Macht absichtsvoll zahllose Kleinunternehmen in Handel und Gewerbe zugrunde. Die so enteigneten Verlage, Geschäfte, Gaststätten und kleineren Werkstätten wurden in die staatliche Handelsorganisation (HO), die Kommunalen Wirtschaftsbetriebe (KWU) oder in Konsumgenossenschaften eingereiht. Traditionelle Handelsbeziehungen zwischen ost- und westdeutschen Gebieten wurden mittels administrativer Vorgaben unterbrochen. Im Rahmen einer Bodenre-

form enteignete die SBZ seit dem Sommer 1945 Landwirte, die über Nutzflächen von mehr als 100 ha verfügten.

Der Verlust der Lebensgrundlage, die Vielzahl antidemokratischer Eingriffe auf politischer Ebene, der eingeleitete Strukturwandel an den Universitäten und die staatlich sanktionierte Anfeindung kirchlicher Arbeit ließen unter der Bevölkerung den Unwillen gegen das Regime wachsen, das sich mit der allgegenwärtigen Präsenz der sowjetischen Besatzungsarmee und durch eine eigene Geheimpolizei die Macht sicherte. Die über große Teile zerstörte frühere Reichshauptstadt Berlin war Brennpunkt all dieser Probleme, welche sich durch die Vielzahl von Flüchtlingen, administrativen Beschränkungen und der Wohnungsnot noch verschärften. In den letzten Kriegs- und Nachkriegswochen verlor die Stadt fast alle wichtigen Versorgungsgrundlagen: Die hierfür notwendige Infrastruktur war über weite Teile zerstört oder wurde demontiert, Fachkräfte und Rohstoffe für die Industrie fehlten, ganze Wohnviertel lagen in Trümmern. Das Umland, mit Sollablieferungen belegt, war kaum in der Lage, die in der Stadt verbliebene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zusätzlich zu diesen Engpässen blockierte die UdSSR vom Mai 1948 an fast ein Jahr lang alle Versorgungswege nach West-Berlin. Nur eine Luftbrücke der Westalliierten rettete die Stadt vor dem wirtschaftlichen Kollaps und prägte die Spaltung bis zur deutschen Wiedervereinigung.

Die von der SED und ihren Massenorganisationen propagierte deutsch-sowjetische Freundschaft fand angesichts von Übergriffen durch Sowjetsoldaten auf die Zivilbevölkerung oder des bis dahin ungeklärten Schicksals deutscher Kriegsgefangener sowie einer Vielzahl politischer Häftlinge in den „Speziallagern“ nur wenig Zuspruch in der Bevölkerung.

Mitglieder zugelassener demokratischer Parteien wehrten sich seit Ende der 1940er-Jahre gegen ihre Vereinnahmung durch die SED-Politik über die von der kommunistischen Partei geschaffene Wahlplattform „Nationale Front“. Kurzzeitig gewährte politische Freiheiten hatten zu offenen Niederlagen für die SED geführt: So war bei den Gemeindewahlen im Jahr 1946 der Herrschaftsanspruch der SED infrage gestellt worden, ihre Kandidaten hatten massive Wahlniederlagen hinnehmen müssen.

Zudem erwuchs seit Ende der 1940er-Jahre im Westen Deutschlands ein offenkundig erfolgreicher Gegenentwurf zum sowjetisch geprägten Wirtschaftssystem in Ostdeutschland. Während im Osten mit einem hohen Anteil von Staatsbetrieben und rigiden Planvorgaben erfolglos versucht wurde, den Mangel zu verwalten, profitierten in Westdeutschland die Bürger, unter ihnen eine Vielzahl von Kriegs- und SBZ/DDR-Flüchtlingen, zunehmend

vom wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Ausgelöst durch die Währungsreform vom 20. Juni 1948, die Integration in den westeuropäischen Wirtschaftsraum und dank großzügiger Wiederaufbaukredite, vor allem solcher aus dem Marshall-Plan, gelang es in Westdeutschland, die Kriegsschäden viel schneller zu beseitigen und die Industrie umfassend zu modernisieren. Wollten Ostdeutsche an diesem Wirtschaftserfolg teilhaben, mussten sie illegale Wege beschreiten, wofür ihnen drakonische Strafen drohten. So zwangen beispielsweise unterschiedliche Währungen zum illegalen Transfer von Geldbeträgen. Der Besitz von westlichen Waren über willkürlich festgesetzte Höchstmengen hinaus galt in der SBZ/DDR als „Wirtschaftsverbrechen“. Reisen ohne den „Interzonenpass“ in die Besatzungszonen der Westalliierten bzw. in die spätere Bundesrepublik⁶ waren nur als illegale Grenzgänge über eine zunehmend strenger bewachte Demarkationslinie möglich. An ein auf Dauer geteiltes Deutschland wollte der Großteil der Bevölkerung damals jedoch nicht glauben. All diese äußeren Umstände führten etliche DDR-Einwohner, sofern sie nicht in den Westen flohen und von hier aus aktiv gegen das SED-Regime wirkten, in den Kreis illegaler Zirkel und Widerstandsgruppen.

⁶ Nur mit einem solchen Pass war die Aus- und Einreise für Ost- sowie Westdeutsche in die DDR möglich, erst im September 1953 zog sich die Sowjetische Kontrollkommission aus dem Verfahren zurück. Eine Ausnahme bildete Berlin: In der Stadt verfügten die Bewohner und Gäste bis zum Mauerbau 1961 über die Freizügigkeit des kleinen Grenzverkehrs, obgleich schikanöse Kontrollen von Seiten der DDR-Behörden üblich waren.

Jugend in Opposition

Eine Vielzahl von Oberschülern, Lehrlingen oder Studenten versuchte, sich der Vereinnahmung durch kommunistische Massenorganisationen, allen voran die Freie Deutsche Jugend (FDJ) unter Erich Honecker, zu entziehen und vertrat nonkonforme Auffassungen von Freizeitvergnügungen und politischer Machtbeteiligung. Bemühungen der zugelassenen Parteien LDP(D) und CDU, aber auch der Kirchen, eigenständige Jugendorganisationen zu bilden, wurden in der SBZ/DDR massiv verfolgt. In Schulen und Universitäten wurden die Jugendlichen mit dem politischen Versagen ihrer Eltern und Großeltern während des Dritten Reiches konfrontiert. Nicht wenige von ihnen zogen deutliche Parallelen zwischen der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur und lehnten sich gegen das neu errichtete Regime einer Einparteiherrschaft auf. Politisch interessierte Jugendliche schlossen sich zu informellen Zirkeln zusammen und suchten den Kontakt zu DDR-kritischen Organisationen und westdeutschen Medien, um auf diesem Weg an Informationsmaterial oder an logistische Hilfe für ihre Widerstandsaktionen zu gelangen.

Diese Jugendlichen kritisierten zunehmend offen, unter anderem in Flugblattaktionen, die Lebensbedingungen in der DDR oder wiesen auf Defizite in Politik und Wirtschaft hin, so z.B. auf die sich anbahnende Fälschung der Wahlen zur DDR-Volkskammer im Herbst 1950. Aufgrund von Westkontakten, infolge offener Aktionen oder häufig auch durch Denunziationen gerieten diese Jugendlichen ins Visier der DDR-Behörden oder der Besatzungsmacht. Unter den Verurteilten der Sowjetischen Militärtribunale war der Anteil der Jugendlichen besonders hoch: Allein zwischen 1950 und 1953 erschoss der sowjetische Geheimdienst in Moskau 293 Deutsche der Jahrgänge 1925 bis 1933.

Zu ihnen gehört Fritz Humprecht: Der 1930 in Haselbach/Thüringen geborene Lehrersohn lernt bei der Deutschen Reichsbahn in Tröglitz bei Zeitz. Bereits 1947 tritt er der LDP(D) bei. Humprecht wohnt im Thüringischen Meuselwitz. Hier schließt er sich einer Widerstandsgruppe von Meuselwitzer Schülern an und flüchtet schließlich nach West-Berlin, wo er im Jugendheim der antikommunistischen Vereinigung „Bund deutscher Jugend“ (BdJ) am Wannsee unterkommt. Bei der Verteilung von Flugblättern in Ost-Berlin wird er am 14. Februar 1952 festgenommen. Auch Humprechts Mutter wird nach der

Verhaftung ihres Sohnes von ihrem Arbeitsplatz zu einem Verhör durch den MGB abgeholt.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Fritz Humprecht am 17. Mai 1952 – vermutlich in Potsdam - wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Agitation zum Tode durch Erschießen. Nach Aussagen von Mithäftlingen verschwindet Humprecht im Sommer 1952 aus dem Gefängnis Potsdam Mirbachstraße (= MGB/KGB-Gefängnis Leistikowstraße); Leidensgefährten lesen im Juli/August 1952 seinen Namen an einer Zellenwand im Durchgangsgefängnis Brest-Litowsk an der sowjetisch-polnischen Staatsgrenze.

Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 17. Juli 1952 ab, vier Tage später wird das Urteil in Moskau vollstreckt. Am 29. Januar 2001 rehabilitieren russische Militärjuristen Fritz Humprecht.

Schüler und Studenten, die versuchten, sich ihre Ausbildungsstätte frei zu wählen oder sich anderweitig dem staatlichen Lenkungssystem in der DDR entzogen, wurden durch die SED verfolgt. So spitzten sich im Jahr 1948 an der Berliner Humboldt-Universität die Konflikte so zu, dass diejenigen, die nicht mehr bereit waren, sich den sowjetischen Bildungsidealen zu unterwerfen, die Universität demonstrativ verließen. Im Bestreben, verkrustete Strukturen traditioneller Universitäten aufzubrechen und dem Einfluss autoritärer Politik zu entgehen, gründeten 1948 Berliner Studenten auf dem Gelände der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem die „Freie Universität Berlin“ (FU Berlin).

Die FU profitierte, ebenso wie die am 15. Januar 1949 wiederbelebte Deutsche Hochschule für Politik (DHfP),⁷ in ihren Anfangsjahren von der besonderen Zuwendung amerikanischer Verwaltungen und Stiftungen. Erinnerung sei an den sogenannten „Henry Ford Bau“, das aus Mitteln der gleichnamigen Stiftung neu errichtete Hauptgebäude der FU Berlin. Eine Förderung, die den Ost-Berliner Machthabern als Beleg für die Unterwanderung beider Hochschulen durch US-Geheimdienste galt und deren Studenten als potenzielle Agenten erscheinen ließ.

⁷ Die Hochschule für Politik wurde Anfang 1949 eröffnet. Ihr erster Nachkriegsdirektor war der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr (SPD). Zu den akademischen Lehrern gehörten Emigranten wie Ernst Fraenkel, Ossip K. Flechtheim und Richard Löwenthal. Im April 1959 wurde die DHfP als Otto-Suhr-Institut (OSI) in die FU Berlin eingegliedert.

Studenten aus der SBZ/DDR gaben bei ihrer Immatrikulation an der DHfP oder der FU häufig an, dass sie im Osten politischer Verfolgung ausgesetzt seien. Tatsächlich standen Studenten dieser Einrichtungen im Fokus der Volkspolizei und des MfS. Den Studenten wurde von Seiten der West-Berliner Hochschulen empfohlen, die „Zone“ zu meiden, jedoch nahmen einige von ihnen diese Warnung nicht ernst genug und zahlten dafür einen hohen Preis: Bis heute ist die genaue Zahl der verhafteten oder verschleppten Studenten aus Berlin unbekannt.

Einige der verschollenen Studenten kehrten zwischen 1945 und 1955 aus sowjetischen Lagern oder ostdeutschen Haftanstalten in die Bundesrepublik zurück.

Zu ihnen gehört auch Heinrich Twyrdy. Der Student, 1919 in Kattowitz geboren, wohnt vor seiner Inhaftierung durch das MGB am 22. Mai 1948 in Berlin-Charlottenburg. Bis zum Sommer 1952 wird das SPD-Mitglied in verschiedenen Berliner Haftanstalten des MfS und MGB, u.a. in Hohenschönhausen, Lichtenberg und Karlshorst, festgehalten.

Nach fast vier Jahren „Untersuchungshaft“ wird Heinrich Twyrdy im April 1952 vor einem SMT in Berlin-Lichtenberg zur Zwangsarbeit verurteilt und in ein sowjetisches Haftarbeitslager der Region Workuta verschleppt.

Er kommt im Oktober 1955 über Friedland in seine Heimat zurück.⁸

Das Schicksal weiterer Verschleppter blieb bis weit in die 1990er-Jahre ungeklärt. Zu den insgesamt zwölf bisher bekannten Fällen von Studenten aus Ost- und West-Berlin, die in den 1950er-Jahren in Moskau hingerichtet wurden, gehört auch Peter Püschel.

Der Sohn eines Bauern wird 1927 in Wampen/Krs. Greifswald/Pommern geboren und wohnt bis zu seiner Verhaftung in Berlin-Charlottenburg. Im Mai 1947 tritt er in die CDU ein. Püschel muss aufgrund politischer Verfolgung aus Rostock nach West-Berlin fliehen und nimmt hier das Studium an der Deutschen Hochschule für Politik auf. Er pflegt Verbindungen zu studentischen Widerstandsgruppen, zum Ostbüro der CDU, zur KGU und vermutlich auch zur antisowjeti-

⁸ Seine Begegnung mit ihm beschreibt Joseph Scholmer: Arzt in Workuta, Bericht aus einem sowjetischen Straflager. München 1981. 2. Auflage, S. 15 ff.

schen Emigrantenorganisation NTS. Während einer Flugblattaktion gegen die Einheitswahlliste der SED bei der bevorstehenden Volkskammerwahl im Oktober 1950 wird er am 28. September 1950 bei Potsdam verhaftet. Das MfS übergibt ihn am 22. November 1950 an das MGB. Mithäftlinge bezeugen seine Anwesenheit im zentralen MGB-Gefängnis in Berlin-Lichtenberg. Ermittlungen des MGB zufolge soll er Flugblätter der NTS in russischer Sprache verteilt haben. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Püschel am 20. Juni 1951 in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage und Verbindungen zur ausländischen „Organisation der weißen Emigranten“ (= NTS) zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt am 17. September 1951 sein Gnadengesuch ab. Das Todesurteil wird fünf Tage später in Moskau vollstreckt. Bereits am 31. Januar 1951 berichtet die „Neue Zeitung“ in West-Berlin über das Todesurteil, dennoch erfährt die Familie erst 1964 durch Mitteilung des Roten Kreuzes offiziell vom Tod Püschels. Der Student Peter Püschel ist seit dem 19. März 1999 rehabilitiert.

Widerstand in der Staatspartei

Auch Menschen, die anfänglich den Aufbau des Sozialismus in der DDR unterstützten, konnten in Opposition zum DDR-Regime geraten oder den internen Säuberungen der Partei zum Opfer fallen. Hierzu zählten Mitglieder des SED-Parteiparates, Parlamentarier oder Angehörige der Volkspolizei, die angesichts der sich herausbildenden Parteidiktatur zunehmend in Distanz zum kommunistischen System gerieten. Einige tarnten ihre Protesthaltung mit Konformität und versuchten, das System mithilfe illegaler Zirkel oder durch die Weitergabe vertraulicher Papiere an politische Freunde im Westen, an Rundfunksender oder an westliche Geheimdienste zu demaskieren. Dies galt u. a. für eine Reihe von Personen, die sich zum Dienst in der Volkspolizei verpflichtet hatten, um so aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen zu werden. Bald stellten sie jedoch fest, dass sie statt Polizeiaufgaben einen Waffendienst in militärischen Einheiten – denen der Kasernierten Volkspolizei (KVP) – leisten sollten.

Nicht zuletzt gerieten auch Menschen in die Fänge ostdeutscher bzw. sowjetischer Geheimdienste, die bis zu ihrer Verhaftung vom DDR-System überzeugt waren: sei es durch Willkür, Zufall oder aufgrund von Denunziationen aus dem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld. Insgesamt waren unter den zwischen 1950 und 1953 in Moskau hingerichteten Deutschen 201 SED-Mitglieder, 53 von ihnen kamen aus Berlin.

Rudi Müller, geboren 1928, ist Sohn eines Kohlearbeiters und späteren Angehörigen des VP-Betriebsschutzes in Lauchhammer.

Nach dem Schulabschluss 1943 tritt er eine Verwaltungslehre bei der Gemeinde Schwarzheide an. Im August 1944 wird er als Luftwaffenhelfer eingezogen und, noch 17-jährig, Anfang 1945 in die Wehrmacht übernommen. Bei Kriegsende gerät er bei Schwerin in englische Gefangenschaft, wird aber nach wenigen Wochen entlassen.

Nach der Rückkehr in seine Heimatstadt übernimmt Müller die örtliche Meldestelle und das Wohnungsamt und vertritt als Mitbegründer der örtlichen FDJ in der Gemeindevertretung von Schwarzheide die Jugend. Anfang 1946 tritt Müller in die SPD ein und wird in die SED übernommen, er gilt als aktives Parteimitglied und besucht u. a. die Kreispartei-schule. Im gleichen Jahr nimmt Müller ein pädagogisches Studium in Cottbus auf und kehrt im Oktober 1947 in seine alte Dienststelle zurück. Nach etwa einem Jahr verpflichtet er sich zu einem dreijährigen Dienst bei der Kasernierten Volkspolizei (KVP).

Hier kann er bis zum stellvertretenden Kompaniechef für politische Arbeit der VP-Bereitschaft in Forst im Rang eines Oberkommissars aufsteigen und übernimmt im April 1949 die Leitung einer Personalstelle im Polizeipräsidium Potsdam.

Rudi Müller flieht, kurz vor seiner angeblichen Entfernung aus dem VP-Dienst, im November 1949 zu seiner Freundin nach West-Berlin. Hier stellt er sich dem britischen Geheimdienst zur Verfügung und soll, wie ein Rückkehrer der ostdeutschen Geheimpolizei berichtete, diesem vor allem Informationen über die KVP weitergegeben haben. Die Politische Polizei der DDR bzw. das neu gegründete MfS lässt Müller bereits wenige Tage nach seiner Flucht mit Hilfe von V-Männern überwachen und versucht auch, ihn in den Ostteil Berlins zu locken oder zu entführen.

Im Sommer 1950 sucht dann Müller, in der angeblichen Absicht, in die DDR zurückzukehren, über einen Bekannten in der ostdeutschen Transportpolizei selbst den Kontakt zu den DDR-Behörden. Er bietet sich dem MfS zur „Wiedergutmachung“ als „Geheimer Mitarbeiter“ an. Müllers Kontaktmann arbeitete als Agent des MGB in West-Berlin. Offenbar parallel dazu führt Rudi Müller, der zu dieser Zeit in Berlin-Schmargendorf wohnt, in der DDR Spionageaufträge für den CIC aus und enttarnt als „Doppelagent“ tatsächliche oder vermeintliche Kontaktpersonen alliierter Geheimdienste für das MfS.

Die Kontaktaufnahme zu seinen Eltern wird Müller zum Verhängnis: Er und sein Vater werden am 24. August 1950 in Ost-Berlin verhaftet und auf eine sowjetische Kommandantur in Berlin verbracht. Sein Vater wird in der gleichen Nacht entlassen, nachdem er dazu verpflichtet worden ist, über seine Erlebnisse Stillschweigen zu bewahren. Nach einer Weisung von Staatssekretär Mielke unterliegt dieser Fall ausschließlich seiner persönlichen Verantwortung.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Rudi Müller am 24. November 1950 wegen angeblicher Spionage zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 10. Februar 1951 ab. Das Todesurteil wird zehn Tage später in Moskau vollstreckt, in der gleichen Nacht sterben 13 weitere Deutsche in den Kellern der Butyrka.

Rudi Müller ist seit dem 8. Dezember 1998 rehabilitiert.

Wunsch nach Freiheit und Demokratie

Ab Sommer 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht die Gründung von demokratischen Parteien genehmigt. Bereits im April 1946 kam es aber zu massiven Einschränkungen durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Sich dieser Zwangsvereinigung widersetzende SPD-Mitglieder wurden aus der Partei entfernt und teilweise verhaftet. Gegen die wachsende Vereinnahmung und Kontrolle durch die Staatspartei SED sowie die schweren Verletzungen demokratischer Grundregeln versuchten sich die Mitglieder von CDU, LDP(D) und NDPD aktiv oder passiv zur Wehr zu setzen und gerieten hierdurch häufig in Widerspruch zu den gleichgeschalteten Vorständen ihrer eigenen Parteien.

Ende der 1940er-Jahre übernahm eine Gruppe kritischer LDP(D)-Mitglieder um den Jurastudenten Arno Esch im Land Mecklenburg-Vorpommern die Ämter von Jugend- und Pressereferenten. In diesen Positionen sprachen sie offen Missstände in der Politik der Besatzungsmacht und der SED an und forderten persönliche und wirtschaftliche Freiheiten auch bei ihrem Parteivorstand in Ost-Berlin ein. Die Gruppe um den Rostocker Jurastudenten wurde durch das MGB verfolgt und schließlich von sowjetischen Militärtribunalen in einem ersten Verfahren in Schwerin und dann noch einmal in einem zweiten Verfahren in Berlin-Lichtenberg oder Moskau zum Tode verurteilt. Arno Esch wurde gemeinsam mit zwei politischen Freunden am 24. Juli 1951 in Moskau hingerichtet.

Auf Grund kritischer Äußerungen über das von der SED eingesetzte Zwangsbündnis „Nationale Front“ wurden 1950 und 1951 allein 35 CDU-Mitglieder aus Potsdam inhaftiert. Dreizehn von ihnen wurden zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet, unter ihnen der Potsdamer Bürgermeister Erwin Köhler und seine Frau Charlotte Köhler, geborene Wasmuth. Die Eltern von drei Kindern wurden vom SMT am 18. Januar 1951 in Potsdam zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen.

Für das Land Berlin konnten die Forscher aus den bisher zugänglichen Akten ermitteln, dass neben den 37 Mitgliedern der SED (drei von ihnen waren vor der Zwangsvereinigung SPD-Mitglieder) 11 Mitglieder der LDP(D), 15 Mitglieder der CDU sowie sieben Mitglieder der NDPD nach einem Todesurteil durch ein SMT zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossen wurden.

Zu den politisch Verfolgten zählt das CDU-Mitglied Wolfgang Schubert. Der 1928 in Guben/Brandenburg geborene Bäcker und Konditor

ist seit Dezember 1945 CDU-Mitglied. Im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ muss er sein Amt in der „Kaiser-Krise“ 1948 niederlegen.

Im April 1949 flieht Schubert aus Guben nach West-Berlin, wo er in Neukölln wohnt und sich als Hilfsarbeiter u.a. bei Baufirmen durchschlägt. Seinen Eltern schickt er Informationsmaterial der West-CDU zur Grenzfrage sowie Wahlinformationen zu.

Durch einen verhafteten Eisenbahner erfährt das MfS in Cottbus im Sommer 1950 von einer Widerstandsgruppe in Guben. Zusätzlich zeigt ein ehemaliger Parteifreund von Schubert – nun SED-Genosse – aus Möbiskrüge bei Eisenhüttenstadt beim MfS an, dass Schubert ihm „Hetzschriften“ überlassen habe.

Am 3. und 4. August 1950 werden neben Wolfgang Schubert auch dessen Eltern - Anna und Gerhard Schubert - und weitere 13 Personen überwiegend in Guben verhaftet und nach Potsdam überstellt. Die Geheimdienste weiten die Ermittlungen auf insgesamt 27 Personen aus. Wolfgang Schubert wird von Mitte August 1950 bis April 1951 im MGB-Gefängnis Potsdam, Lindenstraße inhaftiert.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Wolfgang Schubert zusammen mit Reinhard Gnettner, Paul Heymann, dem Ehepaar Erna und Herbert Laenger, Wolfgang Mertens, Günther Murek, seinen Eltern Anna und Gerhard Schubert, Erich Schulz sowie Otto Stichling am 4. April 1951 in Potsdam wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Agitation zum Tode durch Erschießen. Im gleichen Verfahren werden weitere zehn Personen zu Zeitstrafen verurteilt, darunter auch Wolfgang Schuberts 19-jährige Schwester Brigitte. Die Mitglieder der sogenannten „Schubert-Gruppe“ hatten sich gegen die Vereinnahmung ihrer Partei durch die SED und deren Ostpolitik gewehrt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihre Gnadengesuche am 22. Juni 1951 ab, die Urteile werden am 27. Juni 1951 in Moskau vollstreckt. Russische Militär Richter rehabilitieren die Gruppenmitglieder am 22. Juni 1995.

Der Widerstand formierte sich jedoch nicht nur im Untergrund, in geschlossenen Zirkeln oder kleinen Gruppen. In der SBZ/DDR kam es aufgrund der zahlreichen werdenden Repressalien immer wieder zu Arbeitsniederlegungen in Betrieben, tumultartigen Versammlungen oder handgreiflichen Auseinandersetzungen mit einzelnen Vertretern der Staatsmacht, etwa auf Versammlungen oder in Gastwirtschaften.

Die wohl wirkungsvollste Protestwelle fand am 17. Juni 1953 statt. An diesem Tag folgten in über 700 Orten der DDR, so in Chemnitz, Dresden, Jena, Magdeburg und Leipzig, Tausende Menschen dem Vorbild streikender Arbeiter von den Baustellen an der Berliner Stalinallee. Sie legten ihre Arbeit nieder und forderten neben der Rücknahme unsinniger Arbeitsnormen vor allem politische Freiheiten. Die Protestierenden stürmten Büros der SED, Einrichtungen des MfS – wie die Kreisdienststellen von Merseburg oder Niesky - oder der Volkspolizei sowie deren Gefängnisse. Unter anderem wurden in Leipzig die Untersuchungshaftanstalt in der Beethovenstraße und zwei Haftanstalten in Görlitz gestürmt. In Görlitz gelang auf diese Weise 416 Häftlingen die Flucht. In Ost-Berlin wurde keine der bekannten Adressen des MfS erstürmt, es kam auch zu keiner Befreiung von Gefangenen aus den berüchtigten Untersuchungshaftanstalten.

Nur mithilfe der Sowjetarmee gelang es der SED, ihre Macht zu stabilisieren. An diesem und den folgenden Tagen starben in Berlin 12 Demonstranten infolge des Waffeneinsatzes der Volkspolizei oder der Sowjetarmee sowie ein Mann, über den ein SMT das Todesurteil verhängte.

Das einzige bekannte Todesurteil, das gegen einen Berliner Teilnehmer des Aufstandes vollstreckt wird, richtet sich gegen Willi Götting. Der arbeitslose Kraftfahrer aus West-Berlin, Jg. 1918, verheiratet und Vater von zwei Töchtern, verlässt an diesem Tag die Wohnung in West-Berlin, um sich zum Arbeitsamt Sonnenallee zu begeben.

Zeugen sehen ihn am Mittag des Tages vom Potsdamer Platz in den Ostteil der Stadt gehen. Vor dem Regierungssitz an der Leipziger Straße nimmt zu dieser Zeit die Volkspolizei wahllos Demonstranten fest und ergreift dabei auch Willi Götting. Am späten Nachmittag des 17. Juni übergibt das MfS ihn an „die Freunde“ (= MGB). Der ebenfalls verhaftete Student Gottschling bezeugt später die Verletzungen und Folterspuren des Untersuchungshäftlings Götting.

Nach den Akten sowjetischer MGB-Ermittlungsoffiziere soll Willi Götting bereits am 16. Juni 1953 gemeinsam mit Arbeitern der Stalinallee einen Lautsprecherwagen der FDJ am Rosenthaler Platz erobert haben. Zuvor sei er von einem US-Offizier im Arbeitsamt angeworben worden, um sich aktiv am Aufstand im Ostteil der Stadt zu beteiligen.

Der sowjetische Geheimdienst vollstreckt am 18. Juni nach Artikel 58 das Todesurteil gegen Götting; die Anklageschrift wird vom Stellvertreter des MWD für Deutschland bestätigt. Dem höchsten Militärtri-

bunal in der DDR wird Götting nicht vorgestellt, auch wird ihm das sonst übliche Gnadengesuch verweigert. Wenig später wird der West-Berliner heimlich erschossen. Der genaue Ort oder die Uhrzeit der Erschießung sowie der Platz seiner Bestattung bleiben unbekannt. Eine Gedenkplatte auf dem Friedhof Seestraße erinnert an seinen Tod.

Bereits am 18. Juni 1953 lässt der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, Dibrowa, eine Bekanntmachung über die Todesstrafe gegen Götting plakatieren. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren Willi Götting am 25. März 2003.

Die Sonderrolle West-Berlins im Kalten Krieg

Berlin wurde im Sommer 1945 unter den alliierten Großmächten in vier Besatzungssektoren aufgeteilt. Die „Frontstadt“ war im Kalten Krieg eines der wenigen Tore durch den „Eisernen Vorhang“ zwischen den Systemen. Die Stadt geriet so zum Tummelplatz europäischer Nachrichtendienste und ihrer Substrukturen. In West-Berlin werteten alliierte Geheimdienstler Informationen über die ca. 500.000 in Ostdeutschland stationierten Sowjetsoldaten und die geheime Aufrüstung der SBZ/DDR aus, gewannen Agenten unter den politischen Flüchtlingen oder überwachten den Funk- und Luftverkehr bis weit nach Osteuropa hinein. Besonders interessiert waren die Geheimdienste an allen militärisch und wirtschaftspolitisch relevanten Nachrichten aus der DDR, wie dem Neubau von Brücken und Kasernen, der Weiternutzung ehemaliger Wehrmachtsbauten und Übungsplätze durch die Sowjetarmee, den Produktionsprofilen volkseigener Unternehmen sowie dem Eisenbahnverkehr mit Reparationsgütern aus Ostdeutschland in die Sowjetunion. West-Berlin war zugleich Basis für die in der DDR tätigen Nachrichtendienste der jungen Bundesrepublik. Neben der „Organisation Gehlen“ operierten von hieraus Informanten des sich im Aufbau befindlichen militärischen Nachrichtendienstes im „Amt Blank“. Erst mit dem Mauerbau am 13. August 1961 beendeten die Ost-Berliner Machthaber den offenen Zugang und damit auch die Ausreisemöglichkeit über die Sektorengrenze nach West-Berlin.

West-Berlin nahm bei der Organisation des Widerstands gegen das DDR-Regime einen besonderen Platz ein; hier waren die meisten der DDR-kritischen Organisationen angesiedelt. Viele der aus ostdeutschen Haftanstalten oder sowjetischen Speziallagern entlassenen Häftlinge beteiligten sich nach ihrer Flucht aktiv am Widerstand und dienten der politischen Aufklärung. Zu diesem Zweck gründeten sie Organisationen wie die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS)⁹ oder halfen den Ostbüros der CDU, FDP und SPD bei Protestaktionen. Nur aus dem durch alliierte Militärkommandanturen geschützten Freiraum heraus konnten die Parteien und Gruppen ihren Kampf gegen das SED-Regime lenken. Von West-Berlin aus versorgte man Widerstandsgruppen in der SBZ/DDR mit Flugblättern,

⁹ Am 9. Februar 1950 gründeten ehemalige Häftlinge des aufgelösten Speziallagers Sachsenhausen in West-Berlin die VOS. Mitglied konnte werden, wer in einem Gefängnis oder Lager im Ostblock eingesperrt hatte oder wer Angehöriger eines Opfers politischer Gewalt war.

Druckmaschinen, Medikamenten, gefälschten Lebensmittelmarken, Geld oder sogenannten „Sabotagemitteln“. Waffentransporte in den Osten sind dagegen bis heute nicht belegt.

Zugleich war der Westteil der Stadt der wichtigste Fluchtraum für alle gefährdeten Personen aus dem Osten. Von den Flughäfen Tempelhof und Tegel flogen alliierte Maschinen fast täglich Flüchtlinge in die Bundesrepublik aus. Flüchtlinge aus der SBZ/DDR, die in der Stadt blieben und sich aktiv gegen das SED-Regime wandten, waren besonders gefährdet.

Um in die „feindlichen Organisationen“ einzudringen und diese zu zerschlagen, griff das MfS immer wieder auf das Mittel der Entführung zurück. Hierbei bediente sich das MfS üblicherweise Personen aus West-Berlin, die nach Konflikten mit dem Gesetz erpressbar geworden waren. Für das „Zurückholen“ stattete das MfS seine Agenten mit falschen Identitäten, Fluchtfahrzeugen und technischen Hilfsmitteln sowie Bargeld aus.

Ein Opfer von den ca. 800 Verschleppten des MfS aus West-Berlin ist Bernhard Dahmen. Der Vermessungsingenieur, 1899 in Aachen geboren, war seit 1933 Mitglied der NSDAP gewesen und hatte während des Krieges in der Wehrmacht, zuletzt im Range eines Feldwebels gedient. Er war verheiratet und Vater einer Tochter.

Als Gründungsmitglied der CDU in Ludwigslust amtiert Dahmen von 1945 bis 1946 als stellvertretender Landrat in seinem Heimatkreis. Anschließend leitet er in Ludwigslust ein Vermessungsbüro. Anfang 1949 flieht er nach West-Berlin und ist dort zunächst hauptamtlich für das Ostbüro der CDU tätig. Später arbeitet er als Notstandsangestellter des Berliner Senats.

Dahmen ist Gründungsmitglied der „Vereinigung politischer Ostflüchtlinge“ (VPO) in West-Berlin und bis zum Jahresende 1950 Mitglied einer Kommission des Senats zur Entscheidung über die Anerkennung politischer Flüchtlinge aus der SBZ/DDR. Unter dem Vorwand, dem Ingenieur einen neuen Arbeitsplatz zu vermitteln, wird Bernhard Dahmen am Abend des 17. Juni 1952 im Auftrag des MfS in die Nähe des U-Bahnhofs Bülowstraße gelockt und von dort aus nach Ost-Berlin verschleppt. Wenige Tage später finden Anwohner am Lietzensee Dahmens Mantel samt persönlicher Papiere, vermutlich dort platziert, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Bernhard Dahmen zusammen mit Alois Brandt, Franz Melzner und Martin Schell-Dieckel – CDU-Mitglieder aus Ludwigslust – sowie Luise Wall am 16. November 1952 in Berlin

Lichtenberg wegen angeblicher Spionage für ausländische Geheimdienste, Leitung einer Untergrundorganisation und antisowjetischer Agitation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets stimmt den Gnadengesuchen von Franz Melzner und Luise Wall am 13. Februar 1953 zu, die restlichen Anträge werden abgelehnt. Die Urteile werden am 17. Februar 1953 in Moskau vollstreckt. Der Büroangestellte Melzner, Jahrgang 1888, kann im Januar 1956 zur Familie in den Kreis Wittlich/Rheinland-Pfalz zurückkehren. Die zu 15 Jahren Strafarbeitslager begnadigte Sekretärin Luise Wall kann bereits im Oktober 1955 aus Workuta nach Deutschland heimkehren. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert die Verurteilten am 20. Januar 2000.

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)

Die öffentlichkeitswirksamste und radikalste Widerstandsorganisation gründete Rainer Hildebrandt nach einer Veranstaltung am 17. Oktober 1948 in Berlin-Steglitz. Hildebrandt war als Student von Albrecht Haushofer ins Umfeld der Attentäter vom 20. Juli 1944 geraten und war in der Nazizeit inhaftiert gewesen. Zusammen mit Vertretern antikommunistischer Jugendbewegungen und Studenten der West-Berliner Hochschulen rief er die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) ins Leben und leitete diese Organisation. Sein Stellvertreter und Nachfolger, der Theologe Ernst Tillich, hatte sich als Vikar der Bekennenden Kirche aktiv am Widerstand gegen das Dritte Reich beteiligt und war dafür drei Jahre im KZ Sachsenhausen interniert gewesen. Im April 1949 ließ die Alliierte Kommandantur die KgU als politische Organisation zu.

Ursprünglich als Suchdienst für Speziallagerinsassen und Sowjethäftlinge konzipiert, unterstützte die Kampfgruppe zunehmend den Widerstand in der SBZ/DDR aktiv mit Flugblättern, Informationsmaterial, illegalen Transportmitteln und Rundfunksendungen. Am 20. Juli 1949 startete die KgU mit der „F-Kampagne“ ihre bekannteste Widerstandsaktion. „F“ stand für „Freiheit für die terrorisierten Menschen und Feindschaft gegen das terroristische System“. Die KgU sammelte aber auch durch gezielte Befragungen und den Einsatz von Agenten Informationen über militärische Objekte und Strukturen der Roten Armee, des NKWD/MGB und der Volkspolizei sowie über SED-Funktionäre und MfS-Spitzel und war somit auch als Nachrichtendienst tätig.

In speziellen RIAS-Sendungen wurden Namen von Mitarbeitern des ostdeutschen Geheimdienstes veröffentlicht und vor diesen gewarnt. Insgesamt verzeichnete die Zentralkartei der KgU ca. 45.000 Spitzel des MfS und MGB. In den Karteien des organisationseigenen Suchdienstes fanden sich Nachrichten über 74.000 Häftlinge, die in Gefängnissen der DDR und in sowjetischen Lagern verschwunden waren. Noch 1956 galten 23.000 Personen als inhaftiert oder verschollen.

Die Aktivitäten der KgU wurden anfänglich durch Spenden und Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt West-Berlins und der Bundesrepublik¹⁰ finanziert. Zunehmend übernahmen dann die amerikanischen Geheimdienste CIC, MID sowie der CIA die Kosten. Im Gegenzug erhielten die Ge-

¹⁰ Die KgU wurde als anerkannte Stelle im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens mit der Begutachtung von DDR-Flüchtlings betraut.

heimdienste Erkenntnisse aus dem Informantennetz der KGU. Westdeutsche Dienststellen und Nachrichtendienste profitierten ebenfalls von den Gutachten der KGU, verloren aber nach einer Reihe von Verhaftungen, Fehlmeldungen und internen Querelen das Vertrauen in das Führungspersonal der Organisation. Zusätzlich gelang es dem MGB und dem MfS, an entscheidenden Stellen der KGU Spitzel zu installieren, was dazu führte, dass ganze Widerstandsgruppen in der DDR aufflogen. Aus diesem Grund warnte zum Beispiel der britische Nachrichtendienst seine Agenten vor jedem Kontakt mit der KGU oder deren Agenten in der DDR.

Die bei Verhaftungen von KGU-Vertrauensleuten vereinzelt aufgefundenen Waffen, Spreng- und Giftstoffe dienten der ostdeutschen Justiz als willkommenen Anlass, der Widerstandsorganisation den Anschein einer gegen die DDR-Bevölkerung gerichteten und mit US-Waffen hochgerüsteten Terrorgruppe zu geben. In keinem der bekannt gewordenen Waffenverstecke fanden sich jedoch, wie von der Staatssicherheit kolportiert, fabrikneue Handfeuerwaffen „Made in USA“ in großer Anzahl. Vielmehr waren es Jagd- und Freizeitwaffen aus der Vorkriegszeit oder in den Wäldern gefundene Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Nur vereinzelt fanden sich neuere Handfeuerwaffen aus westlicher Produktion.

Die KGU lieferte jedoch sogenannte Sabotagemittel, mit denen Industriemaschinen oder Lokomotiven unbrauchbar gemacht werden sollten. Das Sprengen von Brücken gelang der KGU an keiner Stelle, obgleich das MfS mehrere solche Versuche entdeckt zu haben behauptete und die angeblich sichergestellten Sprengmittel publikumswirksam zur Schau stellte.

Trotz umfangreicher Gegendarstellungen der KGU zeigte die vom MfS gesteuerte Propaganda zunehmend auch in der westdeutschen Öffentlichkeit ihre Wirkung. Bereits 1952 ausgebrochene scharfe Konflikte innerhalb des KGU-Vorstandes über die Grenzen und Methoden des weiteren Widerstandes gaben der Bundesregierung letztlich den Anlass, die finanzielle Förderung gänzlich einzustellen. 1959 wurde die KGU aufgelöst, wichtige Quellen an den Bundesnachrichtendienst und die Karteien an den Suchdienst des DRK übergeben. Der Gründer der KGU, Rainer Hildebrandt, war bereits 1952 ausgeschieden, u. a. weil er den bewaffneten Untergrundkampf ablehnte. Ernst Tillich erklärte im April 1958 seinen Rücktritt als Leiter der KGU.

Dank der geheimdienstlichen Unterwanderung der KGU sowie zahlreicher Überläufer waren MfS und MGB/KGB über die Jahre sehr genau über die Netzwerke des Widerstandes in der DDR informiert. Zahlreiche Kontaktpersonen, Informanten oder Kuriere wurden durch Leichtsinnigkeit oder

Verrat enttarnt und inhaftiert. Wegen ihrer Zusammenarbeit mit der KgU erschoss das MGB mindestens 131 Personen.

Etwa ein Drittel dieser 131 Personen mit KgU-Kontakt fielen der „Affäre Walter“ zum Opfer, die ihren Ausgang in Berlin hatte: Seit Anfang September 1951 rollt eine Verhaftungswelle gegen Informanten und Kurier der KgU, bei der mindestens 160 Personen – nach Schätzungen eines Betroffenen sogar etwa 250 bis 300 Personen – festgenommen werden. Viele von ihnen stammen aus Sachsen. Diese Welle hat ihren Ursprung in der Festnahme des Studenten Günther Malkowsky am 7. September 1951 in Berlin-Treptow.

Malkowsky, Jahrgang 1926, war nach West-Berlin geflüchtet, wo er das an der Universität Leipzig begonnene Studium an der DHfP und FU fortsetzt. Hier lernt er Paul Tillich kennen. Der Student tritt der SPD bei, wird Kurier der KgU und beteiligt sich unter dem Tarnnamen „Junker“ an verschiedenen Aktionen, u. a. dem Abschuss von Flugblattraketen während der Leipziger Frühjahrsmesse 1951. Auch will er bei der Schleusung eines Kuriers des ukrainischen Widerstandes durch die DDR geholfen haben.

Unter Anleitung von Hanfried Hieke, alias "Fred Walter", dem aus der KgU ausgeschiedenen Sachgebietsleiter für Sachsen, führt Malkowsky – ebenfalls seit August 1951 von der KgU „abgeschaltet“ - eine Vielzahl sächsischer KgU-Informanten, häufig ohne deren Wissen, dem von Hieke in West-Berlin privat geführten Nachrichtendienst zu. Dieser verkauft seine Informationen an westliche Geheimdienste (v.a. MID und CIC).

Am Tag der Festnahme von Malkowsky wird, laut den MfS-Akten, Hanfried Hieke aus West-Berlin „gezogen“. Die genauen Umstände dieser möglichen Entführung konnten bisher nicht ermittelt werden. Auf Grundlage der Aussagen von Hieke und Malkowsky beim MfS/MGB können die Geheimdienste das Netzwerk der KgU in Sachsen fast vollständig zerschlagen.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Günther Malkowsky am 16. April 1952 wegen angeblicher Spionage, antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda sowie Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Malkowsky wird von einem Mithäftling am 7. Mai 1952 auf einem Transport von Berlin-Lichtenberg nach Brest-Litowsk zum letzten Mal gesehen. Das Präsidium des O-

bersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 26. Juni 1952 ab. Das Todesurteil wird am 4. Juli 1952 in Moskau vollstreckt.

Erst im April 1955 erfährt die Mutter des Studenten durch das MfS vom Todesurteil gegen den Sohn; die FU hatte ihren Studenten mit der Matrikelnummer 1879 wegen Nichtrückmeldung bereits zum Wintersemester 1951 exmatrikuliert.

Über ein Gerichtsverfahren gegen Hanfried Hieke, alias „Fred Walter“, ist nichts bekannt; sein weiteres Schicksal liegt noch im Dunkeln. Nach den Aussagen Betroffener belastete Hieke bei den Gegenüberstellungen des MGB mehrere Verhaftete.

Neben der KgU agierten diverse Oppositionsgruppen gegen die Besatzungsmacht in der SBZ/DDR, einige von ihnen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund. Die wohl wichtigste Gruppe von Exilrussen war die Narodno-Trudowoj Sojus (NTS). Sie entstand aus weißrussischen Exilorganisationen der Zwischenkriegszeit und führte den schon vom Deutschen Reich unterstützten Widerstand gegen die Sowjetrepubliken jetzt im Kalten Krieg weiter. So organisierte die NTS, nun mit Unterstützung der US-Dienststellen, von Frankfurt/Main und West-Berlin aus einen Propagandafeldzug gegen die sowjetischen Besatzungstruppen in Osteuropa. Für die Aufklärungsarbeit gegenüber den in der DDR stationierten Truppen gewann man strategische Partner, u. a. Personen mit Kontakten zur KgU.

Zu den Deutschen, die die Arbeit der NTS unterstützen, gehörte der Berliner Student Aegidius Niemz. Der politische Flüchtling aus der DDR, am 22. Juli 1929 in Leipzig/Sachsen geboren, hatte sich als Student an der DHfP in West-Berlin eingeschrieben. Seit 1949 befand sich sein Vater in sowjetischer Haft. Niemz hatte gemeinsam mit seiner Mutter am 6. April 1951 die Anerkennung als politischer Flüchtling in West-Berlin erhalten.

Am 31. Mai 1951 wird er gemeinsam mit dem Kommilitonen Harry Pohl am Potsdamer Platz in eine Falle des MfS gelockt und verhaftet. Er wird seit dem 2. Juni 1951 in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen und nach seiner Übergabe an das MGB am 4. Juni 1951 in Berlin-Lichtenberg inhaftiert.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Niemz am 28. Dezember 1951 wegen angeblicher Spionage für den NTS und antisowjetischer Propaganda zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets

*lehnt sein Gnadengesuch am 18. März 1952 ab. Das Todesurteil wird
zwei Tage später in Moskau vollstreckt.
Niemz wird am 20. März 1998 rehabilitiert.*

Die Ostbüros demokratischer Parteien

Als Reaktion auf die sich durch den Kalten Krieg verschärfenden politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands gründeten die westdeutschen Parteien CDU, FDP und SPD zwischen 1946 und 1948 eigene Ostbüros. Diese pflegten häufig von West-Berlin aus den Kontakt zu den politischen Freunden in der DDR, beziehungsweise boten den Sozialdemokraten der SBZ nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED eine politische Heimat. Die Ostbüros leisteten Schulungsarbeit oder halfen verfolgten Parteimitgliedern und deren Angehörigen bei der Flucht. Ihre Tätigkeit bewegte sich zwischen humanitärer Dienstleistung und Parteiarbeit in konspirativen Zirkeln. Die Ostbüros waren dem MGB und dem MfS dementsprechend ein Dorn im Auge. Kontakte zu den Westparteien und deren „Agenturen des Kalten Krieges“ führten zur Verfolgung der Betroffenen als „Spione“. Nach Urteilen von sowjetischen Militärtribunalen wurden zwischen 1950 und 1953 mindestens 71 Mitglieder der LDP(D), 37 Mitglieder der NDPD sowie 35 Mitglieder der CDU aus Berlin in Moskau hingerichtet. Einige von ihnen hatten zuvor den Kontakt zu den Ostbüros in West-Berlin gesucht und deren Informationsschriften in der DDR verteilt.

MfS und MGB verfolgten mit Nachdruck vor allem jene Demokraten, die versuchten, dem Alleinvertretungsanspruch der SED entgegenzutreten und sich hierbei auf die Ostbüros der Parteien stützten. Zu ihnen zählt auch Fritz Liebert aus Berlin-Friedenau.

Der 1917 in Dobszic/Prov. Posen geborene Sohn eines Eisenbahnbeamten ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Der gelernte Schriftsetzer hatte ab 1938 in der Wehrmacht gedient, zuletzt im Rang eines Oberfeldwebels. Bei Kriegsende war er in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. Nach seiner Entlassung 1947 tritt er in die LDP ein und arbeitet als Referent für Jugend- und Hochschulfragen und Leiter der Abteilung für Statistik und Materialversorgung bei der LDP-Zentraleitung in Berlin.

Das MfS beschuldigt Liebert, DDR-Flüchtlinge an das Ostbüro der FDP in West-Berlin zu verweisen und Agent des "Amtes Blank" zu sein. Er wird am 15. Mai 1952 vom MfS in Ost-Berlin als angeblicher Agent des US-Geheimdienstes verhaftet und vier Tage später an das MGB überstellt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 19. September 1952 ab. Das Todesurteil wird am 22. September 1952 in Moskau vollstreckt.

Am 7. September 2001 wird Fritz Liebert von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Stimmen der Freiheit

Widerstandsgruppen versuchten vor allem immer wieder, Informationen sowie Flugschriften in den SED-Staat zu schleusen. Zu solchen Materialien zählten Tarnschriften und ausgewählte Dünndrucke politischer Literatur, wie beispielsweise der Roman von George Orwell „1984“. Spezielle Ausgaben des „Kleinen Telegraf“, einer SPD-nahen Tageszeitung aus West-Berlin, Flugschriften der KGU sowie die satirische Monatszeitschrift „Tarantel“ zählten während des Kalten Krieges in der SBZ/DDR zu den populärsten eingeschmuggelten Drucken. Die ostdeutschen Behörden diffamierten diese Schriften in ihren Akten und Pressemitteilungen als „Hetzblätter“. In den verbotenen Schriften entlarvten Journalisten unter tätiger Mithilfe eines Netzwerkes von Informanten aus der SBZ/DDR die Schattenseiten des „sozialistischen Aufbauwerks“. Mit besonderer Härte verfolgte das MfS jeden dieser Zuträger und Lieferanten.

Als besonders wirkungsvoll erwies sich die farbige Satirezeitschrift „Tarantel“. Sie erschien von 1950 bis 1962 in West-Berlin und wurde dort kostenlos an Kiosken sowie Anlaufstellen für DDR-Bürger verteilt oder über Deckadressen in die DDR versandt. Ende 1953 erreichte das Blatt eine Auflagenhöhe von ca. 100.000 Exemplaren. Leiter der Zeitschrift war Heinz Wenzel (alias „Heinrich Bär“, 1919–1971), der selbst im Juli 1946 durch den NKWD/MGB verhaftet und durch ein sowjetisches Militärtribunal als „französischer Spion“ verurteilt worden war. Wenzel war mehrere Jahre im Speziallager Sachsenhausen interniert gewesen und wurde erst bei der Auflösung des Lagers Mitte Januar 1950 entlassen.

Ostdeutsche, die während ihrer Berlin-Besuche Dienststellen oder Kontaktbüros im Westteil der Stadt anliefen, bekamen derartige Informationsschriften immer mit Verhaltensmaßregeln ausgehändigt. So sollten sie die Schriften bei der Reise sorgsam vor den häufigen Kontrollen der Transportpolizei verbergen, sie anonym auslegen oder nur an vertrauenswürdige Personen weitergeben. Allein der Besitz derartiger Schriften oder eine durch Denunzianten angezeigte Weitergabe galt für MfS und MGB immer auch als Indiz für den Kontakt des Beschuldigten mit einer „westlichen Spionageorganisation“.

Der Besitz West-Berliner Zeitungen lenkt die Aufmerksamkeit der Geheimdienste auf den Schlosser bei der GASAG, Paul Rolle, Jahrgang 1899, aus Berlin-Pankow.

Als Wehrmachtssoldat war er im April 1945 bei Prag in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. Nach seiner Entlassung trat er 1946 der SED bei und blieb deren Mitglied bis 1949. Paul Rolle wird am 4. März 1951 im Zug von Stralsund nach Berlin durch die MfS-Verwaltung Groß-Berlin verhaftet, an den „operativen Sektor“ des MGB für Mecklenburg überstellt und in dessen zentralem Untersuchungsgefängnis in Schwerin, Demmlerplatz inhaftiert.

Nach MGB-Ermittlungen soll Rolle im März 1950 Verbindung zum US-Geheimdienst aufgenommen und für diesen Informationen über Werften in Peenemünde und Warnemünde sowie über den Flughafen Garz gesammelt haben. Daneben soll Rolle im September 1950 angeblich auch Verbindung zum französischen Geheimdienst aufgebaut haben und in dessen Auftrag mehrmals in Mecklenburg gewesen sein, um u. a. Standort und Größe einer Schule der Seepolizei der DDR in Kühlungsborn zu erkunden. Außerdem wird ihm vorgeworfen, ein Agentennetz in der DDR aufgebaut und hierfür sechs Personen angeworben zu haben, unter ihnen die ebenfalls verhafteten Bruno Dobe-ritz, Werner Huck und Heinz Lewandowski.

Sie werden vom SMT Nr. 48240 am 31. Juli 1951 in Schwerin zum Tode verurteilt. Ihre Gnadengesuche lehnt das Präsidium des Obersten Sowjets am 17. Oktober 1951 ab, die Urteile werden drei Tage später in Moskau vollstreckt. Am 11. Juli 1995 werden alle von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Paul Rolles Sohn Horst, wenige Tage nach seinem Vater verhaftet, wird im gleichen Prozess verurteilt und muss in Workuta Zwangsarbeit leisten. Er kann im Dezember 1953 nach Ostdeutschland zurückkehren.

Zu den publikumswirksamen Mitteln des Widerstandes zählten Anfang der 1950er-Jahre Rundfunksender. Der in West-Berlin ansässige Rundfunksender „RIAS“ nahm während des Kalten Krieges eine Sonderstellung ein. Der US-Sender war praktisch in der ganzen SBZ/DDR zu empfangen, da seine Programme auch über eine in Hof errichtete Anlage in den Südtel der DDR ausgestrahlt wurden, und bot West-Parteien, DDR-Flüchtlingen oder Studenten der Hochschule für Politik bzw. der Freien Universität durch eigene Programmplätze eine Plattform für politische Aufklärungsarbeit. Diesen politischen Sendungen räumte der Direktor Fred G. Tayler großzügig Sendezeiten ein. So wurde der Rundfunksender unter dem Slogan „eine freie Stimme der freien Welt“ zum mächtigen Sprachrohr der unterdrückten Opposition in der SBZ/ DDR.

Für ihre Wortbeiträge recherchierten RIAS-Mitarbeiter Daten und Informationen über die Stimmung der Bevölkerung in der „Zone“, über deren Versorgungslage, über Produktionskennziffern sowie über Widerstandsaktionen gegen das SED-Regime. Täglich suchten Hörer aus der SBZ/DDR das in der Kufsteiner Straße gelegene Rundfunkgebäude in West-Berlin auf. In diesem Besucherstrom fanden die Redakteure wichtige Informanten, und die hier gesammelten Nachrichten dürften auch Eingang in die nachrichtendienstlichen Analysen der Westalliierten gefunden haben. In den Suchsendungen des RIAS wurde zudem nach Tausenden von Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen des Kalten Kriegs gefahndet, u. a. auch nach den in Moskau erschossenen MGB-Opfern.

RIAS-Mitarbeiter und deren Informanten in der SBZ/DDR wurden mit besonderer Energie verfolgt. Staatssekretär Erich Mielke stellte in einer Dienstanweisung vom 13. November 1950 fest, dass sich der RIAS zur „Agentenzentrale“ entwickelt habe.

Zu den Opfern der sowjetischen Militärjustiz aus den Reihen von RIAS-Mitarbeitern gehört auch Wolfgang Michel, Sohn eines Continental-Vertreters, Jahrgang 1931, aus Chemnitz/Sachsen.

Michel war nach der Zerstörung von Dresden 1945 zusammen mit seiner Familie nach Freiberg umgesiedelt. Er arbeitet in der Landwirtschaft und besucht ab 1947 die Landwirtschaftliche Fachschule in Meißen. 1948 tritt er in die NDPD ein und wirkt nach einer kurzen Tätigkeit als Mitarbeiter der FDJ-Kreisleitung seit Anfang 1949 als hauptamtlicher Kreisjugendreferent der NDPD in Dresden.

Mitte August 1949 flieht Michel nach West-Berlin und verdient seinen Lebensunterhalt als Notstandsarbeiter bei einer Tiefbaufirma. In seiner Freizeit engagiert er sich als Leiter einer Kabarettgruppe. Michel studiert zudem ein Semester an der Hochschule für Politik und lernt dort den Dozenten Ernst Tillich kennen. Michel liefert Berichte für den Hochschulfunk beim RIAS, arbeitet an Sendungen mit und beteiligt sich an Flugblattaktionen der KgU in Berlin, u.a. während des Deutschlandtreffens der FDJ. In seiner Wohnung lagern erhebliche Mengen an Informationsschriften der KgU, die er zur Verteilung in der DDR an Kuriere übergibt. Nach Aussagen eines verhafteten KgU-Mitarbeiters soll Michel in Uniform eines VP-Offiziers in Magdeburg gewesen sein und sich außerdem im Raum Zwickau an der Zerstörung einer Brücke beteiligt haben.

Nach den Unterlagen des MfS stellt sich Wolfgang Michel am 21. April 1951 in Potsdam der DDR-Staatssicherheit freiwillig als Informant zur Verfügung. Nach eigenen Aussagen sei er beauftragt gewesen, für die KGU Strukturen der MfS-Verwaltung sowie die Praxis in der Haftanstalt der MfS-Landesverwaltung Brandenburg in Potsdam zu ermitteln. Michel wird vom MfS festgenommen, Ende Mai 1951 dem MGB übergeben und im Gefängnis Lindenstraße inhaftiert. Das SMT Nr. 48240 verurteilt ihn am 9. Mai 1952 in Potsdam wegen angeblicher Spionage für den amerikanischen Geheimdienst und antisowjetischer Propaganda zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 2. August 1952 ab, vier Tage später wird das Urteil in Moskau vollstreckt. Am 25. Juli 1995 wird er von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Über Jahrzehnte halfen westdeutsche Rundfunksender den Suchdiensten. Meist ging es darum, durch Kriegsereignisse versprengte Familien wieder zusammenzuführen oder das Schicksal von Vermissten aufzuklären. Im RIAS nahm man sich besonders der Schicksalsklärung politischer Häftlinge an und strahlte gesonderte Reihen wie die „Suchsendung für die Opfer des SSD“¹¹ der KGU aus.

Am 29. April 1954 zeichnete das MfS eine solche RIAS-Sendung auf und erstellte ein Protokoll. Mielke bekam zwei Exemplare, dessen wörtliche Wiedergabe lautet: „Wir geben die Namen von Personen bekannt, die im Sowjetsektor von Berlin oder in der sowjetisch besetzten Zone spurlos verschwunden sind, oder seit ihrer Verhaftung an ihre Angehörigen keine Nachricht geben dürfen oder geben konnten. [Es folgt eine Reihe von Namen, mindestens drei der Genannten wurden in Moskau erschossen, Anm. d. A.] Hans-Jürgen Erdmann, geb. am 12.11.1930 in Berlin, Spediteur. Erdmann soll Anfang Sept. 1951 in Johanngeorgenstadt verhaftet worden sein. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. [...]“.

Hans-Jürgen Erdmann verpflichtete sich als kaufmännischer Angestellter der Schiffsfrachtenkontor GmbH Berlin Ende März 1951 zum Uranbergbau mit dem Ziel, Bergbauingenieur zu werden. Er wird als Radiometrist und Kollektor im Objekt 1 der SAG Wismut in Johanngeorgenstadt/Sachsen eingesetzt. Bereits am 29. August 1951 wird der

¹¹ SSD (= „Staatssicherheitsdienst“) war die damals übliche westdeutsche Bezeichnung für das MfS.

Bergmann unter dem Verdacht, Mitte Juli des Jahres gemeinsam mit Gerhard König das Hauptstromkabel im Schacht gesprengt zu haben, durch die MfS-Verwaltung "Wismut" verhaftet und am folgenden Tag dem MGB übergeben.

Am 14. Oktober 1951 wird Hans-Jürgen Erdmann von seinem Bruder auf dem Hof der MGB-Haftanstalt Chemnitz ein letztes Mal gesehen. Sein jüngerer Bruder, Dietrich Erdmann, wurde ebenfalls vom MfS verhaftet und nach Chemnitz gebracht. Hier saß er mehrere Wochen im MfS-Flügel der Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg ein, aus dessen Zellenfenster er den Freiganghof einsehen konnte.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Erdmann zusammen mit Gerhard König am 26. Februar 1952 in Chemnitz wegen angeblicher Spionage, Diversion und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode, drei Mitangeklagte erhalten Zeitstrafen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt die Gnadengesuche am 16. Juni 1952 ab, die Urteile werden am 26. Juni 1952 in Moskau vollstreckt. Dietrich Erdmann versuchte nach seiner Haftentlassung mit allen Mitteln, das Schicksal seines verschollenen Bruders aufzuklären. Trotz seiner zahllosen Initiativen - so schaltete er 1957 den Rechtsanwalt Wolfgang Vogel ein oder wandte sich an die Lokalredaktion der „Berliner Zeitung“ - erfuhr die Familie erst um 1969 vom Tod Hans-Jürgen Erdmanns auf dem „Territorium der Sowjetunion am 26. Juni 1954“. Das Todesdatum war eine Fälschung des KGB.

Bereits 1954 hatte ihm das MfS über die Kreisdienststelle Königs Wusterhausen mündlich die falsche Nachricht zukommen lassen, sein Bruder sei am 26. Februar 1952 durch ein sowjetisches Militärtribunal zu 25 Jahren verurteilt worden - eine Reaktion auf die RIAS-Sendung vom 29. April 1954. Unter dem Druck der Veröffentlichung der Namen im Radio sah sich die Staatssicherheit gezwungen, für einen kurzen Moment die sonst übliche Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Drohungen und Lügen konnten Dietrich Erdmann bei der weiteren Recherche zum Schicksal seines Bruders nicht einschüchtern; er selbst wurde auf persönliche Weisung des Ministers Mielke in den folgenden Jahren massiv überwacht.

Spionage – Eine Form des Widerstandes

Die westlichen Geheimdienste maßen während des Kalten Krieges allen militärischen und wirtschaftlichen Informationen aus Ostdeutschland außerordentliche Bedeutung bei. So versuchten sie, das Wissen der sich in Flüchtlingslagern in West-Berlin und Westdeutschland zu Tausenden einfindenden Flüchtlinge abzuschöpfen. Häufig stellten die alliierten Dienste den ersten Kontakt während des sogenannten „Aufnahmeverfahrens für politische Flüchtlinge“ her. Die Alliierten versprachen, bei der Erlangung des für den Aufenthalt in Westdeutschland notwendigen Status als „politischer Flüchtling“ behilflich zu sein, wenn dafür Gegenleistungen erbracht wurden. Einige der so Angesprochenen ließen sich – aufgrund ihrer Protesthaltung gegen das SED-Regime, aus Abenteuerertum, aus finanziellen Interessen oder schlicht aus Naivität – überzeugen, als Agenten noch einmal in die DDR zurückzukehren. Sie sammelten in der Nähe sowjetischer Kasernen Informationen, arbeiteten als Kurierere oder gewannen neue Agenten. Eine wichtige Zielgruppe waren in Kasernen der Sowjetarmee beschäftigte Zivilisten. Tausende deutsche Männer und Frauen waren auf Vermittlung ostdeutscher Arbeitsämter Anfang der 1950er-Jahre bei den sowjetischen Truppen als Putz- und Pflegekräfte, Elektriker oder Bauhandwerker tätig. Von ihnen erwartete man vor allem detaillierte Aufzeichnungen zu den Standorten von Sowjettruppen, Fotos und Skizzen moderner Waffentechnik, Listen mit Kennzeichen von Fahrzeugen der sowjetischen Besatzungsmacht, Angaben zu Eisenbahntransporten militärischer Güter, aber auch Nachrichten aus der Rüstungsindustrie – d. h. über Werften, Hütten und Maschinenbaubetriebe der DDR.

Die in Berlin stationierten Nachrichtendienste setzten bis hin zu Erpressung und Nötigung alle erdenklichen Mittel und Methoden zur Rekrutierung von Informanten und Kurieren ein.

So ergeht es auch dem ehemaligen Grenzpolizisten Horst Laddach, Jg. 1923, aus Danzig. Der gelernte Flugzeugmechaniker hatte bis Januar 1943 in der Luftwaffe gedient. Als Angehöriger des Jagdgeschwaders „Horst Wessel“ war er bei Stalingrad in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Weil Laddach sich „freiwillig“ zur VP meldet, wird er Anfang 1949 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Zuletzt an der Ostgrenze bei Guben eingesetzt, flüchtet er Ende Februar 1950 nach West-Berlin, wird dort als politischer Flüchtling anerkannt und in Berlin-Steglitz vom CIC befragt. Als er zu Pfingsten

1950 ohne Genehmigung seine Verwandten in Potsdam-Babelsberg besucht, droht ihm die Aberkennung des Status als anerkannter Flüchtling. Während dieser Zeit leistet er Notstandsarbeiten u.a. bei der Firma „Strabag“.

Ende Oktober 1950 wird Laddach, angeblich durch eine Dienststelle für Flüchtlinge dazu aufgefordert, durch den englischen Geheimdienst unter dem Decknamen „Heinz Weber“ für Spionagedienste verpflichtet. In dessen Auftrag sammelt er ab November 1950 im Grenzraum von Guben und Frankfurt/Oder Informationen zu den Grenztruppen, deren Dienstabläufen und Bewaffnung und versucht, Fahndungsbücher der VP-Grenzpolizei zu beschaffen. Bei einem Besuch bei Freunden wird Laddach von einem Volkspolizisten als desertierter Grenzpolizist erkannt und am 14. November 1950 durch die Kriminalpolizei in Frankfurt/Oder festgenommen. Von dort wird er am 22. des gleichen Monats an die örtliche MfS-Dienststelle übergeben. Diese Dienststelle überstellt Laddach kurz vor Weihnachten 1950 nach Potsdam in die Haftanstalt II. Schließlich übergibt ihn die Landesverwaltung Brandenburg der Staatssicherheit am 19. Januar 1951 „zur weiteren Veranlassung“ an die SKK (= MGB). Das SMT Nr. 48240 verurteilt Horst Laddach am 25. April 1951 – vermutlich in Potsdam - wegen angeblicher Spionage, Diversion und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt das Gnadengesuch am 14. Juni 1951 ab, das Urteil wird am 20. Juni 1951 in Moskau vollstreckt.

Ganze Familien gerieten während des „Kalten Krieges“ in die Fänge der Geheimdienste und mussten einen hohen Preis bezahlen, so auch die von Kurt Zipper.

Der Finanzbeamte, Jg. 1906, ist verheiratet und Vater von sieben Kindern. Als Berufssoldat hatte der ausgebildete Telegrafist von 1924 bis 1945 im Militär gedient, zuletzt im Rang eines Hauptmanns. Als technischer Verwaltungsbeamter des Heeres hatte er im Nachrichtenaufklärungsdienst von 1942 bis zum Kriegsende eine funkbetriebs-technische Forschungsstelle geleitet. Aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen, kehrt er nach Berlin zurück.

1946 tritt er in die LDP(D) ein. Er wird Kreissekretär von Berlin-Köpenick sowie Beisitzer im Landesvorstand Berlin und später sogar Abgeordneter der Volkskammer. Ab 1947 arbeitet er als Buch- und

Wirtschaftsprüfer des Bezirksamtes Köpenick und ist zuletzt als Betriebs- bzw. Preisprüfer im Finanzamt Baumschulenweg für die Überwachung des Handels zuständig.

Nachdem sein Sohn Horst am 10. Mai 1952 unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet wird, wendet sich Kurt Zipper am 17. Mai 1952 auf Drängen seiner Ehefrau an die sowjetische Kommandantur. Er glaubt, als Volkskammerabgeordneter eine gewisse Immunität zu genießen, doch auch er wird noch am selben Tag verhaftet.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt ihn am 8. August 1952 in Berlin-Lichtenberg wegen Spionage für den amerikanischen Geheimdienst zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 27. September 1952 ab, das Urteil wird am 1. Oktober 1952 in Moskau vollstreckt. Der Landesvorstand der LDP(D) schließt Kurt Zipper am 12. August 1952 von allen Parteiämtern aus. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 31. Januar 2002.

Sein Sohn, Jg. 1932 und kaufmännischer Lehrling, hatte sich mit der Notierung von Kfz-Nummern sowjetischer Fahrzeuge sein Taschengeld aufge bessert. Er wird in einem Einzelverfahren vom SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 23. Juli 1952 zum Tode verurteilt. Am 11. August 1952 wird Horst Zipper vom Gefängnis Berlin-Lichtenberg aus in die UdSSR verschleppt. Auf Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 27. September 1952 wird er zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Im Oktober 1955 kehrt er nach Ost-Berlin zurück. Nach wenigen Wochen flieht er in den Westteil der Stadt, dort arbeitet er bis zu seiner Pensionierung bei der AOK.

Welches Schicksal ihr Vater erleiden musste, erfahren die Kinder von Kurt Zipper erst im Jahre 2002, als ihnen die Rehabilitationsurkunde ausgehändigt wird. Horst Zipper hatte seinen Vater im Moskauer Gefängnis Butyrka zum letzten Mal lebend gesehen.

Ein tödliches Geschäft: Schwarzhandel mit Uranerz

Die aufstrebende Atommacht UdSSR hatte bereits 1945 im Erzgebirge den grundlegenden Rohstoff für die Kernwaffenherstellung gefunden: Uranerz. Für dessen Gewinnung und erste Aufbereitung beschäftigte die SAG Wismut im „Wismut-Gebiet“ als militärisch streng abgeschirmtes Unternehmen der Besatzungsmacht in den Folgejahren über 150.000 Menschen. Diese Geheimproduktion zog die Aufmerksamkeit aller westlichen Geheimdienste auf sich. Durch systematische Befragungen von Flüchtlingen, aufwändige Agentenschulungen und über den illegalen Erzhandel zu horrenden Preisen versuchten sie, umfassende Informationen über die Erzlager, die angewandten Abbaumethoden, die Lage der geheimen Schachtanlagen sowie deren Verteidigungsanlagen zu erlangen. Unter anderem sollte so das atomare Potenzial der UdSSR abgeschätzt werden.

Zugleich versuchten die Alliierten, mit Sabotageaktionen die Produktion zu stören. In welchem Ausmaße derartige Störaktionen den Abbau tatsächlich verzögerten, ist heute noch nicht klar, denn die beteiligten östlichen Sicherheitsdienste hatten, wenn es infolge mangelnder Qualifikation zu Bergunfällen, Fehlsprengungen oder zu Havarien an der Fördertechnik kam, schnell den Sabotagevorwurf zur Hand.

Die Bergleute der SAG Wismut wurden in allen Teilen der SBZ/DDR angeworben. Auch aus dem Berliner Raum kamen Bergleute, Mechaniker oder Verwaltungsangestellte in die Abbaugebiete. Den Arbeitern wurde ein Mehrfaches des damals üblichen Lohns gezahlt. Angelockt durch Versprechungen, zogen in kurzer Zeit Tausende in die Bergbauregion, wo die Realität jedoch zunächst anders aussah, als von den Werbern versprochen. In den Dörfern des Erzgebirges mangelte es an Wohnraum, daher lebten viele Kumpel in Provisorien und Notbauten. Waschgelegenheiten waren knapp und die Anfahrten zur Arbeitsstelle oftmals abenteuerlich. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in den Schächten kam eine Reihe von Arbeitern ums Leben, viele zogen sich durch den radioaktiven Staub schwere Schäden zu.

Proteste wegen des fehlenden Arbeitsschutzes und des Wohnraummangels wurden durch die sowjetische Unternehmensleitung ebenso unterdrückt wie die Bildung wirksamer Interessenvertretungen der Bergleute. Versuche, öffentlich auf das äußerst schwierige Leben im „Wismut-Gebiet“ aufmerksam zu machen, wurden durch eigens eingerichtete Strukturen des NKWD/MGB, durch die MfS-Verwaltung „W[ismut]“ sowie durch die „Bergpolizei“, einen speziellen Ableger der Volkspolizei, verfolgt. Das In-

nenministerium der DDR ging nach einer internen Richtlinie Ende Dezember 1951 zur systematischen „Säuberung des Wismut-Gebiets von deklassierten Elementen“ über. Sogenannte Rädelsführer von Protesten oder „unsichere Elemente“ sowie Erzschnuggler hatten mit drakonischen Strafen zu rechnen und verschwanden für lange Zeit in Gefängnissen oder sowjetischen Lagern. Einige Familien der ehemals bei der SAG Wismut Beschäftigten blieben bis in die 1990er-Jahre ohne jede Nachricht über den Verbleib ihrer verschollenen Angehörigen. Mindestens 82 der zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossenen Deutschen waren bei der SAG Wismut beschäftigt gewesen.

Berlin scheint sich in den 1950er-Jahren zu einem Zentrum des Schmuggels mit dem begehrten Uranerz entwickelt zu haben. Die alliierten Nachrichtendienste boten teils horrenden Summen für das Mineral oder aufbereitete Vorstufen des Urans. Die einzige Bedingung war: Die Herkunft der Proben musste genau dokumentiert sein. Für 1 Kilogramm Erz zahlten Zwischenhändler bis zu 750,00 DM, ein Vielfaches eines durchschnittlichen Monatslohns.

Das „Wismut-Gebiet“ selbst war eine militärische Sperrzone, in der besondere Ausweise galten. Reisende ohne die erforderlichen Papiere wurden sofort als Spione verdächtigt. Aus diesem Grund war es nur möglich, mithilfe von Wismut-Beschäftigten an Erzproben und technische Informationen aus den geheimen Erzaufbereitungsanlagen zu gelangen. Alliierte Nachrichtendienste knüpften die notwendigen Kontakte häufig aus West-Berlin heraus oder ließen im Sperrgebiet durch ostdeutsche Vertrauensleute Agentennetze einrichten.

Welche Gefahren der Erzschnuggel in den 1950er-Jahren barg, muss der gelernte Maschinenschlosser Hans Fichtel, Jg. 1926, aus Gransee/Mark erfahren.

Während des Krieges hatte er in der Grüneberg Metallbaugesellschaft den Beruf eines Maschinenschlossers erlernt. Nach dem Krieg arbeitet er bis 1946 in der Molkerei von Gransee und tritt der SED bei. Nach wechselnden Beschäftigungen verpflichtet er sich zur SAG Wismut und lebt in Johannegeorgenstadt/Sachsen. Er arbeitet als Betriebschlosser im Objekt Nr. 5t, einer geheimen Aufbereitungsanlage für Uranerz. Am 18. August 1950 wird der betrunkenen Fichtel vor einem Lokal in Gransee/Mark festgenommen, nachdem er Widerstand gegen eine Polizeistreife leistete. Bei der Durchsuchung findet sich bei ihm ein hoher Betrag an West-Mark, über dessen Herkunft Fichtel jede

Aussage verweigert. Daraufhin wird er an die MfS-Dienststelle Neuruppin übergeben, die Fichtel am 21. August 1950 in die Untersuchungshaftanstalt des MfS nach Potsdam überweist.

Im Verhör gesteht er, sich seit September 1949 am illegalen Erzschnuggel nach West-Berlin beteiligt zu haben. Über Eduard Juncke, einen Gastwirt aus seiner Heimatstadt, war Fichtel in Kontakt zu einem West-Berliner Erzaufkäufer gekommen, von dessen Verbindung zu amerikanischen Dienststellen Fichtel angeblich erst spät erfährt. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Hans Fichtel gemeinsam mit Eduard Juncke am 26. Februar 1951 wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihre Gnadengesuche am 27. April 1951 ab. Die Urteile werden bereits am folgenden Tag in Moskau vollstreckt.

Ein weiterer Weg, an Informationen über den Erzbergbau zu gelangen, waren die Kontakte zu den diversen Ostbüros der Parteien, zu den Medien oder über die Beratungsstellen für DDR-Bürger in West-Berlin. Häufig nutzten die Bergleute Reisen in die Heimat oder die Fahrt zum Ostseeurlaub, um sich während eines Zwischenstopps in West-Berlin bei diesen Einrichtungen Ratschläge für eine mögliche Auswanderung zu holen. Auch wohnten oder arbeiteten in West-Berlin eine Reihe aus der SAG Wismut geflohener Bergleute.

Die östlichen Geheimdienste erfuhren entweder durch Post- und Telefonüberwachung, mithilfe ihrer in die Beratungsstellen eingeschleusten Agenten oder schlicht durch Leichtsinn der Beteiligten von diesen Kontakten. Der bloße Kontakt eines Wismut-Bergmannes mit einer Organisation wie der KgU oder einer Einrichtung wie dem RIAS genügte als Verhaftungsgrund. Zugleich waren MfS und die sowjetischen Behörden bestrebt, auch die „Hintermänner“ ausfindig zu machen.

Welch hohen Stellenwert die Geheimhaltung der SAG Wismut für das MfS hatte, zeigt u.a. der Fall von Helmut Knobbe.

Knobbe, Jg. 1922, hat zwei Kinder. Bei Kriegsende war er in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, aus der er 1947 entlassen wird. Der gelernte Fischer tritt am 2. Juli 1948 als Hauer in die SAG Wismut ein und wird später als Werber für den Uranerzbergbau in Johanngeorgenstadt tätig. Er wohnt zu dieser Zeit in Schwarzen-

berg/Sachsen. Anfang der 1950er-Jahre flieht Knobbe nach West-Berlin, wo er als Kellner arbeitet.

Unterdessen wird der DDR-Flüchtling nach Aussagen eines verhafteten Agenten des französischen Geheimdienstes beim MfS beschuldigt, ebenfalls Agent dieses Dienstes zu sein. Daher wird er in West-Berlin seit dem Sommer 1951 durch eine MfS-Agentin verfolgt. „GM Monika“ befragt u.a. ehemalige Vermieterinnen und Nachbarn von Knobbe. Dieser wird auf die Bespitzelung aufmerksam und stellt gegen „Monika“ Anzeige wegen des Verdachtes der Vorbereitung von „Menschenraub“. „Monika“ wird daraufhin am 31. Juli 1951 von der West-Berliner Polizei verhaftet. Nach 5 Monaten wird das Verfahren jedoch mangels Beweisen eingestellt und die MfS-Informantin aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen. Am 19. Dezember 1951 erstattet die Rückkehrerin ihrem Auftraggeber ausführlich Bericht über ihren ergebnislosen Einsatz.

Im März 1952 gelingt es dem MGB jedoch, Knobbe festzunehmen. Die näheren Umstände seiner Inhaftierung bleiben selbst den MfS-Ermittlern unbekannt. Die MfS-Abteilung IV/3 schließt den Gruppenvorgang „Express“, zu dem auch Helmut Knobbe gerechnet wird, mit dem Schlussbericht vom 10. September 1953 ab.

Zu diesem Zeitpunkt leben zwei der insgesamt sieben Beschuldigten aus dem Gruppenvorgang nicht mehr: Helmut Knobbe wird am 8. Juli 1952 durch das SMT Nr. 48240 wegen Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 27. September 1952 ab; das Urteil wird drei Tage später in Moskau vollstreckt. Alfred Friedrich, Jahrgang 1911, soll als Verdingungsmann des französischen Geheimdienstes flüchtige VP-Angehörige angeworben haben. Im Oktober 1951 wird er gewaltsam nach Ost-Berlin entführt und dem MGB übergeben. Am 12. Juni 1952 fällt das SMT Nr. 48240 in Potsdam gegen ihn das Todesurteil, welches am 18. August des gleichen Jahres in Moskau vollstreckt wird.

Die Arbeit sowjetischer Geheimdienste in der SBZ/DDR

Den Fronttruppen der Roten Armee folgten 1945 die sowjetischen Sicherheitsdienste des Innenministeriums (NKWD/MWD), der Staatssicherheit (NKGB/MGB) sowie Spezialtruppen der Militärabwehr, der Smersch, nach Deutschland.¹² Für die Bewachung der auf dem Boden der SBZ errichteten Speziallager, den Gefängentransport bis in die UdSSR sowie für die Inhaftierung politischer Gegner waren die sogenannten „operativen Truppen“ der Innenverwaltung zuständig.

Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) überzog kurz nach der Besetzung das Land mit einem der Verwaltung und Überwachung dienenden Netz von Stadtkommandanturen, die den jeweiligen Landesverwaltungen unterstellt waren. Daneben baute der sowjetische Geheimdienst NKWD ein Terrorsystem auf, an dessen Spitze der „Operative Sektor“ für die SBZ mit Sitz in Potsdam und ab 1947 in Berlin-Karlshorst stand. Bereits im Herbst 1946 wurden der sowjetischen Staatssicherheit (MGB) die gesamten Befugnisse zur Verfolgung politischer Verbrechen in der SBZ übertragen. Der MGB-Apparat verfügte bis Mai 1953 über rund 2.200 Angehörige in der SBZ/DDR. Nach Stalins Tod im März 1953 sollte der Personalbestand auf 328 Mitarbeiter abgesenkt werden, doch dieser Plan verzögerte sich auf Grund der Ereignisse um den 17. Juni 1953.

Bereits kurz nach dem Einmarsch 1945 beschlagnahmte der sowjetische Geheimdienst in größeren Orten villenartige Privathäuser, ehemalige Amts- oder Fabrikgebäude sowie Gefängnisbauten und richtete diese zu Amtssitzen für den NKWD/MGB im „Operativen Sektor“ her. Keller oder Nebengelasse dieser Häuser wurden zu Haft- und Folterzellen ausgebaut. In diesen sogenannten „GPU-Kellern“¹³ verschwanden Tausende Frauen, Männer und Kinder: deutsche Zivilisten, befreite Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangene aus der UdSSR, aber auch straffällig gewordene Angehörige der Roten Armee. Solche Häuser und Folterkeller gab es bis zum Eintreffen der westalliierten Armeen in Berlin auch im Westteil der Stadt.¹⁴

¹² Smersch: Abkürzung von „Tod den Spionen“. Die Sondertruppe der Militärabwehr zur Bekämpfung von Agenten und sowjetischen Kollaborateuren während des Zweiten Weltkriegs wurde 1946 in das MGB eingegliedert.

¹³ „GPU-Keller“ waren das Synonym für die Haft- und Folterstätten des NKWD/MGB.

¹⁴ So brachte der NKWD im Juni und Juli 1945 im ehemaligen Polizeigefängnis in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 1, oder in den Kellerräumen des Rathauses von Berlin-Neukölln, bis zum Juli 1945 sowjetische Kommandantur, Häftlinge unter. Dazu auch:

Die „operative Arbeit“ im gesamten Besatzungsgebiet wurde nach den neu gebildeten Ländern strukturiert und damit der durch die sowjetische Militäradministration festgelegten allgemeinen Verwaltungsstruktur in der SBZ/DDR angepasst.

Neben der Zentrale des NKGB/MGB mit eigenem Gefängnis in Berlin-Karlshorst verfügte der sowjetische Geheimdienst über Untersuchungsgefängnisse und Haftanstalten in Dresden, Halle, Potsdam, Schwerin und Weimar. Daneben richtete sich der MGB für das „Wismut-Gebiet“ einen selbstständigen „Operativen Sektor“ mit Sitz in Chemnitz ein.

Im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis des Stadtbezirks Lichtenberg in der Magdalenenstraße führte der sowjetische Geheimdienst in den 1950er-Jahren die Mehrzahl aller in die UdSSR zu deportierenden Häftlinge zusammen. Vermutlich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform der DDR im Sommer 1952 übergab das MGB seine zentralen Untersuchungsanstalten in den Ländern mehrheitlich formal in die Hände des MfS, das diese Gefängnisse häufig bis 1989 als Untersuchungshaftanstalten weiter nutzte. Erinnert sei an die Haftstätten in Dresden, Bautzner Straße, oder Halle/Saale „Roter Ochse“, Am Kirchtor.

Lediglich das Zentralgefängnis für die SBZ/DDR in Berlin-Lichtenberg verblieb etwas länger unter alleiniger Kontrolle des MGB. Die Staatssicherheit nutzte das Haus ab Mitte der 1950er-Jahre bis 1989 als den „Zentralen Zuführungspunkt“ in unmittelbarer Nähe zum MfS-Hauptquartier.

GPU-Keller. Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse sowjetischer Geheimdienste in Berlin (1945-1949). Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Peter Erler. Berlin 2006. 2. Aufl., herausgegeben vom Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Zusätzlich zum eigenen Apparat schuf der sowjetische Geheimdienst früh Nachrichtendienste in der KPD/SED sowie Geheimpolizeien in den ostdeutschen Polizeiverwaltungen der Länder. Personen aus den illegalen Strukturen der KPD-Geheimdienste der 1920er- und 1930er-Jahre, oft mit Fronterfahrungen aus dem Spanischen Bürgerkrieg oder aus illegalen Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus, bildeten den Kern der KPD/SED-Parteiabwehr oder des „Amtes zum Schutze des Volkseigentums“.

Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947, der die Verfolgung von NS-Verbrechen auf die Deutsche Volkspolizei übertrug, entstand unter dem Deckmantel der Kriminalpolizei zusätzlich das Kommissariat 5 (K5) in der SBZ. Unter der stetigen Aufsicht des MGB bestand die Aufgabe dieser politischen Polizei in der Bekämpfung „faschistischer Banden“ sowie der Verfolgung von „Agenten des Westens“. Kurz nach Gründung der DDR beschloss das ZK der SED auf Weisung aus Moskau, ein eigenständiges Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in die Verwaltungsstruktur der DDR einzubauen. Damit setzte das oberste politische Organ der DDR im Februar 1950 die bereits am 28. Dezember 1948 erteilte Genehmigung zur Gründung eines ostdeutschen Geheimdienstes vom ZK der KPdSU um.

Die mit dem Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Februar 1950 installierte Geheimpolizei agierte unter direkter Anleitung und Aufsicht sowjetischer „Berater“¹⁵. „Feinde“ im Sinne des MGB bzw. MfS waren neben den Kritikern des sozialistischen Aufbaus unter anderem Angehörige von Kirchen, Mitglieder und Sympathisanten demokratischer Parteien, aber auch Wirtschaftsflüchtlinge.

Bei wiederholten Personalprüfungen in den Sicherheitsorganen, der Nomenklaturkader oder beim bloßen Ausstellen von Personaldokumenten stießen Kontrollkommissionen, Polizeibehörden oder die junge Staatssicherheit immer wieder auf „verdächtige“ Personen. Misstrauen erweckte, wer Kontakte zum Westteil Deutschlands pflegte, aus westalliierten Kriegsgefangenen

¹⁵ Seit 1951 führten die MGB-Verbindungsoffiziere die MfS-interne Bezeichnung „Inspektoren“. Das MfS führte die Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes NKGB/MGB/KGB unter wechselnden Bezeichnungen: SKK, D5, „Fr.“ oder „Freunde“, in einigen Fällen auch als „Höhere Stelle“. In späteren Jahren wurde der KGB innerhalb des MfS auch als KfS bezeichnet.

schaft entlassen worden oder aus der Westemigration zurückgekehrt war oder wer wegen öffentlicher Kritik am System als „politisch unzuverlässig“ eingestuft wurde. Häufig hatte die Zuordnung zu einer der Kategorien fatale Folgen für die Betroffenen und deren Familien.

Das MfS verfügte im Jahre 1950 über ca. 2.500 hauptamtliche Mitarbeiter. Bis zum Jahresende 1953 konnte der Geheimdienst sein Personal nahezu vervierfachen.

Das Ministerium selbst hatte seinen Sitz im ehemaligen Finanzamt von Berlin-Lichtenberg, in der Normannenstraße, in unmittelbarer Nähe zur zentralen MGB-Ermittlungsabteilung. Dem Minister Wilhelm Zaisser und seinem Staatssekretär Erich Mielke waren fünf Länderverwaltungen der Staatssicherheit von Groß-Berlin, Brandenburg (Potsdam), Mecklenburg (Schwerin), Sachsen (Dresden) und Sachsen-Anhalt (Halle/Saale) sowie die Sonderverwaltungen „W“ (für das „Wismut-Gebiet“) und „E“ (Abteilung Eisenbahn = Transportpolizei) unterstellt. Zeitweise wurde auch die Grenzpolizei der DDR von Zaisser kontrolliert. Jede Länderverwaltung des MfS verfügte wiederum über zahlreiche örtliche Dienststellen in den Ländern und späteren Bezirken.

Wie in der Sowjetunion, stützten sich auch in der DDR die Geheimdienste bei ihrer Suche nach „Systemfeinden“ auf ein immer dichter werdendes Netz von Spitzeln und Denunzianten. Nicht wenige Geheime Mitarbeiter (GM) hatten sich „auf Druck“ durch einen der Ostblock-Geheimdienste anwerben lassen oder versprachen sich persönliche Vorteile. Etliche der in Moskau hingerichteten Personen waren als „Informanten“ in die Welt der Nachrichtendienste verwickelt.

Unter den in Moskau erschossenen Personen fanden sich eine Reihe von „Geheimen Mitarbeitern“ (später „Inoffiziellen Mitarbeitern“) und vermutlich auch solche des NKWD/MGB.¹⁶

Zu diesem Personenkreis gehörte auch Heinz Schnoor, Kohlentrimmer aus Hamburg, geboren 1921. Schnoor ist geschieden und hat zwei Kinder, seine Frau wohnt in Ost-Berlin.

Nach russischen Quellen hatte er von 1939 bis Mai 1943 in der Wehrmacht im Rang eines Leutnants als Panzerzugführer gedient. Bei den Verhören durch das MfS gibt er jedoch an, in dieser Zeit als

¹⁶ Aufgrund der bisher einseitigen Aktenlage – die Quellen westlicher Dienste sind noch immer geschlossen – ist es nicht möglich, zu erkennen, ob die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS/MGB nicht im Auftrag alliierter Nachrichtendienste erfolgte.

Freiwilliger in der Kriegsmarine im Mittelmeer gewesen zu sein. Im Mai 1943 war Schnoor in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten.¹⁷ Nach seiner Entlassung kommt er 1946 nach Berlin.

Im Januar 1951 wird er wegen Diebstahls von Buntmetall zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Nach einer erneuten Anzeige für das gleiche Delikt flieht er im Juni 1951 nach West-Berlin und tritt dort der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) bei. Zuletzt ist er Kassierer der VOS für den Bezirk Berlin-Tiergarten.

Im März 1952 lässt sich Schnoor im Bemühen, nach Ost-Berlin zu seiner Familie zurückzukehren, nach einem Gnadengesuch an den Präsidenten Wilhelm Pieck als Informant für das MfS anwerben und liefert Unterlagen der VOS – so auch Verzeichnisse und Deckadressen von Mitgliedern der VOS in Ost-Berlin – an die Staatssicherheit. Das MfS verdächtigt ihren GM „Alfons Krause“ jedoch, als Doppelagent tätig zu sein, da er Kontakt zum „Deutschen Nachrichtendienst“ gepflegt und auch für französische Dienststellen in West-Berlin gearbeitet haben soll.

Auch im Westen kommt man dem Doppelagenten auf die Schliche. Als Schnoor in West-Berlin enttarnt wird, flieht er am 8. September 1952 nach Ost-Berlin. Statt Hilfe erwartet ihn die Festnahme durch das MfS. Am 12. September 1952 wird er dem MGB übergeben.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Heinz Schnoor am 29. Dezember 1952 wegen angeblicher Unterstützung der internationalen Bourgeoisie, Spionage, antisowjetischer Propaganda und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 25. März 1953 ab. Das Todesurteil wird am 31. März 1953 in Moskau vollstreckt.

Das erklärte Ziel nachrichtendienstlicher Verfolgungspraxis der Besatzungsmacht und ihrer deutschen Hilfskräfte war es, möglichst viele „politische Gegner“ zu erkennen und sie einer pseudojuristischen Strafverfolgung zuzuführen. Von der Sowjetunion übernommene Feindbilder, vage ideologi-

¹⁷ Derartige Differenzen in den Biografien schienen für das NKWD/MGB nicht von großem Interesse gewesen zu sein. Zeitzeugen berichten, dass biografische Angaben selten überprüft wurden. Dagegen hat bereits das frühe MfS deutlich mehr Wert auf die Überprüfung von biografischen Daten gelegt, wie einzelne Rechercheaufträge an örtliche Polizeidienststellen belegen.

sche Vorgaben sowie „Gummi-Paragrafen“ erlaubten es, vermeintliche oder wirkliche Kritiker des SED-Regimes beliebig und außerhalb der Normen des DDR-Rechtssystems zu verfolgen. Oftmals hatte die Inhaftierung politischer Gegner dramatische Folgen für ganze Familien.

Johannes Manzel, 1894 in Rehberg/Kr. Stargard geboren, stammt aus einer Lehrerfamilie, ist verheiratet und hat vier Kinder. Als Teilnehmer des Ersten Weltkrieges hatte er die Armee 1919 im Rang eines Oberleutnants verlassen. Von 1920 bis 1928 hatte er sein Gut in Holzendorf bei Sternberg bewirtschaftet und wurde bei Kriegsbeginn 1939 als Personalleiter des Wehrmachtsflugplatzes Tarnwitz/Klütz in Mecklenburg reaktiviert. Manzel gehörte damit zum Personenkreis, der an der V-Waffenentwicklung in Peenemünde beteiligt war.

Im Mai 1945 übernimmt Manzel auf Initiative sowjetischer Stellen das Bürgermeisteramt für Langenhagen, wird jedoch 1948 seines Amtes enthoben. Am 5. Januar 1951 wird er auf dem Weg von Langenhagen/Mecklenburg nach Parchim durch das MGB/MfS verhaftet. Anfang Februar 1951 werden dann auch seine Ehefrau und eine Tochter unter dem Vorwand, ihn besuchen zu können, nach Langenhagen gelockt und dort ebenfalls vom MfS/MGB verhaftet.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt ihn am 29. Mai 1951 in Potsdam wegen angeblicher Spionage zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 19. Juli 1951 ab. Das Todesurteil wird fünf Tage später in Moskau vollstreckt. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 24. Juli 1998.

Die verhaftete Tochter, Ursula Manzel (Jg. 1925), hatte als Telefonistin der Post in Berlin gearbeitet. Sie und ihre Mutter werden nach mehreren Monaten Untersuchungshaft in den MGB-Gefängnissen von Magdeburg und Potsdam im gleichen Tribunalverfahren wegen Mitwisserschaft zu langjährigen Lagerstrafen verurteilt. Die Tochter muss Zwangsarbeit in der 2. Ziegelei von Workuta leisten und kann im Oktober 1955 nach Deutschland zurückkehren. Ihre Mutter wird bereits im Dezember 1953 aus einem sowjetischen Lager nach Deutschland entlassen.

Um jede öffentliche Aufmerksamkeit zu vermeiden, wurden die meisten Opfer auf dem Weg zur oder von der Arbeit, nachts in oder vor ihren Wohnungen oder während eines zum Schein inszenierten Behördenganges, beispielsweise mittels einer Vorladung zum Arbeitsamt, verhaftet. Dabei traten

die MfS-Angehörigen in Uniformen der Volkspolizei auf bzw. wiesen sich als Kriminalbeamte oder Bedienstete städtischer Ämter aus.

Am 16. April 1952 verhaftet das MfS in der U-Bahnstation Nordbahnhof Heinrich Kratz und dessen Frau. Im Abschlussbericht des Greifkommandos heißt es: „Um kein Aufsehen zu erregen machte es sich notwendig, 2 Mitarbeiter in Uniform der Volkspolizei zu kleiden. Die Aktion begann am 16.4.54 8,00 Uhr und wurde gegen 8,20 Uhr erfolgreich ohne Aufsehen bei den Fahrgästen beendet.“¹⁸ Der arbeitslose Heinrich Kratz, Jg. 1914, ist verheiratet und hat zwei Kinder; die Familie des gelernten Friseurs wohnt in Berlin-Wedding. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Kratz am 29. Oktober 1952 – vermutlich in Berlin-Lichtenberg – wegen angeblicher Spionage zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 26. Dezember 1952 ab. Das Todesurteil wird am 3. Januar 1953 in Moskau vollstreckt.

Im dichten Netz der Zugüberwachung und Bahnhofskontrollen durch die Transportpolizei verfangen sich eine Reihe von Menschen schon allein deshalb, weil ihre Reisepapiere unvollständig waren oder sie westdeutsche Ausweise, Dokumente oder Waren bei sich hatten. Auch fahndete das MfS auf Weisung sowjetischer Organe gezielt nach Personen und verhaftete diese im Auftrag des MGB.

Dazu kam, dass das MfS in den 1950er- und 1960er-Jahren politische Gegner nicht allein auf dem Boden der DDR verfolgte, sondern diese auch aus benachbarten Staaten verschleppte. Selbst die Flucht nach Westdeutschland oder West-Berlin bedeutete keinen zuverlässigen Schutz vor dem Zugriff durch Staatssicherheit oder MGB. Die Geheimdienste gewannen Freunde oder Verwandte als sogenannte „Geheime Mitarbeiter“, um mit deren Hilfe Gegner in den Osten zu locken oder zu entführen. Wenn die Opfer aufmerksam waren und das Risiko einer Rückreise in den Osten nicht eingingen, ließ das MfS diese teilweise mit Gewalt in die DDR „zurückführen“. Zu den bekanntesten Entführungsoffern zählt der bereits erwähnte Jurist Dr. Walter Linse.

Die Auftraggeber dieser Entführungen entgingen der juristischen Verfolgung für ihre Verbrechen auch nach dem 3. Oktober 1990. Bis heute kennt man

¹⁸ Bericht des MfS HA VIII Referat III vom 16. April 1952 über die Verhaftung des Ehepaars Kratz in Berlin (BStU ZA, MfS HA VIII, RF 1776-2).

weder die genauen Zahlen noch die Schicksale aller Entführten.¹⁹ Die zwischen 1993 und 1999 tätige „Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ (ZERV), die eine Reihe dieser Fälle untersuchte, benannte 1994 allein 804 Fälle. Die Zahl liegt vermutlich um ein Vielfaches höher, da sich das NKWD/MGB ebenfalls dieser Methode bediente. Bei Einrechnung all jener Verhafteten, die die sowjetische Besatzungsmacht im Sommer 1945 aus den NKWD-Kellern West-Berlins in Haftanstalten und Speziallager überführte, unter den Augen alliierter Schutzmächte weiterhin ungehindert im Westteil der Stadt festnahm oder von westalliierten Stellen gar als vorgebliche NS-Verbrecher überstellt bekam, dürfte es sich insgesamt um mehrere Tausend Personen handeln.

Am 2. November 1951 wird der Journalist Günter Grell nach Berlin-Neukölln, in die Lohmühlenstraße, unweit der Zonengrenze zu einem Treffen bestellt, brutal von mehreren „Geheimen Mitarbeitern“ des MfS zusammengeschlagen und über den dortigen Grenzübergang nach Berlin-Treptow verschleppt. MfS-Angehörige in VP-Uniform sichern von der Ost-Seite den sorgfältig geplanten „Menschenraub“.
*Günter Grell, gelernter Werkzeugmacher, Jahrgang 1926, war bei Kriegsende in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. Seit März 1948 schreibt der freie Journalist für verschiedene DDR-Zeitungen sowie den Landessender Potsdam. Im selben Jahr wird er Mitglied der NDPD und wirkt in Potsdam als stellvertretender Kreisvorsitzender und Jugendreferent dieser Partei. Anfang Februar 1949 findet er eine Anstellung beim Landesvorstand des FDGB Brandenburg in Potsdam, leitet dort die Abteilung Presse-Rundfunk-Werbung und verfasst für die gewerkschaftseigene Zeitung „Tribüne“ Artikel. Im September 1949 tritt Grell hauptberuflich in die Redaktion der „Nationalzeitung“ – das Blatt der NDPD – ein. Gleichzeitig vertritt Grell als Mitglied des FDJ-Landesvorstandes Brandenburg die Jugendorganisation in der Volkskammer. Bis zu seiner Flucht arbeitet er auch für den „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst“ (ADN).
 Nach einem Ehrengerichtsverfahren des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der NDPD gegen Grell erfolgten Mitte Januar 1950 dessen*

¹⁹ Im Mai 1997 verurteilte das Düsseldorfer Oberlandesgericht Markus Wolf zu zwei Jahren Haft wegen Freiheitsberaubung in vier Fällen in Tateinheit mit Nötigung und vorsätzlicher Körperverletzung auf Bewährung. Wolf, Spionagechef der DDR von 1951 bis 1986, musste diese Strafe jedoch nicht antreten.

Parteiausschluss, die Entlassung aus dem parteieigenen „Verlag der Nation“ Berlin und der Antrag auf Ausschluss aus der FDJ-Fraktion. Nachdem ihn ein KgU-Mitglied vor der drohenden Verhaftung warnt, flieht Grell Anfang März 1950 nach West-Berlin.

Im späteren Verhör beim MfS gesteht Grell, nach seiner Flucht in den Westen noch während des Aufnahmeverfahrens als politischer Flüchtling einer Zusammenarbeit mit dem CIC zugestimmt zu haben. Wenige Wochen nach seiner Flucht meldet er sich bei ehemaligen Kollegen und Bekannten und fordert gezielt Informationen über die Vorgänge in der NDPD, dem FDGB, der FDJ und im ADN ein.

Einige dieser Kontaktversuche werden beim MfS angezeigt, so auch durch einen Organisationsinstrukteur der Eisenbahner-Gewerkschaft aus Ost-Berlin. Dieser traf sich, in Begleitung einer MfS-Angestellten, auf dem Bahnhof Berlin-Schöneberg mit Grell. Hier soll Grell versucht haben, den Gewerkschafter aus Potsdam für den US-Nachrichtendienst anzuwerben. Seit April 1951 installiert das MfS gezielt Informanten im Umfeld Grells und lässt unter dem Kennwort „Signal“ diverse Entführungspläne entwerfen. Die im August 1951 geplante Entführung aus einer Gaststätte scheitert.

Günter Grell wird schließlich am 2. November 1951 durch das MfS als Mitarbeiter des US-Geheimdienstes – alias „Günter Helmert“ oder „Günter Stelter“ – sofort nach dem Eintreffen in Berlin-Treptow verhaftet und nach kurzem Verhör an das MGB in Potsdam überstellt. Im Verfahren gegen Grell verhaftet das MfS 27 weitere Personen, 16 von ihnen werden an die Sowjetische Kontrollkommission SKK (= MGB) überstellt. Unter ihnen finden sich Journalisten und Funktionäre der NDPD und der FDJ.

Mithäftlinge bezeugen nach ihrer Entlassung Grells Inhaftierung im MGB-Gefängnis Potsdam, Lindenstraße. Am 16. April 1952 wird er von einem SMT wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode verurteilt, das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 20. Juni 1952 ab. Das Urteil wird am 26. Juni 1952 in Moskau vollstreckt. Nach Informationen der ZERV soll Grell seit 1948 bis zu seiner Entführung für den US-Geheimdienst gearbeitet haben. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 12. April 2001.

Es ist anzunehmen, dass die Mehrzahl der bis 1955 in die SBZ/DDR „zurückgeführten“ Opfer vor einem sowjetischen Tribunal oder einem ostdeut-

schen Gericht zu Zeitstrafen verurteilt worden ist. Wie viele es genau waren und wer von ihnen in den sowjetischen Lagern oder in ostdeutschen Haftanstalten starb, ist bis heute nur ansatzweise bekannt.²⁰

Keiner der Verhafteten sah bei seiner Festnahme einen amtlichen Haftbefehl. Rechtsbeistände wurden regelmäßig verweigert, und die per Gesetz mit Kontrollbefugnissen über die Untersuchungshäftlinge der Staatssicherheit ausgestattete Staatsanwaltschaft scheiterte regelmäßig bei der Einforderung gesetzlicher Vorgaben, wie etwa der Einhaltung von Fristen für die Haftprüfung und die Dauer der Untersuchungshaft, an der Allmacht des MfS und seiner sowjetischen Berater. Bei vorbereiteten Verhaftungen erwirkte der zuständige MfS-Mitarbeiter im ersten Schritt amtsintern einen Haftbeschluss. Dieser war vom Minister für Staatssicherheit Zaisser oder seinem Nachfolger Wollweber, dem Staatssekretär Mielke sowie den Hauptabteilungsleitern, den Leitern der betreffenden Länderverwaltung oder deren Stellvertretern, zu bestätigen. Eine vom MfS gesiegelte Einlieferungsanweisung begleitete den Häftling in das jeweilige Untersuchungsgefängnis und wurde zu den Akten genommen. Erst nach der Inhaftierung „bestellte“ das „Ermittlungsorgan“ des MfS, die Abteilung IX, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft den erforderlichen Haftbefehl gemäß der DDR-Strafprozessordnung.

Bei Hausdurchsuchungen führten die MfS-Mitarbeiter in einem amtlichen Durchsuchungsprotokoll alle entnommenen Gegenstände auf, forderten von anwesenden Zeugen, diese Aufstellung zu unterschreiben, und hinterließen einen Durchschlag bei der Familie. Dieser Protokolldurchschlag war häufig der einzige schriftliche Beleg, den die Angehörigen für die Inhaftierung des Beschuldigten vom MfS erhielten. Rückfragen über den Verbleib der so Verhafteten oder Vermisstenanzeigen beantworteten Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften oder Arbeitsstellen, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich. Das MfS teilte nach Rücksprache mit dem MGB nach Richtlinie Nummer 4 vom 6. Januar 1951 üblicherweise in mündlicher Form nur mit: „Die betreffende Person ist von den Organen des MfS festgenommen worden. Weitere Auskünfte können bis zum Abschluss der Untersuchung nicht erteilt werden.“

Konfiszierte Wertgegenstände und Barmittel übernahm die Verwaltung des MfS. Beweise und persönliche Effekten des Häftlings wurden teilweise an das MGB übergeben und von diesem verwertet. Immobile Gegenstände,

²⁰ Vgl. dazu: Totenbuch Speziallager Bautzen 1945-1956. Bearbeitet von Jörg Morré, Bautzen 2004.

Wohnungs- oder Geschäftsinventare wurden durch „örtliche Organe“ der DDR an interessierte Dritte weitergegeben.

Bei der Ermittlungs- und Verhörpraxis übernahm das MfS von seinen sowjetischen Ausbildern die Maßstäbe, auch was den Einsatz physischer Gewalt gegenüber den Häftlingen anging. Um das wichtigste Ermittlungsziel – das Geständnis des Beschuldigten mit Angaben zu weiteren Personen – zu erreichen, gehörten beim MfS tätliche Übergriffe auf Häftlinge, der Entzug von Essensrationen und nächtliche Verhöre zu den üblichen „Arbeitsmethoden“. Welches Ausmaß diese Praxis in der Geheimpolizei angenommen hatte, belegt die Dienstanweisung Nr. 7/ 51 der Länderverwaltung Thüringen vom 8. Oktober 1951, die ähnlich sicher auch in den restlichen Verwaltungen erlassen worden ist: Unter Strafandrohung wurde allen Leitern der Kreisdienststellen und Hauptabteilungen der Staatssicherheit Thüringens durch den amtierenden Minister Zaisser befohlen, von derartigen Übergriffen künftig Abstand zu nehmen. In der Öffentlichkeit werde bereits von „Gestapomethoden“ gesprochen, außerdem sei die Misshandlung von Häftlingen nur der Unfähigkeit der MfS-Mitarbeiter geschuldet, „die ihnen übertragenen Aufgaben zu lösen“. Auf den Einsatz physischer Gewalt wurde im weiteren MfS-Alltag dennoch nie ganz verzichtet, wie zahlreiche Erinnerungsberichte von Untersuchungshäftlingen belegen.

Standen die Festgenommenen unter dem Verdacht der „Militärspionage“, der „antisowjetischen Propaganda“ oder des „illegalen Waffenbesitzes“, wurden sie vom MfS mehrheitlich rasch den sogenannten „Freunden“, das heißt dem MGB, übergeben. Dies geschah unter Missachtung des Artikels 10 der DDR-Verfassung vom Oktober 1949, der die Auslieferung von DDR-Bürgern an eine fremde Macht ausschloss. Bürger der BRD erhielten in jener Zeit keinerlei konsularischen Rechtsbeistand.

Die Staatssicherheit in Ost-Berlin

Nach Gründung des MfS zum Jahresanfang 1950 wurde, parallel zu den vier Flächenländern, in Berlin eine Länderverwaltung der Staatssicherheit für „Groß-Berlin“ eingerichtet. Ihren ersten Dienstsitz fand die Verwaltung in Berlin-Prenzlauer Allee/Fröbelstraße in einem städtischen Krankenhauskomplex. Zuvor hatten NKWD bzw. MGB die Gebäude als Folterstätte und Haftraum genutzt. Im Oktober 1985 siedelte die MfS-Bezirksverwaltung Berlin in einen Neubau nach Berlin-Friedrichsfelde um.

Der von Karl Kleinjung und seinem Nachfolger Hans Fruck geführten Bezirksverwaltung in Ost-Berlin waren Dienststellen in den östlichen Stadtbezirken unterstellt. Aus ihnen entwickelten sich die Kreisdienststellen des MfS. Parallel dazu wurden Gliederungen des Auslandsnachrichtendienstes der DDR – ab 1956 unter der Bezeichnung „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) Teil des MfS – sowie zentrale Werkstätten des Operativ Technischen Sektors (OTS), Kliniken des Zentralen Medizinischen Dienstes (ZMD) und geheimdienstliche Firmen unter dem Dach der „Kommerziellen Koordinierung“ in Berlin eingerichtet.

Nach Abschluss einer ersten Organisationsphase bekam die Staatssicherheit von den Aufsicht führenden sowjetischen Beratern seit Mitte des Jahres 1950 zunehmend die Verantwortung für politische Fälle und für die Bekämpfung von „Spionage“ und „faschistischer Bandentätigkeit“ übertragen. Dieser Prozess wurde kurz vor dem Jahresende 1950 mit der Einrichtung der Abteilung „Erfassung und Statistik“ formal abgeschlossen. Hinter dieser Bezeichnung verbarg sich die zentrale Verwaltung aller als „feindlich“ erfassten Personen, einschließlich aller durch die Staatssicherheit inhaftierten Untersuchungshäftlinge. Diese Abteilung unterstand dem Staatssekretär Erich Mielke. Hier liefen alle Spitzenmeldungen aus den MfS-Dienststellen über Verhaftungen ein und es wurden entsprechende Kontrollkarteien gepflegt. Mielke hatte damit Einblick in alle laufenden Ermittlungsverfahren und dadurch Kenntnis über den „Abgang“ der Häftlinge an das MGB.

In den Länderverwaltungen der Staatssicherheit wurden nach dem sogenannten „Linienprinzip“ die wichtigsten Abteilungen des Berliner Ministeriums abgebildet.

Die meisten der in Moskau erschossenen Personen wurden durch die Abteilung zur Überwachung und Bekämpfung des politischen Untergrunds (Abt. V), die Abteilung zur Überwachung der Innenverwaltung und Polizeikräfte (Abt. VII), die Abteilung zur Beobachtung und Verhaftung von Personen (Abt. VIII) und die Abteilung für Spionageabwehr und Westarbeit (Abt. II)

„operativ bearbeitet“, d.h. überwacht, inhaftiert und verhört. Über die Abteilung Untersuchung (Abt. IX) wurden die Häftlinge auf Anforderung dem MGB übergeben. Im Sommer 1952 wurden die fünf MfS-Länderverwaltungen in 15 Bezirksverwaltungen aufgliedert.

Die Leiter der einzelnen Abteilungen konnten, nach Abstimmung mit dem Chef der Länderverwaltung oder seinem Stellvertreter, mit einer Unterschrift Maßnahmen bis hin zur Inhaftierung des Beschuldigten initiieren. Sie regten deren „operative Bearbeitung“ an, ließen sich potentielle GM vorschlagen und redigierten in „Maßnahmepläne“, u.a. die zur Entführung von West-Berlinern, hinein. Die verfolgten „Zielpersonen“ verloren mit der Unterschrift unter diese Planungen praktisch alle bürgerlichen Rechte und nach ihrer Inhaftierung jeden Kontakt zur Außenwelt.

Eine besondere Ausnahmestellung in der Reihe der Verwaltungen bildet die seit 1950 in Chemnitz-Siegmarsiedelung angesiedelte Sonderverwaltung der DDR-Geheimpolizei für das „Wismut-Gebiet“, kurz Verwaltung „W“. Diese Verwaltung wurde am 1. November 1951 aus dem Ministerium heraus gegründet und wurde in den Rang einer Länderverwaltung mit einem eigenen Netz untergeordneter Dienststellen - u. a. in Johanngeorgenstadt - erhoben. Erst wenige Jahre vor dem Ende der DDR wurde sie als Abteilung „Wismut“ wieder in die MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt eingegliedert. Bis zu diesem Zeitpunkt bearbeitete die Verwaltung „W“ ausschließlich Fälle aus dem Uranbergbau. In den Jahren 1951 bis 1955 stand VP-Inspekteur Karl Kleinjung an der Spitze dieser Sonderverwaltung, die ihre Fälle bis hinein nach West-Berlin bearbeitete und auch hier ein eigenständiges Netz von Informanten führte.

Haftstätten des MfS und MGB in Berlin

Zu den Haftstätten des MGB und des MfS im Berlin der 1950er-Jahre liegen bisher nur wenige gesicherte Erkenntnisse vor. Aus den spärlichen amtlichen Quellen und Häftlingserinnerungen ließen sich die nachfolgend beschriebenen Haft- und Folterstätten in der Stadt als Orte der Untersuchungshaft gegen deutsche Zivilisten ermitteln.

Ihre Zeitstrafen saßen die durch sowjetische Militärtribunale (SMT) verurteilten Deutschen in sowjetischen Arbeitslagern oder, seit Anfang 1950, in Haftanstalten der ostdeutschen Innenverwaltung ab; so z. B. in den Strafvollzugsanstalten Berlin-Rummelsburg, vor allem aber in Bautzen, Torgau, Hoheneck bei Stollberg oder Waldheim. Zuvor waren Strafgefangene zusammen mit den sogenannten „Internierten“ (Inhaftierte ohne Urteil) in „Speziallagern“ auf dem Territorium der SBZ untergebracht. Auf diese Haftorte wird hier nicht näher eingegangen, da die Mehrzahl der seit April 1950 in der DDR durch SMT zum Tode verurteilten Personen kurze Zeit nach dem Urteil über das Zentrale Gefängnis des MGB in Berlin-Lichtenberg nach Moskau verschleppt worden war.

Im historischen Zellenbau hinter dem Amtsgericht von Berlin-Lichtenberg am Roedeliusplatz brachte der NKWD/MGB seit 1945 Untersuchungsgefangene und Transporthäftlinge unter. Der dreiflügelige Bau mit langem Zellentrakt liegt unweit der Frankfurter Allee (damals Stalin-Allee) auf einem Geländestreifen zwischen der Magadalenenstraße und der Adolfstraße. In diesem Hafthaus führte der sowjetische Geheimdienst alle Häftlinge zusammen, die in die UdSSR gebracht werden sollten. Die letzten größeren Häftlingsgruppen wurden von hier aus zwischen Juli und November 1953 in sowjetische Arbeitslager verlegt, unter ihnen etwa 100 bis 150 politische Häftlinge des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.

Zu ihnen gehört auch der Installateur Otto Müller, Jg. 1933, aus Berlin-Wedding. Er wird am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin verhaftet und in Berlin-Karlshorst inhaftiert.

Im August 1953 verlegt ihn der sowjetische Geheimdienst in das Untersuchungsgefängnis Lichtenberg, wo ihn ein SMT wegen „Provokation, Aufhetzung, Stürzung der Regierung“ zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im November 1953 wird er in das Gefängnis von Brest-Litowsk verschleppt und von hier aus im April 1954 weiter nach Workuta, Schacht Nr. 40. Anfang 1956 kann er nach Deutschland zurückkehren.

Im repräsentativen Hauptgebäude des früheren preußischen Amtsgerichts hatten in den 1950er-Jahren die Untersuchungsführer des MGB sowie die Militärjuristen des Obersten Militärgerichts in der SBZ/DDR (SMT-Nr. 48240) ihren Sitz. Hierhin luden die sowjetischen Verhöroffiziere Angehörige, Nachbarn oder Kollegen der Inhaftierten vor oder ließen sich „Zeugen“ über das MfS zuführen. In den Sälen des Amtsgerichts verkündeten Militärtribunale Todesurteile gegen ca. 200 Menschen.

Das Schicksal der Familie Storch aus Berlin ist eng mit diesem Ort verknüpft. Fritz Storch, Jg. 1899, kaufmännischer Direktor des Reichsbahnbetriebes für Fernmelde- und Signalbau in Berlin-Schönevide, wird am 27. Januar 1951 wegen abfälliger Bemerkungen über das SED-Regime, wegen des Besitzes westdeutscher Zeitungen sowie des vorgeblichen Kontakts zu einem ehemaligen SS-Offizier durch das MfS in seiner Wohnung in Berlin-Treptow verhaftet.

Der verheiratete Vater zweier Töchter war während des Zweiten Weltkriegs als Sachbearbeiter für Personal- und Reisekosten im Amt des Distrikts Lublin tätig gewesen und hatte der NSDAP angehört. Nach der Rückkehr der Familie in die Heimatstadt Berlin arbeitet Fritz Storch als Buchhalter in verschiedenen Unternehmen der Stadt, bis er im August 1950 zum Ökonomischen Direktor im Betrieb für Fernmelde- und Signalbau im Range eines Reichsbahnrates berufen wird. Storch ist seit 1947 Mitglied der SED.

Eine seiner Töchter hat sich zum Studium an der philosophischen Fakultät der West-Berliner Freien Universität angemeldet und bringt von dort die Zeitungen „Der Monat“ und „Die Deutsche Rundschau“ mit nach Hause. Das MGB bemüht sich, auch die Tochter als mutmaßlichen „Mittelsmann“ zu verhaften. Die Ehefrau von Fritz Storch muss wenige Tage nach dessen Verhaftung seine Aktentasche mit Zeitungen identifizieren. Sie wird Ende März durch MGB und MfS stundenlang im Polizeirevier Treptow, Graetzstraße (heute: Karl-Kunger-Straße) verhört und aufgefordert, ihre Tochter zu bewegen, sich freiwillig der Besatzungsmacht zu stellen. Eine erneute Vorladung der Tochter auf das VP-Revier nimmt die Familie schließlich zum Anlass, am Ostersonnabend 1951 in den Westteil Berlins zu flüchten.

Fritz Storch wird am 4. Februar durch das MGB übernommen, ist bis Ende März 1951 in Berlin-Karlshorst inhaftiert und wird dann an das Tribunal in Berlin-Lichtenberg überstellt.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt ihn am 25. April 1951 in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage für den britischen Geheimdienst zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 30. Juni 1951 ab. Das Urteil wird am 4. Juli 1951 in Moskau vollstreckt.

Die Vollstreckung erfährt seine Tochter erst in den 1990er-Jahren. Seit dem 29. März 1999 ist Fritz Storch vom Russischen Militärgericht rehabilitiert.

Seine Enkelin Susanne Jäger gestaltete gemeinsam mit dem Historischen Forschungsinstitut Berlin 2005/2006 die Ausstellung „Erschossen in Moskau ...“, in der das Schicksal ihres Großvaters ausführlich dargestellt wird.

Nachdem sich das MGB Mitte der 1950er-Jahre aus dem Gelände zurückgezogen hatte, ging das Gefängnis auf die Hauptabteilung XIV des MfS über (MfS intern: UHA II). Hier wurden bis 1989 Untersuchungshäftlinge eingesperrt, um sie den Ermittlungsoffizieren vorzuführen, und hier konnten die Gefangenen auch Besuch empfangen.

Die vor einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode Verurteilten kamen nur in Ausnahmefällen mit den Einrichtungen des DDR-Strafvollzuges in Kontakt. Wenn doch, dann standen sie nur vor einer neuerlichen Verurteilung durch ein SMT. Hierbei handelte es sich um Personen, die vor der Wiedereinführung der Todesstrafe im Februar 1950 in der Sowjetunion bereits das höchstmögliche Strafmaß erhalten hatten und deren Fälle erneut aufgerollt wurden. Zu Strafverschärfungen kam es aber auch, wenn eine der Kontrollinstanzen das gefällte Urteil als zu milde empfand.

Der frühere Verlagsangestellte und Journalist Alfred Adamek, Jg. 1925, gehört in diese Reihe. Adamek, Sohn eines Angestellten, arbeitete nach der Schule als Technikerpraktikant im Reichsbahnausbesserungswerk und studierte ein Semester an der Ingenieurschule in seiner Heimatstadt Breslau. Von April bis Oktober 1943 leistete er seinen Pflichtdienst beim RAD ab, wurde zur Wehrmacht eingezogen und geriet in US-Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Freilassung im Juni 1945 geht er wechselnden Beschäftigungen nach und findet schließlich im Januar 1949 Arbeit als kaufmännischer Angestellter im Jugendbuchverlag „Vier Tannen“ in Augsburg. Doch schon nach einem Jahr verlässt er Augsburg, um nach West-Berlin zu übersiedeln.

Adamek wird am 29. Juni 1950 in Ost-Berlin verhaftet, als er für eine Mahlzeit in einem Restaurant in der Friedrichstraße gefälschte Lebensmittelmarken vorlegt. Im folgenden Verhör gibt er zu, im Auftrag eines deutschen Nachrichtendienstes seit März 1950 bereits mehrere Reisen in die DDR unternommen und Informationen über Einheiten der VP und der Besatzungsmacht, über Eisenbahnbauten sowie Stimmungsberichte gesammelt zu haben. Er reist mit einem interzonalen Passierschein und gefälschtem Personalausweis auf den Namen „Klaus-Dieter Uehr“. Zu dieser Zeit ist er unter dem Decknamen „Fred Lüders“ in Berlin-Schöneberg gemeldet.

Noch Mitte November 1950 befindet er sich in deutscher Untersuchungshaft, vermutlich in der Dircksenstraße, denn die zuständigen Beamten am Amtsgericht Berlin-Mitte halten den Fall „geeignet für ein Schnellgericht“. Sie stellen den gewünschten Haftbefehl gegen Adamek wegen des Verstoßes gegen die Kontrollratsdirektive Nr. 38 Abschnitt III A III aus.²¹ Das MfS schließt am 13. November 1950 die Ermittlungen gegen Adamek ab.

Im Juni 1951 ist er im Gefängnis Potsdam inhaftiert und wird vor einem SMT zu 25 Jahren Arbeitslager wegen Spionage verurteilt. Am 10. Juli 1951 verlegt man ihn von Potsdam in die Haftanstalt Bautzen, um ihn von dort am 11. Dezember 1951 erneut an die SKK nach Potsdam (= MGB/SMT) zu überstellen.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Adamek am 14. Dezember 1951 in Potsdam wegen angeblicher Spionage für die Bundesrepublik zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 9. Februar 1952 ab. Das Urteil wird am 14. Februar 1952 in Moskau vollstreckt. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 30. November 1998.

Die Staatssicherheit brachte in den 1950er-Jahren verhaftete Personen in Revierzellen örtlicher Polizeidienststellen oder in Verwahräumen der ihr unterstellten Einheiten, wie der Transport- oder Grenzpolizei, unter, überführte ihre Opfer in Kellerzellen von MfS-Dienstgebäuden oder in „eigene“ Zellentrate der örtlichen Volkspolizei. Der wichtigste Haftort dieser Art in Ost-Berlin war das zentrale Polizeigefängnis in der Dircksenstraße. Aber

²¹ Aktenverfügung des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 14.11.1950 (BStU ZA, MfS AU 1160/58 Bd. 1, Bl. 5 f.).

auch im Polizeipräsidium von Berlin, in der Keibelstraße, unterhielt das MfS einen „selbstständigen Stützpunkt“.

Am 19. Mai 1951 wird Erwin Willaschek, Jg. 1930, in Nauen bei Berlin festgenommen. Am 8. Januar 1952 verurteilt ihn ein SMT in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Arbeitserziehungslager.

Der Oberschlesier aus Gleiwitz wird im April 1952 in das Lager Workuta verschleppt und kann im Oktober 1955 über die Lager Tapi-au, Königsberg, Potmar und Jawas nach Deutschland zurückkehren. Seine Angaben im „Heimkehrer-Erfassungsbogen“ vom DRK-Suchdienst in Friedland vom Oktober 1955 zeigen den fast typischen „Durchlauf“ eines SMT-Verurteilten durch die Zellen der Berliner Haftanstalten: Bereits am Tag nach seiner Festnahme überführt man ihn in das Polizeigefängnis Berlin Alexanderplatz. Am 21. Juli 1951 wird der in Berlin-Lichterfelde lebende Willaschek für vier Tage in die Berliner Straße verlegt, um dann in die vom MfS geführte Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße überstellt zu werden. Bereits am 4. August 1951 wird er in eine Zelle des MGB-Hauptquartiers in Berlin-Karlshorst verlegt, in der er bis zum 23. Dezember auf seinen Prozess wartet. Vor den Feierlichkeiten zum Jahreswechsel transportiert ihn das MGB in das Gefängnis Berlin-Lichtenberg, wo ihn am 8. Januar 1952 das SMT verurteilt. Es ist die letzte Station vor seinem Transport in die Sowjetunion.

Zur gleichen Zeit unterhielt das MfS in Berlin mindestens an vier Orten Haftstätten oder Zellentrakte, in denen die Staatssicherheit auch über das allgemeine Haftregime bestimmte. Eine erste zentrale Stätte war der unweit des S-Bahnhofs Friedrichstraße gelegene Hochbunker an der Reinhardtstraße/Ecke Albrechtstraße.²² Hier und im Keller des benachbarten Gebäudes, einem früheren Polizeirevier, hatte das NKWD bereits 1945 Haftzellen eingerichtet, die das MfS seit Anfang 1950 mitnutzte. Die Räume scheinen den Bedürfnissen nach kurzer Zeit nicht mehr gerecht geworden zu sein.

²² So ließ das MfS auf Weisung Mielkes Anfang November 1950 drei Häftlinge von der Polizeihaftanstalt Dircksenstraße in die Albrechtstraße überführen, unter ihnen war auch Werner Ballentin, der am 22. Februar 1952 in Moskau erschossen wird (BStU ZA, MfS HA VIII, RF 1776-1).

Vermutlich entsprach auch die zentrale Lage der Haftanstalt nicht den MfS-Vorstellungen von Konspiration.

Diesen Anspruch erfüllte der zur Jahresmitte 1951 vom MfS übernommene berüchtigte Haftbau des NKWD/MGB in Berlin-Hohenschönhausen, das sogenannte „U-Boot“, weitaus besser.²³ Das inmitten eines Sperrgebiets der Staatssicherheit gelegene Haftgebäude mit 55 Zellen soll bei der Übernahme völlig ohne Insassen gewesen sein, wie Siegfried Rataizik – selbst seit 1950 im MfS als Wärter tätig und 1963 zum Leiter der Abteilung XIV bestellt – notierte.²⁴ Merkwürdig nur, dass eine Reihe von Häftlingen in dem damals neu eingerichteten Haftjournal nachgetragen werden musste. Vermutlich hatte man diese von den „Freunden“ übernommen.

Von Juni 1945 bis Oktober 1946 hatte die Besatzungsmacht hier, auf einem ehemaligen Industriegelände südlich des Bahnhofs Hohenschönhausen, das Speziallager Nr. 3 unterhalten. Durch die Haftstätte schleuste das NKWD in dieser Zeit ca. 20.000 Menschen, ca. 3.000 Internierte sollen hier verstorben sein. Nach Auflösung des Speziallagers dienten die mit Zellen ausgestatteten Vorratskellerräume der 1938 für die NS-Volkswohlfahrt errichteten Großküche seit Anfang 1947 dem sowjetischen Geheimdienst MGB als Untersuchungsgefängnis.

Aus MfS-Unterlagen und Erinnerungsberichten überlebender Häftlinge waren ca. 20 Personen zu ermitteln, die in Berlin-Hohenschönhausen einsaßen und in den 1950er-Jahren vom MGB in Moskau ermordet wurden.

In den Haftjournalen zum MfS-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen finden sich Eintragungen über die Inhaftierung von Ingeborg Lenz, Jahrgang 1927, aus West-Berlin vom 8. bis 19. Dezember 1950.

Die im Kreis Rawitsch/Posen geborene Tochter eines Schlossers nahm 1943 eine Fotografenlehre in Bojanowo auf. Nach dem Krieg tritt sie in das Gebrauchtwarengeschäft ihres späteren Ehemanns in Emsthal/Krs. Belzig als Verkäuferin ein. Mitte 1949 wird das Geschäft liquidiert, Ingeborg Lenz zieht nach Berlin-Steglitz.

²³ Siehe dazu die jüngste Zusammenstellung von Häftlingserinnerungen, v.a. den Bericht von Erica Wallach: Ein Grab voller Erinnerungen, in: Hubertus Knabe (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten. Berlin 2007, S. 131-153.

²⁴ Siegfried Rataizik: Der Untersuchungshaftvollzug im MfS (Abt. XIV im MfS und den BV), in: Reinhard Grimm u.a.: Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Berlin 2002, Bd. 2, S. 501.

Für ein Handgeld übernimmt die arbeitslose Ingeborg Lenz 1950 den Transport eines Paketes über die deutsch-polnische Grenze. Ob sie weiß, dass das Paket Flugblätter in polnischer Sprache enthält und welche Gefahren mit diesem Auftrag verbunden sind, ist unbekannt. Am 5. Oktober 1950 legt sie einer Grenzstreife der VP während einer Personenkontrolle auf dem Bahnhof Hagenwerda bei Görlitz ihren West-Berliner Ausweis vor und wird festgehalten. Als sie wenig später beim Versuch, das mitgeführte Paket auf der Toilette zu vernichten, von der VP entdeckt wird, nimmt man sie als „Agentin“ in Haft. Die Flugschriften sind fingierte Todesanzeigen eines Jan Nowak. Die zuständige MfS-Dienststelle Zittau übernimmt die weiteren Ermittlungen. Im Verhör gibt Ingeborg Lenz an, dass sie die illegale Sendung für 100 US \$ nach Warschau transportieren sollte. Der von ihrem Auftraggeber avisierte Kontaktmann wird am gleichen Abend auf dem Görlitzer Bahnhof verhaftet. Zwei Tage später werden beide an die SKK in Görlitz überstellt. Bereits am folgenden Tag wird Ingeborg Lenz von der MfS-Länderverwaltung Sachsen nach Berlin-Hohenschönhausen überführt. Am 19. Dezember 1950 übergibt die Staatssicherheit Ingeborg Lenz an das MGB.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt sie am 30. Mai 1951 wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihr Gnadengesuch am 27. Juli 1951 ab. Das Todesurteil wird am 2. August 1951 in Moskau vollstreckt.

Das MfS sperrte festgenommene Personen für den Zeitraum der Ermittlungen aber auch in Kellerzellen ihrer Dienststellen in den östlichen Stadtbezirken (später: Kreisdienststellen) oder seit Jahresmitte 1950 in Kellerzellen des Hauses 3 der Länderverwaltung von „Groß-Berlin“ auf dem Gelände des ehemaligen Friedrich-Wilhelm-Hospitals an der Prenzlauer Allee, Ecke Fröbelstraße ein. Im gleichen Gebäudekomplex hatte die MfS-Kreisdienststelle Prenzlauer Berg ihren Sitz.

Das Haus 3 hatten die sowjetische Kommandantur für den Bezirk und das NKWD/MGB bereits am 3. Mai 1945 bezogen, und im Winter 1945/1946 wurden hier die Räume im Kellergeschoss zu Zellen umgebaut. Die zuletzt ca. 40 Zellen hatten weder Wasseranschluss, noch waren sie beheizt. Die Kellerfenster ließ man vermauern, ein kleines Lüftungsloch wurde mit einer Metallblende versehen. Im selben Haus tagte 1947 auch ein SMT. Häftlinge

bezeichneten die Haftstätte an der Prenzlauer Allee als „Hundekeller“.²⁵ 1956 verlegte die Bezirksverwaltung des MfS seine Untersuchungsanstalt von hier in den Stadtbezirk Pankow, Kissingenstraße, 1985 räumte die Staatsicherheit das Gelände endgültig. Die Gebäude wurden nun wieder vom Bezirksamt Prenzlauer Berg genutzt.

Seit Oktober 2005 erinnert das „Denkzeichen für die Opfer der ehemaligen Haftstätte Prenzlauer Allee, Berlin-Pankow“ – ein um das gesamte Gebäude umlaufendes Band aus schwarzem Acrylglas – an das Schicksal der hier Inhaftierten.

Anfang 1947 ließ das MGB die Justizhaftanstalt hinter dem Amtsgericht in der Kissingenstraße in Berlin-Pankow vom deutschen Personal und von den Häftlingen räumen. Ein Kommando aus dem sowjetischen Haftarbeitslager Berlin-Hohenschönhausen musste das 1907 erbaute Hafthaus zum Gefängnis des „Operativen Sektors“ Berlin herrichten. Hier waren u.a. im Oktober 1947 die Beschuldigten des SMT-Verfahrens gegen ehemalige Angehörige der Lager-SS und Funktionshäftlinge des KZ Sachsenhausen untergebracht. Das SMT-Verfahren war öffentlich und fand im nahen Rathaus Pankow statt. Nach Abschluss der erforderlichen Sanierungsarbeiten Mitte der 1950er-Jahre übernahm die MfS-Bezirksverwaltung von „Groß-Berlin“ das Haftgebäude des früheren Amtsgerichts als MfS-Untersuchungsanstalt für die Hauptstadt. Das MfS konnte hier in 58 Zellen ca. 120 Häftlinge unterbringen. Seit 1998 unterhält die Berliner Senatsverwaltung für Justiz an diesem Ort eine Haftanstalt für Frauen.

Nach seiner Gründung konnte das MfS in Berlin in weiteren Gebäuden, in denen zuvor sowjetische Dienststellen – vorrangig der Geheimdienst – einquartiert waren, auf Kellerzellen zurückgreifen. So übernahm die Dienststelle des MfS in Berlin-Lichtenberg vom MGB das bis 1945 von der Evangelischen Kirche genutzte Verwaltungsgebäude in der Schloßstraße 4, Ecke Wilhelmstraße 30 (heute: Am Tierpark, Ecke Alfred-Kowalke-Straße).

Mit Abschluss des MfS-Ermittlungsverfahrens durch die Untersuchungsabteilung IX überstellte die Staatssicherheit ihre Häftlinge in eines der Gefängnisse des MGB bzw. übergab sie direkt in der MGB-Zentrale in Berlin-Karlshorst oder in Potsdam, Lindenstraße, den „Freunden“. Inmitten des militärischen Sperrgebiets von Berlin-Karlshorst richtete der MGB im ehemaligen St. Antonius Krankenhaus, Köpenicker Allee, im März 1951 sein

²⁵ Vgl. dazu auch: Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt. Haftort der Geheimdienste, hg. von der Berlin-Brandenburgischen Geschichtswerkstatt, Berlin, 2006.

zentrales Untersuchungsgefängnis ein. Nicht jeden Häftling führte die Staatssicherheit dem Operativen Sektor des MGB in Berlin zu; eine Reihe von ihnen wurde an lokale MfS-Dienststellen in den anderen Ländern überstellt oder an ostdeutsche Gerichte übergeben. Ähnlich wurde mit Personen verfahren, die das MfS auf Weisung der sowjetischen „Berater“ festzunehmen und in vom MGB festgelegte Gebäude einzuliefern hatte.

Trotz aller Verschwiegenheitserklärungen und trotz des Drucks auf die entlassenen Häftlinge gelangten immer wieder Nachrichten aus den Gefängnissen des MfS oder MGB an die Suchdienste in Westdeutschland. So berichtet ein aus der MGB-Haft Entlassener am 8. Oktober 1952 bei einer Befragung durch die KgU über das Schicksal von Insassen des zentralen MGB-Gefängnisses für Thüringen in Weimar und über das Urteil gegen die West-Berlinerin Ursula Mühlstein. Sie war vor dem SMT in Weimar wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem Secret Service zu 25 Jahren Arbeitserziehungslager verurteilt worden.

Ursula Mühlstein, Jg. 1923, von Beruf Industriekauffrau, wohnt vor ihrer Inhaftierung am 31. Oktober 1950 in Berlin-Neukölln. Am 22. Mai 1951 wird sie in Weimar verurteilt und Ende September in das Gefängnis von Berlin-Lichtenberg verlegt, um von hier aus Ende Oktober 1951 vom MGB in ein sowjetisches Arbeitslager nach Sibirien in den Raum Irkutsk verschleppt zu werden. Im Oktober 1955 kann sie über das Lager Friedland in ihre Heimat zurückkehren.

Festgenommene Personen aus dem „Wismut-Gebiet“ oder im Zusammenhang mit dem Uranerzbergbau verhaftete Deutsche überführte das MfS regelmäßig in die Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg. In dem seit 1945 vom NKWD/MGB genutzten historischen Gefängnisbau in der sächsischen Industriestadt belegte das MfS bereits Anfang der 1950er-Jahre mindestens einen vom MGB-Gefängnis getrennten Flügel als Untersuchungshaftanstalt. Der Haftort diente dem SMT Nr. 48240 zugleich als Tribunalort im „Wismut-Gebiet“. Heute befindet sich auf dem Gelände zwischen Kaßbergstraße, Gerichtsstraße und Hoher Straße eine Justizvollzugsanstalt des Landes Sachsen.

Unter der Schlagzeile „Menschenraub in Charlottenburg“ berichtet das Berliner Stadtblatt am 11. Juni 1950 über die Entführung der 27-jährigen Irene Schild von Spannenberg aus West-Berlin. Zwei Tage zuvor war sie, unter dem Vorwand, ihre Mutter sei verunglückt und

läge im Oskar-Ziethen-Krankenhaus, nach Ost-Berlin gelockt worden. Arglos fährt sie an diesem Tag mit einem Taxifahrer - vermutlich einem Mitarbeiter des MfS/MGB - in den Ostsektor. Schon zuvor hatte der sowjetische Geheimdienst mehrfach versucht, die Mutter von zwei Kindern unter einem Vorwand nach Chemnitz zu locken und hatte sie sogar in der Charlottenburger Wohnung aufsuchen lassen. Das SMT Nr. 48240 verurteilt am 28. Dezember 1950 in Chemnitz-Kaßberg neben der Familie Schild von Spannenberg 16 weitere Personen – darunter zwei weitere junge Frauen – wegen Spionage, antisowjetischer Tätigkeit und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode oder zu langjährigen Lagerstrafen.

Ihren Mann sieht Irene Schild von Spannenberg am Verkündungstag des Urteils zum letzten Mal. Er wird gemeinsam mit Gerhard Hoffmeister, Wolfgang Mochwitz, Gerhard Peter, Günther Plischke, Günther Päsler und Herbert Sonntag zum Tode verurteilt.

Irene Schild von Spannenberg, zu 25 Jahren Lagerarbeit verurteilt, trifft am 16. Oktober 1955 aus sowjetischer Haft im Lager Friedland ein. Über das weitere Schicksal ihres Ehemannes bleibt sie lange im Ungewissen. Erst 1998 erhält die Familie eine Nachricht über den Vollzug des Urteils und den Bestattungsort: „Er wurde auf dem Friedhof ‚Donskoje Kladbistsche‘ in Moskau feuerbestattet.“ Noch 1959 hatte der Suchdienst den Spangenberg aus dem amtlichen Register eines Standesamtes von Moskau ein Sterbedatum und die Todesursache „Kruppöse Pneumonie“ übermittelt.²⁶

Ihr Ehemann, Werner Schild von Spannenberg, Jg. 1921, hatte während des Krieges als Unteroffizier im Lehrregiment Brandenburg z. b. V. 800, einer Sondereinheit der Abwehr für besondere Kriegseinsätze hinter den Fronten, gedient. Am 3. Mai 1950 wird er in Dänkritz bei Zwickau durch MGB-Offiziere verhaftet und in das Gefängnis Chemnitz-Kaßberg überführt. Werner Schild von Spannenberg wird vorgeworfen, Kopf eines Spionagerings für den britischen Geheimdienst im „Wismut-Gebiet“ zu sein. Angeblich hatte er im Sperrgebiet v.a. Informationen zur Wismut und Erzproben gesammelt. Zu seinen Informanten gehörte auch Herbert Sonntag. Der Bergbauingenieur aus Aue, Jg. 1912, soll aus Idealismus Berichte und Proben aus der da-

²⁶ Auskunft der Familie sowie Eintragungen über die Mitteilungen des DRK-Suchdienstes München an die Familie im September 1959 und Januar 1998 (Zentrale Namenskartei des DRK-Suchdienstes München zu Werner Schild von Spannenberg, 1921).

mals geheimsten Anlage des Uranbergbaus, einer Erzaufbereitungsanlage (Objekt „Garage“ – später Objekt Nr. 100) geliefert haben. Im Besitz von Werner Schild von Spannenberg finden sich Ausweispapiere auf den Namen Hartmann aus Dresden. Schild von Spannenberg scheint in der Untersuchungshaft hartnäckig die Legende aufrechtzuerhalten, lediglich familiären Besitz aus seiner Heimat Trüznitz/Krs. Zwickau, ebenfalls im „Wismut-Gebiet“ gelegen, nach Berlin geholt haben zu wollen. Nach und nach bestätigt er nur die dem MGB bereits bekannten Untersuchungsergebnisse.

Nach seinem Todesurteil durch das SMT stellt von Spannenberg zusammen mit den anderen Verurteilten Gnadengesuche, die aber durch das Präsidium des Obersten Sowjets am 23. April 1951 abgewiesen werden. Die Urteile werden drei Tage später in Moskau vollstreckt. Zu den Verurteilten gehört auch das Wirtsehepaar der „Dänkritzer-Schmiede“, Rudi und Erika Dengler, die ihren Gast Schild von Spannenberg ohne polizeiliche Meldung untergebracht hatten. In ihrem Wirtshaus sollen sich die Gruppenmitglieder getroffen haben.

Das MGB als Ermittlungsorgan in SMT-Verfahren

Die Verhafteten wurden nach einer ersten Durchsuchung, nach Verhören zur Person und nach Gegenüberstellungen in Untersuchungsgefängnisse des MfS gebracht oder sofort an das MGB überstellt. Nach einer offiziellen Statistik des russischen Inlandsnachrichtendienstes soll der Geheimdienst in den Jahren 1950 bis 1953 ca. 8.200 Deutsche inhaftiert haben. Etwa die Hälfte der Verhaftungen dürfte auf das Konto des MfS gegangen sein. Alle bei Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Beschuldigten, bei den Eltern oder im sozialen Umfeld aufgefundenen Beweismittel wurden dem MfS-Abschlussbericht beigelegt und häufig zusammen mit dem Häftling an das örtliche MGB-Quartier übergeben. MfS-Dienststellen in Berlin gingen nicht nur gegen Einwohner der Stadt vor, sondern zogen Verfahren gegen Bürger aus anderen Teilen der DDR aus „operativen Gründen“ an sich oder erfüllten Verhaftungsbeschlüsse anderer Landesverwaltungen und gaben ihre Opfer per Weisung an das MGB weiter.

Am 22. Januar 1952 nimmt das MfS in Berlin-Schöneweide, auf einer geheimen Baustelle für die KVP-See (DDR-Marine) in der Schnellstraße 196, Erich Hansen fest. Der Baumeister, Jg. 1908, arbeitet als Statiker im VEB „Bau-Union“ Berlin, wohnt in Neustrelitz/ Mecklenburg und ist Vater von vier Kindern. Anlass seiner Verhaftung ist das Geständnis seines Anwerbers eines westlichen Geheimdienstes, der am Tag zuvor vom MfS in Rostock festgenommen und verhört worden war. Zwei Tage später wird Hansen in die Rostocker Haftanstalt des MfS in der Schwaanschen Straße überführt.

Beim Verhör gibt Hansen an, seit Juni 1951 für einen amerikanischen Geheimdienst u. a. Angaben zu militärischen Einheiten und deren Infrastruktur gesammelt, als Kurier gearbeitet und weitere Agenten angeworben zu haben. Bereits einen Tag nach seiner Verhaftung erfolgt eine gründliche Hausdurchsuchung in der Wohnung der Familie in Neustrelitz. Das Protokoll vermerkt: „Materialien wie Hetzplakate, Sprengstoff udg. wurde nicht gefunden“, doch werden persönliche Unterlagen und der PKW eingezogen.²⁷

²⁷ Durchsuchungsprotokoll der Kriminalpolizei von Neustrelitz vom 23. Januar 1951 (BStU Ast Neubrandenburg, AU 185/52, Bd. 2, Bl. 19).

Von Rostock aus verlegt ihn das MfS am 25. März 1952 zusammen mit zwei weiteren Häftlingen zum MGB nach Schwerin und schließt den Untersuchungsvorgang.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Erich Hansen zusammen mit Rudolf Schultz, Jg. 1920, am 27. Juni 1952 – vermutlich in Schwerin – wegen angeblicher Spionage zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihre Gnadengesuche am 11. September 1952 ab. Die Todesurteile werden einen Tag später in Moskau vollstreckt. Beide sind seit dem 9. Januar 1996 rehabilitiert.

Nach der Übernahme durch den sowjetischen Geheimdienst wurden die Beschuldigten in den MGB-Gefängnissen inhaftiert und dort einem etwa halbjährigen Ermittlungsverfahren unterzogen. Die Verhöre durch die verantwortlichen MGB-Untersuchungsführer fanden unter unmenschlichen Bedingungen häufig nachts statt. Das MGB folterte seine Opfer durch Schläge, Isolation oder Schlafentzug sowie durch die Inhaftierung in Steh- und Kältezellen.

Die am Verfahren beteiligten Protokollanten und Dolmetscher zeichneten in russischer Sprache auf, was den Untersuchungsführern zweckmäßig und sinnvoll erschien, so dass sich die Geheimdienstprotokolle heute wie Handreichungen zur Manifestierung typischer Feindbilder des Ostblocks lesen. In der Hoffnung, sich den unwürdigen Haftbedingungen entziehen zu können, oder angesichts der Drohungen, Familienmitglieder ebenfalls festzunehmen und brutal zu verhören, unterschrieben die Beschuldigten Protokolle mit völlig falschen Behauptungen. Kaum ein Betroffener rechnete zu diesem Zeitpunkt mit der Todesstrafe.

Der verantwortliche Ermittler legte dem Ankläger des Militärtribunals in seinem Abschlussbericht eine Empfehlung für das zu verhängende Strafmaß vor. Nicht die objektiv festgestellte Schuld des Einzelnen, sondern bereits willkürliche Behauptungen einer Spionagetätigkeit konnten so das Todesurteil für die Betroffenen bedeuten. Persönlich vom Gefangenen unterschriebene Verhörprotokolle führten der Ankläger und später der Vorsitzende Richter als wichtigstes Beweismittel in das Verfahren ein. Die Aussage von Entlastungszeugen konnten die Beschuldigten im Prozess ebenso wenig beanspruchen wie einen eigenen Rechtsbeistand. Die Akteneinsicht zur Vorbereitung auf den Prozess wurde ihnen ebenfalls nicht gewährt. Auch konnte ein Teil der in Gruppenprozessen eingebundenen Beschuldigten unvermittelt in den Rang von Zeugen der Anklage geraten, ohne sich dem entziehen zu können oder zur Sache selbst gehört worden zu sein. Das blo-

ße Bekenntnis einer persönlichen Bekanntschaft, der Eintrag im Adressteil eines Kalenders oder aufgefundene Briefe genügten bereits als Indiz für die Gruppenbildung.

Der Wahrheitsgehalt der von den Geheimdiensten manipulierten Unterlagen, deren angebliche Beweise oder „gesicherte“ Aussagen sind heute schwer zu überprüfen, da noch nicht alle Akten zugänglich sind oder die Unterlagen teilweise auf Weisung des Militärtribunals vernichtet wurden. Recherchen in den Akten westlicher Geheimdienste werden noch immer durch erhebliche Hindernisse erschwert.

Sowjetische Militärjustiz in Deutschland

Von 1945 bis 1955 verhängten sowjetische Militärtribunale verschiedener Truppenteile Urteile gegen ca. 40.000 bis 50.000 deutsche Zivilpersonen und Kriegsgefangene. In dieser Zeit wurden ca. 3.000 Deutsche durch Militärrichter zum Tode verurteilt. Unter Anwendung des Staatsschutzartikels 58 aus dem Strafgesetzbuch der russischen Sowjetrepublik verhängte die Militärjustiz zwischen Februar 1950 und Anfang 1954 gegen 1.112 Deutsche diese Höchststrafe. Zwischen Oktober 1947 und Februar 1950 setzte die sowjetische Führung Todesstrafen mittels eines Moratoriums aus. Die Wiedereinführung der Todesstrafe in der sowjetischen Justiz wurde in der Öffentlichkeit der DDR nur kurz wahrgenommen.²⁸

In den ersten beiden Jahren nach Kriegsende verurteilten Militärrichter auf Grundlage der „Kontrollratsdirektive Nr. 10“, des „Ukas 43“ oder des Artikels 58-2 Personen in erster Linie wegen ihrer Teilnahme an nationalsozialistischen Verbrechen bzw. Kriegsverbrechen gegen die Sowjetbevölkerung, der Besetzung der UdSSR oder des illegalen Waffenbesitzes. Jugendlichen wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zumeist wegen des Vorwurfs der Teilnahme an Aktionen des „Werwolfs“ drastische Strafen auferlegt. Die Mehrzahl der Todesurteile aus den Jahren 1945 bis 1947 wurden in der SBZ an bisher unbekanntem Orten oder unmittelbar in den Speziallagern, wie Bautzen oder Sachsenhausen, vollstreckt.

Trotz feierlicher Machtübergabe an die ostdeutsche Partei- und Staatsführung bei Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 behielt sich die sowjetische Besatzungsmacht unter dem Deckmantel der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) das weitere Verfügungsrecht über die ostdeutsche Besatzungszone und ihre Bewohner vor. Zwar überführte die SKK zum Jahreswechsel 1949/1950 neben der Rechtsprechung auch den Strafvollzug von SMT-Häftlingen an die neu geschaffene Innenverwaltung der DDR,

²⁸ Ende November 1950 konnten Angehörige von Wilhelm Schluckebier im „Thüringer Tageblatt“ lesen, dass durch ein SMT gegen ihn und vier weitere Angeklagte ein Todesurteil ausgesprochen worden war. Die DDR-Presse berichtete unter dem Titel „Gerechtes Urteil gegen Spione“ einen Tag nach der Tribunalsitzung über die Todesurteile vom 21.11.1950. Mit diesen Meldungen kam die DDR-Regierung Weisungen höchster sowjetischer Stellen nach, doch schon nach der Publikation einiger weniger Fälle kurz vor Ende des Jahres 1950 verzichtete man in Moskau auf die weitere Veröffentlichung von Todesurteilen, da sich hierfür vorbereitete Verfahren verzögerten und vermehrt antisowjetische Stimmen in der Bevölkerung laut wurden.

dennoch unterhielt die Besatzungsmacht auch weiterhin ein paralleles Rechtssystem, das, entgegen dem genannten verfassungsrechtlichen Auslieferungsverbot der DDR, auch ostdeutsche Zivilisten verurteilte.

Die MGB-Untersuchungsführer schlossen in der Regel nach maximal einem halben Jahr ihre Ermittlungsverfahren ab. In der vom Militärstaatsanwalt vorgelegten Anklageschrift griff man in weiten Teilen auf die Ermittlungsergebnisse und Formulierungen aus dem abschließenden MGB-Bericht zurück. Ähnliches galt auch für das Gericht, das in seiner ausführlichen Urteilsbegründung auf die Textvorlagen des MGB sowie die des Anklägers zurückgriff. Den vorgeschlagenen Strafraumen legitimierte das MGB mit ausgewählten Dokumenten: Aussagen des Beklagten, seiner Gruppenmitglieder, beschlagnahmten Notizen, Druckschriften oder Sachzeugnissen, die speziell in einer für das Tribunal aufbereiteten Akte zusammengeführt wurden.

Zu den geheimen Gerichtsverhandlungen reisten Militärrichter des SMT Nr. 48240 aus Berlin-Lichtenberg in die zentralen MGB-Haftanstalten der Länder Brandenburg (Potsdam, Lindenstraße sowie Leistikowstraße), Mecklenburg (Schwerin, Demmlerplatz), Sachsen (Dresden, Bautzner Straße), Sachsen-Anhalt (Halle/Saale, Am Kirchtor) und Thüringen (Weimar, Carl-von-Ossietzky-Straße). In der MGB-Haftanstalt Chemnitz-Kaßberg verhandelte das Militärtribunal „Verbrechen“ im sogenannten „Wismut-Gebiet“. An den Haftstandorten bildeten die Militärjuristen zeitweise auch zusammen mit örtlichen Offizieren ein Tribunal. Alle Verfahren wurden auf Russisch geführt, auf Grund mangelnder Sprachkenntnisse übersetzten die Dolmetscher die Verfahren oft nur bruchstückhaft. Im Verfahren selbst ließ der Vorsitzende Richter weder Entlastungszeugen noch Verteidiger oder Publikum zu. Die Einsprüche der Beklagten oder Forderungen nach Rechtsmitteln wurden grundsätzlich abgelehnt. Der Vorsitzende Tribunalrichter verkündete die Urteile und ließ sich von den Gefangenen zum Schluss die Kenntnisnahme der Urteile in einem Formular quittieren. Wie viele Häftlinge nach der Urteilsverkündung feststellen konnten, entsprach ihre Sitzordnung während des Prozesses dem verkündeten Strafmaß, das also bereits vorher festgelegt worden war.

Nicht selten fand sich bei derartigen Gerichtsverhandlungen erstmals eine Gruppe von Beschuldigten zusammen, die willkürlich von den Geheimdiensten als „Tatgemeinschaft“ zusammengestellt worden war. Im Gerichtssaal sahen mitangeklagte Ehefrauen oder Freunde die zum Tode Verurteilten oft das letzte Mal, denn bereits kurz nach der Verkündung der Todesstrafe separierte das MGB die Verurteilten von den übrigen Häftlingen und

brachte diese in speziellen Todeszellen unter. Auf allen folgenden Transporten wurden sie von den Häftlingen mit Zeitstrafen streng abgesondert. In Berlin fällte das höchste Militärtribunal im Zeitraum zwischen April 1950 und September 1953 mindestens 105 Todesurteile, von denen 87 in Moskau vollstreckt wurden. 62 der Opfer kamen nicht aus Berlin, ganze 18 der dem Gerichtsort Berlin zuzuschreibenden Todesurteile wurden nicht vollstreckt. Diese Urteile wurden nach Beschlüssen des ZK der KPdSU sowie des Obersten Sowjets in Zeitstrafen, zumeist in 25 Jahre Arbeitslager, umgewandelt. Im gleichen Zeitraum wurden Berliner Bürger auch von anderen SMT zum Tode verurteilt: in Chemnitz 3 Personen, in Dresden 13 Personen, in Halle/Saale 4 Personen, in Potsdam 36 Personen, in Schwerin 15 Personen und in Weimar und Moskau je 2 Personen. Insgesamt wurden zwischen 1950 und 1953 in Moskau vom MGB 215 Personen hingerichtet, die entweder in Berlin geboren waren oder bis zu ihrer Verhaftung dort gewohnt hatten. Unter diesen Opfern aus Berlin befinden sich auch 17 Frauen.

Prüfung der Verfahren und Gnadengesuche an das Präsidium des Obersten Sowjets

Kurz nach der Urteilsverkündung, häufig noch in der darauffolgenden Nacht, durften die Häftlinge ein Gnadengesuch an das Präsidium des Obersten Sowjets formulieren und bei Gericht einreichen. Einige resignierte Häftlinge mussten durch ihre Mitgefangenen regelrecht dazu gedrängt werden, von diesem letzten „Rechtsmittel“ Gebrauch zu machen. Zusammen mit einer Übersetzung ihres Gnadengesuchs in russischer Sprache sowie den ausführlichen Stellungnahmen des Militärtribunals und der Militärstaatsanwaltschaft übersandte das Gericht die Strafakten an die Oberste Militärstaatsanwaltschaft, das Oberste Militärgericht, das ZK der KPdSU sowie an das Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau. In ca. 10 Prozent aller bekannten Fälle folgten die obersten Gremien den Gnadengesuchen und begnadigten die Verurteilten zu 25 Jahren Strafarbeit. Nach der Moskauer Reise des Bundeskanzlers Adenauer im September 1955 konnten Verurteilte wieder nach Deutschland heimkehren. Zu den bisher bekannten sechs Fällen gehört auch der oben beschriebene Herbert Anklam.

Weil das Urteil der ersten Instanz von den Moskauer Richtern und Funktionären als zu milde eingeschätzt wurde, mussten jedoch auch einige der zu Zeitstrafen verurteilten Personen eine Revision ihrer Prozesse und damit erneute Tribunalverfahren über sich ergehen lassen, die zu härteren Strafen führten.

Die Mehrzahl der bis heute bekannten Todesurteile gegen Deutsche wurden in den 1950er-Jahren durch das SMT Nr. 48240 verhängt. Daneben verurteilte auch das Oberste Militärgericht in Moskau einige Deutsche zum Tode durch Erschießen. Eine bereits zuvor verhängte Zeitstrafe schützte den Betroffenen nicht vor einem Todesurteil, denn die Militärgerichtsbarkeit erreichte Häftlinge auch in den entlegensten Winkeln des GULag-Systems.

Zu den Berliner Opfern dieser Strafverschärfung zählt Elli (Anneliese) Neumann, geb. Reifke. Die junge Frau aus Buchow-Karpzow/Wustermark, Jg. 1926, lebt zuletzt in Berlin-Charlottenburg. Vor ihrer Inhaftierung arbeitet sie als Putzkraft für die Sowjetarmee auf dem Gelände des Olympischen Dorfes bei Berlin. Sie wird, gemeinsam mit ihrem Mann, Mitte April 1950 in Dallgow-Döberitz vom MfS verhaftet. Das MGB wirft ihr vor, seit März 1949 gegen Entgelt und für Lebensmittelpakete im Auftrag des US-Geheimdienstes Mitteilungen ü-

ber Standorte und Stärken sowjetischer Militäreinheiten sowie Aufstellungen über Militärtransporte gesammelt zu haben.

Am 25. August und am 22. November 1950 wird sie von einem Militärtribunal – vermutlich zuletzt vom SMT Nr. 482040 – wegen Spionage und antisowjetischer Tätigkeit zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das Urteil wird vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR nach Einspruch des Oberstaatsanwalts der UdSSR wegen Milde aufgehoben. Das Militärtribunal des Ostsibirischen Militärbezirks verurteilt die bereits in einem Gulag dieses Bezirks – vermutlich im Raum Tajschet – inhaftierte Elli Neumann daher am 26. September 1951 zum Tode. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihr Gnadengesuch am 4. Dezember 1951 ab. Der Ort und das Datum der Urteilsvollstreckung sind unbekannt. Ebenso das Schicksal ihres Kindes: Elli Neumann soll bei ihrer Verhaftung schwanger gewesen sein. Ihr Mann, Siegfried Neumann, Jg. 1920, arbeitet bis zur Festnahme in Döberitz und wird am 22. November 1950 vom SMT Nr. 482040 zum Tode verurteilt. Das Urteil wird nach Ablehnung des Gnadengesuchs am 7. Februar 1951 in Moskau vollstreckt.

Trotz intensiver Recherchen in den zugänglichen Akten ließen sich nicht alle in der Literatur oder in Erinnerungsberichten von Mithäftlingen angegebenen Todesurteile nachweisen. Einige dieser Berichte konnten aufgrund von Quellenstudien korrigiert werden, in anderen Fällen bedarf es weiterer Recherchen.

So sollen laut einer KGU-Mitteilung im März 1954 durch ein SMT in Potsdam oder Berlin-Karlshorst gegen den Berliner Ingenieur Karl Wolter und weitere zwei Personen Todesurteile verhängt worden sein. In einer Reihe von Unterlagen in deutschen und russischen Archiven, so beispielsweise in den Gnadenakten des Präsidiums des Obersten Sowjets, fehlt jeder Hinweis auf ein Todesurteil gegen diesen Personenkreis. Hinweise auf eine Vollstreckung der Urteile konnten ebenso wenig ermittelt werden.

Häftlingstransport und Hinrichtungen in Moskau

Das MGB überführte meist wenige Tage nach der Urteilsverkündung die Mehrzahl der zum Tode Verurteilten in das Gefängnis Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße. Von hier aus wurden sie in als Reise- oder Postwagen getarnten Waggons über den Bahnhof Berlin-Lichtenberg nach Brest-Litowsk verlegt. Die Waggons wurden zumeist an den Pendelzug zwischen Berlin und Moskau, den „Blauen Express“, angehängt. Aus dem Transitgefängnis Brest-Litowsk wurden die Häftlinge in ähnlich getarnten Waggons nach Moskau weitertransportiert. Das MGB überstellte sie in die Gefängnisse der sowjetischen Hauptstadt: Butyrka, Lefortowo sowie in das „Innere Gefängnis“ in der Zentrale der sowjetischen Geheimdienste: der Lubjanka. Während des Transports oder bei Verladungen in die Gefängniswaggons in Brest und Moskau wurden einige der später Ermordeten zum letzten Mal lebend von Mithäftlingen gesehen. Wie Heimkehrer später berichteten, konnten sich die Verurteilten während ihrer Haftzeit untereinander mittels eines einfachen Systems von Klopfzeichen verständigen. So berichtete ein Mithäftling von Manfred Schnee, der am 27. April 1951 vor dem SMT Nr. 48240 in der Potsdamer Lindenstraße zum Tode verurteilt worden war, dass man ihm durch Klopfzeichen geholfen habe, sein Gnadengesuch zu formulieren. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt es am 30. Juni 1951 ab. Das Urteil gegen den aus West-Berlin entführten DDR-Flüchtling wurde am 4. Juli in Moskau vollstreckt.

Die Häftlinge ritzen ihre Namen und Urteile in Gebrauchsgegenstände, wie das Essgeschirr und Waschschrillen, oder in die Zellenwände, um so letzte Nachrichten zu hinterlassen. Nachrichten dieser Art, die von zurückgekehrten Mithäftlingen den Suchdiensten überbracht wurden, erreichten die Familien meist erst Jahre nach dem Verschwinden ihrer Angehörigen. Dennoch waren dies häufig die ersten gesicherten Informationen über deren Verbleib. Belege über die tatsächliche Hinrichtung der Verschollenen ließen sich aus diesen letzten Spuren nicht entnehmen. Die Angehörigen waren jahrelang auf Spekulationen über das endgültige Schicksal der Inhaftierten angewiesen, bis Ende der 1950er-Jahre die ersten Todesdaten aus der UdSSR in Ost- und Westdeutschland eintrafen.

Heimkehrerinnen berichteten über eine in die Zellenwand des Durchgangsgefängnisses Brest-Litowsk eingekratzte Nachricht von Erna Riediger. Die Sekretärin, Jg. 1913, aus Berlin-Charlottenburg wird am 31. März 1951 im Zusammenhang mit den MGB-Ermittlungen ge-

gen eine in Sachsen und Brandenburg tätige Widerstandsgruppe unter der Führung von Hermann Arndt verhaftet. Laut Berichten eines Mitgefangenen soll sie beim MGB in Dresden, Bautzner Straße, inhaftiert gewesen sein. In den MGB-Verhören gibt Erna Riediger zu, für eine US-Dienststelle 140 Spezialaufträge durchgeführt zu haben.

Am 18. Oktober 1951 werden 10 Mitglieder der Gruppe in Dresden vom SMT Nr. 48240 zum Tode verurteilt. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt die Gnadengesuche von acht Gefangenen am 26. Januar 1952 ab, darunter auch das Gesuch von Erna Riediger. Die Urteile werden am 30. Januar 1952 in Moskau vollstreckt. Alle Verurteilten werden am 9. Januar 1996 rehabilitiert.

Die meisten der zum Tode verurteilten wurden in die Todeszellen des berühmten Butyrka-Gefängnisses, unweit des Weißrussischen Bahnhofs, eingeliefert. Die im Nordwesten Moskaus gelegene, festungsartige Kaserne aus dem 17. Jahrhundert dient seit 1879 bis zum heutigen Tag als Haftstätte u. a. für politische Gefangene. Auch Häftlinge, die in anderen Gefängnissen Moskaus inhaftiert waren, wurden durch das MGB kurz vor der Hinrichtung in dieses Gefängnis verlegt. Nach einer letzten Personenidentifizierung wurden die Gefangenen nachts in den Kasematten des Gefängnisses²⁹ hinterrücks erschossen. Das Erschießungskommando unterstand dem MGB-Generalmajor Wassili Michajlowitsch Blochin (1895–1955).

Blochin, seit 1926 für die Vollstreckungen von Todesurteilen in Moskau verantwortlich, war zuletzt als stellvertretender Leiter der Verwaltung und als Kommandant des MGB tätig. Er unterzeichnete regelmäßig den Vollstreckungsbescheid der Todesstrafe. Kurz nach Stalins Tod wurde er aus dem Geheimdienst entlassen.

Nach einer schriftlichen Mitteilung über den Vollzug der Todesstrafe an das beteiligte Militärgericht, allein in 917 Fällen also an das SMT Nr. 48240, schloss die MGB-Verwaltung die betreffenden Häftlingsakten und überwies diese an ein geheimes Aktendepot, wo sie bis heute lagern.

²⁹ Fünf Todesurteile nach Kriegsrecht durch Tribunale im Umfeld des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 verhängt, welche in der DDR vollstreckt worden sind, bilden die einzig bisher bekannte Ausnahme.

Bestattungen auf dem Moskauer Friedhof Donskoje

Die Leichen der Ermordeten ließ das MGB noch in der Nacht der Hinrichtung im Krematorium des Friedhofs Donskoje im Südwesten Moskaus verbrennen. Das damals einzige Krematorium der Stadt wurde Mitte der 1920er-Jahre in ein Kirchengebäude auf dem Gelände des „Neuen Friedhofs“ des 1591 gegründeten Klosters Donskoje eingebaut. Das Krematorium der bekannten Erfurter Firma Topf & Söhne war zwischen 1927 und 1972 regelmäßig und in Ausnahmefällen auch bis 1982 in Betrieb. Seit 1935 ließ hier der NKWD/MGB die Leichen seiner Opfer aus den Moskauer Gefängnissen einäschern. Bis 1955 wurde die Asche von schätzungsweise 10.000 Menschen in mindestens drei Massengräbern auf dem Gelände verscharrt. Friedhof und Krematorium wurden als städtische Institutionen auch für die Einäscherung und Beisetzung von Moskauer Bürgern genutzt. Auf dem Friedhof befinden sich auch Gräber von Geheimdienstmitarbeitern, unter ihnen das Urnengrab von Generalmajor Blochin. Die Asche der zwischen April 1950 und Dezember 1953 ermordeten Deutschen ließ das MGB in das Massengrab Nummer 3 unweit der Krematoriumsmauer schütten. Seit Mitte der 1990er-Jahre richteten Menschenrechtsgruppen in Zusammenarbeit mit der Friedhofsverwaltung die Massengräber zu würdigen Erinnerungsstätten an die Opfer des Stalinterrors her. Am 1. Juli 2005 wurde auf dem Friedhof Donskoje in Anwesenheit von Angehörigen, Mitgliedern von Opferverbänden sowie des amtierenden Bundesratspräsidenten Matthias Platzeck feierlich ein Gedenkstein für die deutschen Toten eingeweiht. Der Text auf dem Grabstein lautet:

„Zur Erinnerung an die Bürger Deutschlands
Opfer der politischen Repressionen 1950–1953.“

Daneben ist auf dem Friedhof ein Erinnerungsbuch mit allen bekannten Namen der deutschen Opfer in russischer und deutscher Sprache einzusehen. Die ehemalige Klosterkirche wird inzwischen wieder als Gotteshaus bzw. als Urnen- und Trauerhalle genutzt. Aus dem Gebäude wurden alle technischen Anlagen entfernt und der Schornstein und die Nebengebäude des Krematoriums abgetragen.

Die verzweifelte Suche der Angehörigen nach den Verschollenen

Die Angehörigen der Opfer suchten oft jahrzehntelang vergebens nach ihren verschwundenen Familienmitgliedern. Sowjetische oder ostdeutsche Behörden reagierten auf die vielfältigen Gesuche oder Anzeigen entweder gar nicht oder informierten die Fragenden bewusst falsch. In den meisten Fällen verfügten die angefragten Einrichtungen tatsächlich nicht über Informationen. Wenn dem MfS bekannt wurde, dass DDR-Bürger bei den Suchdiensten des DRK-West, den politischen Parteien der Bundesrepublik und der KGU in Westdeutschland nach ihren verschollenen Familienangehörigen oder Bekannten fahndeten, drohten Repressalien.

Eberhard Syska, Jg. 1917, tritt 1945 in die CDU ein und amtiert kurzzeitig als deren Kreisgeschäftsführer in seiner Heimatstadt Eisleben. Nach einem Ingenieurspraktikum in einem Bleibergwerk in Oker bei Goslar beginnt er ein Promotionsstudium für Hüttenwesen an der Technischen Universität in Berlin-Charlottenburg.

Am 20. Februar 1950 wird Syska auf der Zugreise von Eisleben nach Berlin vom MfS verhaftet. Als sie über Wochen ohne Nachricht von ihrem Mann ist, reist ihm Erika Syska am 13. März 1950 nach Berlin nach - und wird ebenfalls verhaftet.

Bemühungen des Vaters von Eberhard Syska, einem thüringischen Landtagsabgeordneten, über den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke Einfluss auf das Schicksal der Verhafteten zu nehmen, scheitern. MfS-Minister Zaisser belehrt Nuschke am 17. April 1950 vertraulich: „Die Belastungen sind derart schwer, dass mit einer baldigen Freilassung nicht zu rechnen ist.“³⁰

Die Eheleute Syska werden am 9. Juni 1950 in Potsdam wegen angeblicher Spionage als Agenten eines ausländischen Geheimdienstes verurteilt: Gegen Eberhard Syska wird die Todesstrafe ausgesprochen, Erika Syska wird zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt Eberhard Syskas Gnadengesuch am 4. September 1950 ab. Das Urteil wird drei Tage später vollstreckt.

³⁰ Aus dem Schriftwechsel zwischen dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Minister für Staatssicherheit im April 1950 (BStU ZA, MfS HA IX/11, SMT Bd. 31, B. 278 ff.).

Erst als die Eltern ihre Tochter Erika Syska im September 1950 im Zuchthaus Waldheim besuchen können, erfahren sie vom Todesurteil gegen ihren Schwiegersohn. Erika Syska wird 1954 aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen, ihr Mann wird am 18. Dezember 1996 rehabilitiert.

Durch Aussagen der aus sowjetischen Lagern zurückgekehrten deutschen Häftlinge bekamen Verwandte und Freunde erste, oft nur vage Informationen über das Schicksal der Vermissten. Erst nach dem politischen Wandel und der Öffnung von Geheimarchiven in Osteuropa seit 1990 konnte das Rote Kreuz Moskau verlässlichere Daten über die Verschollenen und deren Bestattungsort ermitteln.

Die seit 1958 durch den KGB nach und nach herausgegebenen Todesdaten waren systematisch verfälscht worden. Mindestens die Hälfte aller in Ost- und Westdeutschland vor 1990 ausgestellten Sterbeurkunden erwies sich nach den jüngsten Recherchen als fehlerhaft. Nur für 49 von 158 Opfern aus dem Land Berlin stimmen die Angaben aus den amtlichen Urkunden mit den tatsächlichen Hinrichtungsdaten überein. Bei den übrigen 109 Fällen waren die Daten bereits in Moskau vom KGB systematisch verfälscht und so an die DDR gemeldet worden. Hierbei hatte der Geheimdienst den tatsächlichen Todestag seiner Opfer in der Regel um zwei Jahre nach hinten verlegt, um die Familien in Ungewissheit über die wirkliche Todesursache zu lassen. Dennoch wurden nicht alle der seit 1958 in der DDR-Innenverwaltung bekannten Sterbedaten an die suchenden Familien weitergegeben. So erhielten Personen, die inzwischen die DDR verlassen hatten, keinerlei Auskunft zum Schicksal der Erschossenen. In anderen Fällen waren offenbar andere politische Vorbehalte der Grund, weshalb Todesdaten nicht weitergegeben wurden.

Seit Mitte der 1990er-Jahre teilen Moskauer Dienststellen, hierbei federführend der Inlandsgeheimdienst FSB, wichtige Daten zum Schicksal rehabilitierter Personen mit.

Erinnern und Gedenken an die SMT-Opfer

Öffentliche Formen des Gedenkens an die Opfer des Stalinismus setzten in der UdSSR in der Gorbatschow-Ära bereits Ende der 1980er-Jahre ein. Sowjetische Behörden erhielten in einer Zeit der historischen Neubewertung stalinistischer Verbrechen von betroffenen Familien und Mithäftlingen zahlreiche Bitten um Rehabilitierung, denen auf unterschiedlichen Wegen entsprochen wurde. All diese Wünsche aus dem In- und Ausland sowie die politischen Aktionen russischer Menschenrechtler mündeten im Gesetz zur Rehabilitierung der Opfer politischer Gewalt vom 18. Oktober 1991. Nach diesem Gesetz ist es möglich, auch die in Moskau hingerichteten Deutschen bei der Obersten Militärstaatsanwaltschaft Russlands rehabilitieren zu lassen. Dies geschieht auf Antrag von betroffenen Familien, durch Organisationen ehemaliger Häftlinge oder parallel zu den Rehabilitationsverfahren der in denselben Prozessen verurteilten Personen.

Im amtlichen Rehabilitierungsverfahren wird das in der Stalin-Zeit verhängte und vollstreckte Urteil geprüft und, sobald es für Unrecht befunden wird, aufgehoben. Eine finanzielle Wiedergutmachung ist für die Opfer aus dem Ausland nicht vorgesehen, ihnen stehen ebenfalls keinerlei soziale Vergünstigungen oder gar Renten, ähnlich denen für Opfer aus der Russischen Föderation, zu. Dennoch ist den Angehörigen eine Rehabilitierung wichtig, um damit die Reputation der Beschuldigten wiederherzustellen. Bis jetzt wurden mindestens 667 der Erschossenen rehabilitiert, bei 74 Personen wurde der entsprechende Antrag von den Militärrichtern in Moskau aus verschiedenen Gründen bisher abgelehnt.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelangten Informationen über die Opfer aus den Archiven von Geheimdiensten und Parteien an die Öffentlichkeit. Betroffene Familien berichteten nach der politischen Wende in der DDR erstmals in den Medien über ihre verschwundenen Angehörigen oder suchten in den bis dahin verschlossenen Akten ostdeutscher Ämter nach Gründen zur Verhaftung und Verurteilung. Forschung und Medien konzentrierten sich nach 1989 zunächst auf die Verbrechen der Besatzungsmacht von 1945 bis zur Gründung der DDR.

Ab 2004 wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts von Memorial International Moskau, Facts & Files Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin erstmals systematisch in russischen und deutschen Archiven nach den in Moskau ermordeten Deutschen recherchiert. Bis zur Publikation der Ergebnisse im Buch „Erschossen in Moskau...“ im Oktober 2005 waren in Deutschland weder die Zahl der in Moskau erschossenen

oder verstorbenen Deutschen (927, darunter 60 Frauen) noch viele der nunmehr ermittelten Details einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Memorial International veröffentlichte parallel zum deutschen Erinnerungsband in Moskau ein russisches Totenbuch zu den Opfern der Jahre 1934 bis 1955, die auf dem Friedhof Donskoje bestattet worden sind. In diesem Buch sind die Kurzbiografien von 5.065 Personen veröffentlicht. Die Moskauer Organisation schätzt die Gesamtzahl der heimlich bestatteten Opfer auf dem Friedhof auf ca. 10.000 Menschen.

Eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer stalinistischer Gewalt in Deutschland fehlt bis heute. Im Land Berlin selbst erinnern Gedenktafeln, Mahnzeichen, aber auch ehemalige Terrorstätten des MGB und des MfS an die kommunistische Gewaltherrschaft auf deutschem Boden. Neben der wissenschaftlichen Forschung haben in Berlin Opferinitiativen, Gedenkstätten oder Privatpersonen verdienstvoll um die Schicksalsklärung und Dokumentation der Opfer bemüht und organisatorische Zusammenhänge des Unterdrückungssystems entschlüsselt.

Gleichwohl besteht weiterhin die Aufgabe, den vielen noch immer ungeklärten Schicksalen nachzugehen. Daher bitten die Autoren und Herausgeber alle Interessierten, Angehörigen und Freunde, sich mit Erinnerungsberichten, Kopien von Dokumenten oder weiteren Hinweisen zur Verfolgung durch russische und deutsche Dienststellen in den Jahren 1945 bis 1955 oder auch mit Fragen zur Schicksalsklärung über die unten genannten Adressen an die Herausgeber oder den Landesbeauftragten zu wenden.

Biografien der Opfer aus Berlin

Die folgenden Seiten enthalten ein Verzeichnis der 241 Männer und Frauen aus Berlin, die zwischen April 1950 und Dezember 1953 in Moskau erschossen und auf dem Friedhof Donskoje in Moskau begraben wurden. Sie wohnten bei ihrer Verhaftung in Berlin oder waren in der Stadt, einschließlich der seit 1920 eingemeindeten Orte, geboren.

Die Mehrzahl der hier aufgelisteten Verhafteten hatte im Westteil der Stadt gewohnt: 141 West-Berliner wurden in Moskau erschossen, 48 Opfer wohnten damals im Ostteil der Stadt. Viele von ihnen dürften dem vom MfS gelenkten „Menschenraub“ zum Opfer gefallen sein.

Sie alle wurden nach Artikel Nr. 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 22. November 1926 der Spionage gegen die UdSSR angeklagt. Militärrichter zogen in den hier vorgestellten Verfahren regelmäßig die Absätze Nr. 6 (Spionage), Nr. 10 (antisowjetische Propaganda) und Nr. 11 (Bandentätigkeit) für ihre Urteile heran. Die Tribunale fanden mehrheitlich in MGB-Gefängnissen auf dem Boden der DDR statt.

Auf Antrag von Nachfahren, Freunden oder Opferorganisationen prüften seit den 1990er-Jahren russische Juristen, überwiegend Staatsanwälte am Obersten Militärgericht der russischen Föderation in Moskau, auf Grundlage des Gesetzes zur Rehabilitation vom 19. Oktober 1991 die Urteile von Militärtribunalen. In bisher 163 bekannten Fällen der Verurteilung von Berlinern wurden Rehabilitationsurkunden ausgestellt. In 28 Fällen wurde die Rehabilitation abgelehnt.³¹

³¹ In 28 Fällen wurden Anträge auf Rehabilitation durch die beteiligten Behörden Russlands, häufig infolge eines schwer nachzuvollziehenden Waffenbesitzes oder als Ergebnis politischer Vorgaben im heutigen Russland, abgelehnt. Gegen diesen negativen Bescheid ist eine Klage vor dem aufsichtsführenden Gericht notwendig. Dass ein negativer Bescheid wieder aufgehoben wurde, ist allerdings bisher noch nicht bekannt geworden.

Kurt Adam • Angestellter • geb. am 16.6.1908 in Berlin-Rixdorf • zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick • verhaftet am 7.4.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.8.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 30.10.1951 • hingerichtet am 2.11.1951 in Moskau



Alfred Adamek • Verlagsangestellter • geb. am 21.4.1925 in Breslau/Schlesien • zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg • verhaftet am 29.6.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 14.12.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 9.2.1952 • hingerichtet am 14.2.1952 in Moskau • rehabilitiert am 30.11.1998

Erich Albrecht • Bäcker • geb. am 3.1.1919 in Fangschleuse/Brandenburg • zuletzt wohnhaft in Fangschleuse bei Erkner/Brandenburg und Berlin-West • verhaftet am 8.8.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.11.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 1.2.1952 • hingerichtet am 6.2.1952 in Moskau

Hermann Arndt • Prokurist • geb. am 19.12.1917 in Gribno/Westpreußen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln • verhaftet am 18.5.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 • hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau • rehabilitiert am 9.2.1996



Wolfgang Arnold • Buchhändler • geb. am 19.9.1920 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg • verhaftet am 26.7.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.12.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 22.3.1952 • hingerichtet am 26.3.1952 in Moskau • rehabilitiert am 20.3.1998

Horst Balke • Elektrotechniker • geb. am 8.4.1913 in Putzig/Westpreußen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Tempelhof • verhaftet am 28.1.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 4.4.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 • hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau



Wolfgang Ball · Bauarbeiter · geb. am 8.11.1924 in Klein-Nemerow bei Burg Stargard/Mecklenburg-Strelitz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 27.7.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.9.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.12.1952 · hingerichtet am 8.12.1952 in Moskau

Werner Ballentin · Sachbearbeiter · geb. am 16.11.1924 in Berlin-Karlshorst · zuletzt wohnhaft in Berlin-Karlshorst · verhaftet am 28.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 29.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952 · hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau

Willy Bartels · Zollbeamter · geb. am 3.4.1906 in Berlin-Weißensee · zuletzt wohnhaft in Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 30.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 17.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 28.6.2001



Christa Bathe · Angestellte · geb. am 28.10.1928 in Berlin-Spandau · zuletzt wohnhaft in Falkensee/ Brandenburg · verhaftet am 4.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.2.1952 · hingerichtet am 14.2.1952 in Moskau · rehabilitiert am 16.11.1998



Wolfgang Baumann · Betriebsleiter · geb. am 27.7.1916 in Hannover · zuletzt wohnhaft in Berlin-Moabit · verhaftet am 14.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 26.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952 · hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau · rehabilitiert am 10.11.1997



Günter Beggerow · Student · geb. am 11.12.1928 in Demen/Mecklenburg-Schwerin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz · verhaftet am 18.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 26.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 1.3.1996

Heinz Beister · Angestellter der US-Armee · geb. am 31.12.1916 in Unter Eiseln/Kreis Tilsit-Ragnit/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz · verhaftet am 30.1.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 5.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.10.1950 · hingerichtet am 13.10.1950 in Moskau

Wilhelm Bickenbach · Bauleiter, Maurermeister · geb. am 18.11.1894 in Essen/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedrichsfelde · verhaftet am 12.4.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.9.1952 · hingerichtet am 1.10.1952 in Moskau



Günter Bielke · Student · geb. am 22.3.1925 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 12.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 21.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 10.8.2000



Walter Blankenberg · Zimmermann · geb. am 7.2.1897 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Eberswalde/Brandenburg · verhaftet am 9.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 15.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 16.10.1952 · hingerichtet am 23.10.1952 in Moskau · rehabilitiert am 22.5.2002

Oskar Blau · Berufssoldat · geb. am 2.10.1914 in Wuppertal · zuletzt wohnhaft in Berlin-Johannisthal · verhaftet am 23.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.10.1950 · hingerichtet am 13.10.1950 in Moskau



88



Hans Blümel, geb. Raddatz · Telefonmonteur · geb. am 26.8.1903 in Berlin-Steglitz · zuletzt wohnhaft in Priort/Kreis Osthavelland/Brandenburg · verhaftet am 2.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 7.2.2001



Erich Bories · Tischler · geb. am 13.12.1920 in Groß Potauern/Kreis Gerdauen/Ostprien · zuletzt wohnhaft in Berlin-West · verhaftet am 18.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.1.1952 · hingerichtet am 10.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Adolf Bornemann · Landwirt · geb. am 15.1.1908 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Ruhlsdorf/Kreis Teltow/Brandenburg · verhaftet am 26.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 · hingerichtet am 1.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 28.9.2000



Johannes Alerich Breithaupt · Arbeiter · geb. am 25.10.1928 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet am 13.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 31.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.9.1952 · hingerichtet am 1.10.1952 in Moskau

Curt Brienitzer · Journalist · geb. am 15.11.1897 in Breslau/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Zehlendorf · verhaftet am 1.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 31.1.2001



Heinrich Brückner • Buchhändler • geb. am 11.3.1904 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Helbra/Kreis Eisleben/ Sachsen-Anhalt • verhaftet am 29.11.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 10.4.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 • hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau • rehabilitiert am 4.11.1995



Hans Buch • Fotoreporter, Pressevertreter der AFP • geb. am 23.12.1923 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Berlin-Mitte • verhaftet am 27.10.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 22.6.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 • hingerichtet am 1.10.1951 in Moskau • rehabilitiert am 15.2.1999

Ursula Buchholz, geb. Prinasch • Arbeiterin • geb. am 22.12.1918 in Berlin-Charlottenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg • verhaftet am 4.4.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 • hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau • rehabilitiert am 9.2.1996



Anneliese Bunda • Angestellte • geb. am 20.6.1919 in Berlin-Charlottenburg • zuletzt wohnhaft in Falkensee-Finkenkrug/Brandenburg • verhaftet am 4.6.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.11.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 9.2.1952 • hingerichtet am 14.2.1952 in Moskau • rehabilitiert am 16.11.1998



Werner Burchardt • Funkmechaniker • geb. am 18.5.1927 in Berlin-Charlottenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg • verhaftet am 30.1.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 14.8.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 17.10.1951 • hingerichtet am 20.10.1951 in Moskau • rehabilitiert am 22.12.2000

Gisela Burmeister • geb. am 22.9.1926 in Berlin-Neukölln • zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.11.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 17.1.1952 • hingerichtet am 21.1.1952 in Moskau



Richard Burmeister • Marinepolizist der DDR • geb. am 20.3.1927 in Zatzke/Brandenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Grunewald • verhaftet am 13.7.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.11.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 9.2.1952 • hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau • rehabilitiert am 1.11.2000

Elisabeth Classen, geb. Schötzu • Stenotypistin • geb. am 10.10.1897 in Thorn/Westpreußen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg • verhaftet am 16.5.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 26.7.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 16.10.1952 • hingerichtet am 23.10.1952 in Moskau

Max Classen • Kaufmann • geb. am 9.11.1894 in Aachen/Rheinprovinz • zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg • verhaftet am 16.5.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 26.7.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 16.10.1952 • hingerichtet am 23.10.1952 in Moskau



Bernhard Dahmen • Vermessungsingenieur • geb. am 27.4.1899 in Aachen/Rheinprovinz • zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg • verhaftet am 17.6.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 16.11.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 13.2.1953 • hingerichtet am 17.2.1953 in Moskau • rehabilitiert am 20.1.2000



Werner Dehnhoff • Ingenieur für Maschinen- und Flugzeugbau • geb. am 17.1.1918 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Dresden/Sachsen • verhaftet am 12.12.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.4.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 7.7.1951 • hingerichtet am 16.7.1951 in Moskau • rehabilitiert am 15.3.1999



Ferdinand Dietzen · Vertreter · geb. am 18.4.1914 in Langendreer/Westfalen · zuletzt wohnhaft in Buchholz/Kreis Harburg/Niedersachsen sowie in Berlin-Hermsdorf · verhaftet am 28.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1951 · hingerichtet am 27.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 18.10.1995

Fritz Döbel · Kaufmann · geb. am 29.3.1929 in Minkwitz bei Zeitz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wannsee · verhaftet am 4.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1998

Rudolf Doklja · geb. 1924 in Graz/Österreich · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wedding · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1950 · hingerichtet am 15.12.1950 in Moskau



Günter Domnick · Arbeiter · geb. am 21.9.1929 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Hohenschönhausen · verhaftet am 27.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 · hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 7.4.1998



Erhart Drechsler · Kraftfahrer · geb. am 5.12.1927 in Dresden/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 21.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 8.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.5.1952 · hingerichtet am 9.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.9.1998

Hildegard Drescher, geb. Leischner · Verkäuferin · geb. am 1.2.1922 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Fürstenwalde-Waldschenke/Brandenburg · verhaftet am 20.2.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.8.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.10.1950 · hingerichtet am 9.11.1950 in Moskau



Ewald Drucker · Privatdetektiv · geb. am 30.3.1913 in Plathe/Kreis Regenwalde/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 30.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 13.4.1951 · hingerichtet am 18.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.1999



Emil Eisele · Juwelier · geb. am 11.5.1914 in Pforzheim/Baden · zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick · verhaftet am 16.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 27.1.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 23.4.1951 · hingerichtet am 28.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.12.1993



Peter Engel · Funktechniker · geb. am 2.11.1924 in Krefeld/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 27.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999

Hans Erdler · Lotterieeinnehmer · geb. am 16.12.1896 in Berlin-Tempelhof · zuletzt wohnhaft in Falkenberg/Mark/Brandenburg · verhaftet am 7.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.10.1951 · hingerichtet am 15.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.4.1996

Hans-Jürgen Erdmann · Bergarbeiter · geb. am 12.11.1930 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Johanngeorgenstadt/Sachsen · verhaftet am 29.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Chemnitz am 26.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 16.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau



Joachim Esfeld · Polizist · geb. am 9.4.1905 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 20.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.9.1951 · hingerichtet am 11.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 16.2.2000

Günther Fehrmann · Kellner · geb. am 1.2.1924 in Baarz/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Lankwitz · verhaftet am 13.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 10.8.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.10.1950 · hingerichtet am 12.12.1950 in Moskau



Fritz Flatow · Student · geb. am 17.11.1930 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 21.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 20.3.1998



Kurt Frank · Ingenieur · geb. am 4.8.1906 in Netzschkau/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Baumschulenweg · verhaftet am 15.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 18.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.4.1952 · hingerichtet am 30.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1998

Kurt Franke · Fotograf · geb. am 28.4.1928 in Aschersleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 7.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.7.1952 · hingerichtet am 8.7.1952 in Moskau



Otto Franke · Friseur · geb. am 23.3.1919 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Jüterbog/Kreis Luckenwalde/Brandenburg · verhaftet am 6.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 10.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.4.1999

Alfred Franke-Gricksch · Kaufmännischer Angestellter · geb. am 30.11.1906 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Schloss Holte/Kreis Wiedenbrück/Nordrhein-Westfalen · verhaftet am 31.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.8.1952 · hingerichtet am 18.8.1952 in Moskau · rehabilitiert am 17.5.1995



Hans Frankenfeld · Student · geb. am 3.12.1929 in Dresden/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Hirschgarten · verhaftet am 28.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 9.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.7.1952 · hingerichtet am 8.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 10.7.2000

Alfred Friedrich · Melkermeister · geb. am 16.2.1911 in Domanze/Kreis Schweidnitz/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 9.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 12.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.8.1952 · hingerichtet am 18.8.1952 in Moskau



Richard Fritz · Rentner · geb. am 28.10.1894 in Jastrow/Kreis Deutsch Krone/Westpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mitte · verhaftet am 3.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952 · hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau · rehabilitiert am 16.11.1998

Walter Gattau · Eisenbahner · geb. am 30.9.1927 in Zinten/Kreis Heiligenbeil/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mitte · verhaftet am 4.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 11.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.9.1951 · hingerichtet am 24.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1998



Walter Gerlach · Elektroschweißer · geb. am 12.9.1918 in Grube Marga bei Brieske/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf · verhaftet am 25.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 10.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.9.1951 · hingerichtet am 18.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Käthe Giering · Arbeiterin · geb. am 5.9.1928 in Berlin-Weißensee · zuletzt wohnhaft in Lindenberg bei Berlin/Brandenburg · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.1.1951 · hingerichtet am 12.2.1951 in Moskau

Günther Gläser · Bäcker · geb. am 19.3.1928 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg · verhaftet am 21.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 18.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 21.3.1951 in Moskau

Joachim Glasshörster · Hausverwalter · geb. am 14.2.1925 in Pausin/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tempelhof · verhaftet am 10.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.4.1951 · hingerichtet am 14.5.1951 in Moskau



Gerda Gräbert, geb. Böller · Stenotypistin · geb. am 22.6.1923 in Berlin-Wilmersdorf · zuletzt wohnhaft in Teltow/Kreis Potsdam/Brandenburg · verhaftet am 27.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 23.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.2.1951 · hingerichtet am 27.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.12.1995



Woldemar Graslaub · Volkspolizist · geb. am 23.2.1930 in Oelsnitz/Vogtland/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Plötzensee · verhaftet am 11.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.1.1952 · hingerichtet am 10.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Günter Grell · Journalist · geb. am 14.9.1926 in Potsdam/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 1.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 16.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.4.2001



Franz Maria Gries · Kaufmann · geb. am 19.2.1914 in Rom/Italien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 3.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 18.9.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1951 · hingerichtet am 6.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.2.1999



Richard Gudde · Ingenieur · geb. am 1.5.1901 in Koddien/Kreis Wehlau/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 21.1.1950 · Todesurteil durch SMT des Militärbezirks Ural am 11.9.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1951 · hingerichtet am 6.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 28.9.2000



Karl Güldenpfennig · Besitzer einer Fahrradwerkstatt · geb. am 1.2.1898 in Berlin-Köpenick · zuletzt wohnhaft in Sachsenhausen bei Oranienburg/Brandenburg · verhaftet am 7.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1951 · hingerichtet am 22.5.1951 in Moskau · rehabilitiert am 8.12.1998



Rudolf Gundelach · Angestellter · geb. am 6.10.1929 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet am 19.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 10.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.7.1952 · hingerichtet am 21.7.1952 in Moskau



Alexander Haage · Bauingenieur und Dolmetscher · geb. am 12.7.1897 in Moskau/Russland · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 22.4.1949 · Todesurteil durch Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR in Moskau am 22.4.1950 · hingerichtet am 22.4.1950 in Moskau · rehabilitiert am 27.3.2001



Walter Haenschen · Schlossermeister · geb. am 22.7.1906 in Cottbus/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 12.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 13.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.12.1998



Werner Hahn · Angestellter · geb. am 29.4.1922 in Planitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tiergarten · verhaftet am 13.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.10.1951 · hingerichtet am 20.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1999



Hans-Ulrich Hanitsch · Angestellter · geb. am 12.8.1922 in Berlin-Treptow · zuletzt wohnhaft in Berlin-Frohnau · verhaftet am 12.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 18.10.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 21.12.1950 · hingerichtet am 27.12.1950 in Moskau · rehabilitiert am 30.11.1998



Wulff-Dietrich Hanusa · Fotografenlehrling · geb. am 21.2.1923 in Stralsund/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 28.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 1.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.10.1951 · hingerichtet am 15.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 7.4.1998



Ernst Hasse · Kaufmann · geb. am 20.11.1900 in Koblenz/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 11.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 30.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.5.1952 · hingerichtet am 19.5.1952 in Moskau

Friedrich Hasselmann · Lehrer · geb. am 4.10.1921 in Stralsund/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Adlershof · verhaftet am 10.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 13.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.12.1950 · hingerichtet am 15.12.1950 in Moskau · rehabilitiert am 16.7.1996



Ludwig Hayne · Oberschüler · geb. am 1.9.1931 in Wickerstedt/Thüringen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 20.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 21.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.4.1951 · hingerichtet am 28.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 5.11.1997



Bernhard Hecht · Eisenbahner · geb. am 17.2.1914 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz · verhaftet am 2.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 9.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 20.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1994



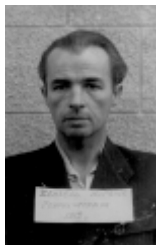
Karl-Heinz Heida · geb. 1918 in Allenstein/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tegel · verhaftet am 17.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 6.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.2.1951 · hingerichtet am 13.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999

Wilhelm Heidtmann · Fleischer · geb. am 26.3.1921 in Tessin/Mecklenburg-Schwerin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 23.8.1952 · hingerichtet am 26.8.1952 in Moskau

Johannes Karl Heinicke · Kürschner · geb. am 28.1.1906 in Leipzig/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mitte · verhaftet am 26.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 21.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 23.9.1996

Ernst Heinrich · Werkzeugmacher · geb. am 2.7.1907 in Duisburg/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Pankow · verhaftet am 31.10.1949 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.8.1951 · hingerichtet am 31.8.1951 in Moskau

Gerhard Hempke · Ingenieur-Assistent · geb. am 14.11.1922 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Petershagen bei Berlin/Brandenburg · verhaftet am 14.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.5.1952 · hingerichtet am 4.6.1952 in Moskau



Johannes Hensel · Buchbindermeister · geb. am 5.6.1912 in Berlin-Grünau · zuletzt wohnhaft in Finow/Kreis Oberbarnim/Brandenburg · verhaftet am 12.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 19.6.1998



Hermann Hoerber · Volksschullehrer · geb. am 8.2.1925 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Bad Freienwalde/Brandenburg · verhaftet am 11.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 26.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 6.12.1999



Margot Holländer · Stenotypistin · geb. am 5.5.1924 in Berlin-Neukölln · zuletzt wohnhaft in Berlin-Weißensee · verhaftet am 4.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1951 · hingerichtet am 27.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 18.10.1995



Willy Holz · Buchhalter · geb. am 10.12.1914 in Bärwalde/Kreis Neustettin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf · verhaftet am 14.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 12.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1951 · hingerichtet am 22.5.1951 in Moskau



Herbert Hoppe · Polizist · geb. am 7.6.1914 in Stettin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau · verhaftet am 18.12.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.8.1952 · hingerichtet am 1.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.2002

Otto Horstmann, genannt Hübner · Polizist · geb. am 7.12.1912 in Königsberg/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West · verhaftet am 23.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 29.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952 · hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau



Fritz Humprecht · Eisenbahner · geb. am 20.12.1930 in Haselbach/Thüringen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 14.2.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.7.1952 · hingerichtet am 21.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.1.2001

Günther Hurniak · Bergarbeiter · geb. am 2.10.1924 in Neu-Oderberg/
Kreis Teschen/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaf-
tet am 3.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Chemnitz am
11.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.9.1952 · hingerichtet am
10.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 30.3.2001



Helmut Ickert · Arbeiter · geb. am 12.10.1929 in Berlin ·
zuletzt wohnhaft in Berlin-Hessenwinkel · verhaftet am
19.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am
14.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952
· hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau · rehabilitiert am
16.11.1998

Horst Iglisch · Angestellter · geb. am 16.6.1924 in Berlin · zuletzt wohnhaft
in Falkensee-Finkenkrug/Brandenburg · verhaftet am 18.4.1952 · Todesur-
teil durch SMT Nr. 48240 am 26.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches
am 23.8.1952 · hingerichtet am 26.8.1952 in Moskau



Ludwig Illinger · Kfz-Mechaniker · geb. am 31.5.1924 in
Teplitz-Schönau/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Berlin-
Köpenick · verhaftet am 30.8.1951 · Todesurteil durch
SMT Nr. 48240 am 7.12.1951 · Ablehnung des Gnadenge-
suches am 28.2.1952 · hingerichtet am 1.3.1952 in Moskau
· rehabilitiert am 22.2.2000

Karl-Heinz Jahnke · Landwirt · geb. am 5.9.1916 in Niendorf/Mecklen-
burg-Schwerin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · seit Anfang August
1952 vermisst · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.9.1952 · Ableh-
nung des Gnadengesuches am 27.11.1952 · hingerichtet am 2.12.1952 in
Moskau

Peter Jetschke · Journalist · geb. am 10.11.1926 in Swinemünde/Kreis
Usedom-Wollin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg ·
verhaftet am 6.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.8.1952 ·
Ablehnung des Gnadengesuches am 31.10.1952 · hingerichtet am 4.11.1952
in Moskau · rehabilitiert am 14.3.2001



Helmut Kahl · Dolmetscher · geb. am 31.7.1892 in Riga/Lettland · zuletzt wohnhaft in Berlin-Hakenfelde · verhaftet am 1.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 2.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 1.8.1951 · hingerichtet am 6.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 7.4.1998



Claus Kantzler · Verkäufer · geb. am 3.5.1926 in Cottbus/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 13.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.12.1998

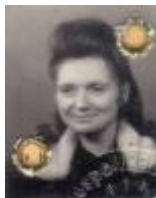


Willy Karbe · Kraftfahrer und Musiker · geb. am 10.11.1921 in Kraatz/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wedding · verhaftet am 19.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.2.1952 · hingerichtet am 1.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 25.12.1995

Erich Karsulke · Angestellter · geb. am 30.10.1895 in Oblath/Kreis Züllichau-Schwiebus/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mariendorf · verhaftet am 25.11.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.5.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.8.1950 · hingerichtet am 12.9.1950 in Moskau



Günter Kemnitz · Journalist · geb. am 10.4.1925 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Treptow · verhaftet am 31.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.9.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.11.1952 · hingerichtet am 2.12.1952 in Moskau · rehabilitiert am 14.8.2001



Ingeborg Klamann, geb. Willun · Hausfrau · geb. am 30.10.1924 in Nauen/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mitte · verhaftet am 10.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.12.1951 · hingerichtet am 31.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 8.8.2000

Helmut Knobbe · Kellner · geb. am 8.1.1922 in Neuteich/Kreis Großes Werder/Danzig · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet im Mai 1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 8.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.9.1952 · hingerichtet am 1.10.1952 in Moskau



Paul Kober · Heizer · geb. am 20.5.1890 in Berlin-Spandau · zuletzt wohnhaft in Elstal/Kreis Nauen/ Brandenburg · verhaftet am 28.11.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.1.1953 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.3.1953 · hingerichtet am 31.3.1953 in Moskau · rehabilitiert am 14.8.1998



Erwin Köhler · Bürgermeister · geb. am 9.9.1901 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Potsdam/Brandenburg · verhaftet am 28.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 20.5.1992

Gerhard Köhn · Bauarbeiter · geb. am 20.3.1926 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 7.10.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.11.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.1.1953 · hingerichtet am 12.1.1953 in Moskau



Dietrich von Kopp · Verwaltungsangestellter · geb. am 29.9.1923 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Quedlinburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.2.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 14.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.7.1952 · hingerichtet am 16.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 19.7.2001

Heinrich Kratz · Friseur · geb. am 25.8.1914 in Orken/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wedding · verhaftet am 16.4.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.12.1952 · hingerichtet am 3.1.1953 in Moskau

Herbert Krause · Polizist · geb. 1930 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 21.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1999



Max Krohn · Heizer · geb. am 13.11.1891 in Mistreu-Stettin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tempelhof · verhaftet am 28.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 22.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.5.1952 · hingerichtet am 19.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 19.10.1998

Heinz Kugler · Schlosser · geb. am 19.4.1921 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Köthen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 11.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 30.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 6.11.1952 · hingerichtet am 12.11.1952 in Moskau

Alfred Kuthnick · Bauingenieur · geb. am 8.9.1897 in Klein-Morin/Kreis Hohensalza/Prov. Posen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 9.8.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 4.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.12.1952 · hingerichtet am 8.12.1952 in Moskau



Horst Laddach · Notstandsarbeiter · geb. am 18.1.1923 in Danzig · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schmargendorf · verhaftet am 14.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau



Jürgen Laugisch · Bergarbeiter · geb. am 7.7.1930 in Halbau/Kreis Sprottau/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Sachau/Sachsen-Anhalt und in Berlin-West · verhaftet am 11.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.5.1952 · hingerichtet am 19.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.9.1998



Günther Lehmann · Kaufmann · geb. 1925 in Bernau/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Mariendorf · verhaftet am 15.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.12.1951 · hingerichtet am 31.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 8.8.2000



Horst Lehmann · Berufsschullehrer · geb. am 2.10.1927 in Erkner/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Grünau · verhaftet am 28.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 16.1.1989

Johannes Leifeld · Kaufmann · geb. am 10.7.1920 in Münster/Westfalen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau · verhaftet am 4.10.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.12.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.3.1953 · hingerichtet am 31.3.1953 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Dora Leindecker, geb. Rabbel · Hausfrau · geb. am 15.3.1901 in Jordan/Kreis Züllichau-Schwiebus/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 18.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 24.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.12.1951 · hingerichtet am 24.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.6.1998



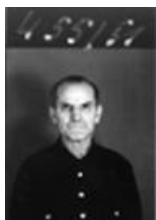
Josef Leisten · Holzhändler · geb. am 6.8.1888 in Birkesdorf/Rheinprovinz
 · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedrichshagen · verhaftet am 13.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 7.4.1998



Ingeborg Lenz, geb. Dehnel · Verkäuferin · geb. am 2.12.1927 in Wydartowo/Kreis Rawitsch/Polen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz · verhaftet am 5.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau



Fritz Liebert · Parteireferent der LDP(D) · geb. am 5.9.1917 in Dobsciz/Prov. Posen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 15.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 7.9.2001



Richard Lindemann · Eisenbahner · geb. am 15.9.1888 in Bandelin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 14.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 19.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.7.1952 · hingerichtet am 8.7.1952 in Moskau

Gerhard Max Lingk · Kapellmeister · geb. am 3.1.1915 in Berlin-Spandau · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 15.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 13.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.12.1950 · hingerichtet am 15.12.1950 in Moskau · rehabilitiert am 2.4.2002



Walter Linse · Jurist · geb. am 23.8.1903 in Chemnitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West · verschleppt am 8.7.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 23.9.1953 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.12.1953 · hingerichtet am 15.12.1953 in Moskau · rehabilitiert am 8.5.1996

Horst Litta · Schweißer · geb. am 14.11.1926 in Perleberg/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Adlershof · verhaftet am 15.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 27.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.10.1950 · hingerichtet am 13.10.1950 in Moskau



Karl-Heinz Lohse · Mechaniker · geb. am 3.9.1930 in Frohnau/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 8.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 11.9.1952 · hingerichtet am 12.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 19.12.1995

Günther Malkowski · Student · geb. am 25.10.1926 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 7.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.6.1952 · hingerichtet am 4.7.1952 in Moskau

Hans Markart · Gärtner · geb. am 19.12.1919 in Berlin · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau



Gerhard Marquardt · Maschinenbauingenieur · geb. am 15.9.1919 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Treptow · verhaftet am 10.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.11.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1953 · hingerichtet am 2.3.1953 in Moskau



Herbert Matthiae • Elektroingenieur • geb. am 4.4.1909 in Kempen/Prov. Posen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick • verhaftet am 31.10.1949 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 8.8.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 • hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau • rehabilitiert am 7.4.1998



Walter Meder • Flugzeugingenieur • geb. am 13.8.1901 in Breslau/Schlesien • zuletzt wohnhaft in Berlin-Baumschulweg • verhaftet am 24.1.1950 • Todesurteil durch SMT des Militärbezirks Ural am 11.9.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1951 • hingerichtet am 6.12.1951 in Moskau • rehabilitiert am 28.9.2000



Hilmar Meinhardt • Angestellter der Handelsorganisation • geb. am 28.12.1927 in Wolfen/Prov. Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Frohnau • verhaftet am 18.3.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.7.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 • hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau

Johann Meister • Vertreter • geb. am 17.2.1922 in Groß-Schenk/Kreis Hermannstadt/Rumänien • zuletzt wohnhaft in Berlin-Halensee • verhaftet am 24.2.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.8.1950 • Ablehnung des Gnadengesuches am 25.10.1950 • hingerichtet am 12.12.1950 in Moskau



Fritz Melzer • Bergarbeiter • geb. am 13.3.1920 in Chemnitz/Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf • verhaftet am 22.6.1952 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.8.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 31.10.1952 • hingerichtet am 4.11.1952 in Moskau • rehabilitiert am 6.3.2001



Heinz Menge · Kriminalpolizist · geb. am 21.11.1920 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 16.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 20.3.1998

Gerhard Menschel · Kaufmann · geb. am 28.3.1897 in Thorn/Westpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 2.2.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 10.8.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.10.1950 · hingerichtet am 12.12.1950 in Moskau · rehabilitiert am 14.9.2001

Wolfgang Mertens · Elektromonteur · geb. am 29.1.1927 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 27.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.6.1951 · hingerichtet am 27.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 22.6.1995



Theodor Michaelsen · Kunsthändler · geb. am 16.5.1887 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Schwerin-Zippendorf/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 22.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 9.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 20.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1994



Wolfgang Michel · Notstandsarbeiter · geb. am 15.4.1931 in Chemnitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 21.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.8.1952 · hingerichtet am 6.8.1952 in Moskau · rehabilitiert am 25.7.1995

Siegfried Muche · Buchprüfer · geb. am 18.11.1931 in Berlin-Spandau · zuletzt wohnhaft in Finkenkrug bei Berlin/Brandenburg · verhaftet Anfang Januar 1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau



Martin Mühlefeldt • Vertreter • geb. am 2.11.1905 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Berlin-Buchholz • verhaftet am 3.1.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.3.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 23.5.1951 • hingerichtet am 29.5.1951 in Moskau • rehabilitiert am 30.5.1998

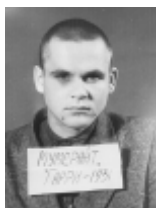
Lothar Müller • Arzt • geb. am 15.12.1922 in Leipzig/Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln • verhaftet am 27.7.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 26.12.1950 • Ablehnung des Gnadengesuches am 30.3.1951 • hingerichtet am 4.4.1951 in Moskau • rehabilitiert am 30.6.1995



Rudi Müller • Elektriker • geb. am 20.8.1928 in Zschornegosda/Kreis Calau/Brandenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Schmargendorf • verhaftet am 24.8.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.11.1950 • Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 • hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau • rehabilitiert am 8.12.1998



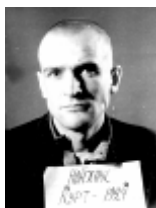
Werner Müller • Kinobetreiber • geb. am 11.4.1925 in Taucha bei Weißenfels/Prov. Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Moabit • verhaftet am 28.9.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.1.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 5.4.1952 • hingerichtet am 10.4.1952 in Moskau • rehabilitiert am 15.3.1999



Harry Mumereit • Schneider • geb. am 11.3.1931 in Lübben/Brandenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Tempelhof • verhaftet am 1.4.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 6.7.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 • hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau • rehabilitiert am 24.7.1998



Josef Nelke · Kaufmännischer Angestellter · geb. am 21.9.1919 in Laurahütte/Kreis Kattowitz/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 23.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.11.1951 · hingerichtet am 26.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.5.1998



Kurt Helmar Neuhaus · Student · geb. am 9.12.1924 in Rostock/Mecklenburg-Schwerin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Nikolassee · verhaftet am 23.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 28.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.8.1951 · hingerichtet am 31.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.2.1999



Ilse Nicolai · Gebrauchsgraphikerin · geb. am 1.10.1929 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 9.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 13.3.1952 · kein Hinweis auf ein Gnadengesuch · hingerichtet am 9.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.11.2001



Aegidius Niemz · Student · geb. am 22.7.1929 in Leipzig/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 31.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 20.3.1998



Karl-Heinz Nöthling · Bergarbeiter · geb. am 31.8.1923 in Eberswalde/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-West · verhaftet am 25.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.11.1952 · hingerichtet am 26.11.1952 in Moskau



August Wilhelm Ohlrich • Vertreter • geb. am 11.12.1925 in Berlin-Kreuzberg • zuletzt wohnhaft in Berlin • verhaftet am 20.5.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.10.1950 • Ablehnung des Gnadengesuches am 9.1.1951 • hingerichtet am 26.1.1951 in Moskau • rehabilitiert am 11.9.2001



Adolf Oxen • Entwicklungsingenieur • geb. am 15.7.1902 in Dortmund/Westfalen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg • verhaftet am 10.11.1949 • Todesurteil durch SMT des Militärbezirks Ural am 11.9.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1951 • hingerichtet am 6.12.1951 in Moskau • rehabilitiert am 23.9.2000



Paul Pagels • Installateur • geb. am 15.3.1888 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Potsdam/Brandenburg • verhaftet am 17.8.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.11.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 • hingerichtet am 31.1.1952 in Moskau • rehabilitiert am 15.5.1998



Kurt Paschke • Mechaniker • geb. am 9.6.1912 in Berlin-Charlottenburg • zuletzt wohnhaft in Kiel-Gaarden/Schleswig-Holstein • verhaftet am 8.8.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 31.1.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 23.4.1951 • hingerichtet am 28.4.1951 in Moskau • rehabilitiert am 12.9.2001



Arthur Paul • Landwirt und Gastwirt • geb. am 26.9.1903 in Elterlein/Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf • verhaftet am 27.7.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 2.10.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 14.12.1951 • hingerichtet am 19.12.1951 in Moskau • rehabilitiert am 15.3.1999

Fritz Plieth · geb. am 31.3.1919 in Berlin-Wilhelmsruh · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 13.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 20.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.8.2000

Ulrich Poltrock · Bote · geb. am 6.12.1886 in Berlin-Friedenau · zuletzt wohnhaft in Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 28.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 2.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.4.1951 · hingerichtet am 14.5.1951 in Moskau



Friedrich Prautsch · Student · geb. am 7.2.1929 in Bünauburg/Kreis Tetschen/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 31.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.12.1998



Herbert Proft · Kraftfahrer und Polizist · geb. am 29.11.1926 in Lauba/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wittenau · verhaftet am 27.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 7.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.10.1999



Ferdinand Purrmann · Kraftfahrer · geb. am 28.1.1907 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 1.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 · hingerichtet am 13.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 6.10.1999



Peter Püschel · Student · geb. am 9.4.1927 in Wampen/Kreis Greifswald/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 28.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 20.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.9.1951 · hingerichtet am 24.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999



Kurt Rabenstein · Sportausbilder der Polizei · geb. am 29.7.1907 in Berlin-Karlshorst · zuletzt wohnhaft in Berlin-Biesdorf-Süd · verhaftet am 7.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.2.1952 · hingerichtet am 14.2.1952 in Moskau · rehabilitiert am 16.11.1998

Adalbert Radziejewski · Privatdetektiv · geb. am 25.4.1920 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Adlershof · verhaftet am 23.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.10.1950 · hingerichtet am 26.10.1950 in Moskau



Gerhardt Ramlow · Schriftsteller · geb. am 26.6.1904 in Berlin-Karlshorst · zuletzt wohnhaft in Berlin-Britz · verhaftet am 15.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.10.1951 · hingerichtet am 15.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.4.1996



Heinz Rasch · Maschinenschlosser · geb. am 29.3.1921 in Freital/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 29.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 · hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 9.2.1996

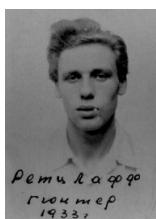
Max Günter Rehlich · Elektroschweißer · geb. am 29.6.1928 in Naundorf/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 31.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1998



Alfred Reichow · Werkzeugmacher · geb. am 25.7.1915 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Sachsenhausen/Kreis Oranienburg/Brandenburg · verhaftet am 11.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.6.1952 · hingerichtet am 4.7.1952 in Moskau



Walter Resner • Polizist • geb. am 7.5.1907 in Berlin-Reinickendorf • zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg • verhaftet am 19.10.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 30.1.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 26.4.1952 • hingerichtet am 30.4.1952 in Moskau • rehabilitiert am 24.7.1998



Günther Retzlaff • Bauarbeiter • geb. am 26.1.1933 in Berlin • zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick • verhaftet am 1.9.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.12.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 28.2.1952 • hingerichtet am 1.3.1952 in Moskau • rehabilitiert am 29.2.2000



Wolfram Richter • Dolmetscher • geb. am 21.5.1931 in Auerbach/Vogtland/Sachsen • zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau • verhaftet am 23.10.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.1.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 7.4.1951 • hingerichtet am 12.4.1951 in Moskau • rehabilitiert am 14.5.1998



Fritz Riebling • Telegrafenarbeiter • geb. am 9.8.1910 in Breslau/Schlesien • zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick • verhaftet am 17.9.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 29.4.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 • hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau • rehabilitiert am 22.8.1995

Hans Rieck • Taxiunternehmer • geb. am 5.6.1908 in Berlin-Neukölln • zuletzt wohnhaft in Ravensbrück/Brandenburg • verhaftet am 17.5.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 • hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau • rehabilitiert am 9.2.1996



Erna Riediger · Sekretärin · geb. am 16.1.1913 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 31.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 · hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 9.2.1996

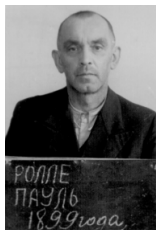


Walter Rindfleisch · Student · geb. am 14.4.1919 in Oels/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 23.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 3.6.2002

Heinz Rindfuß · Schlosser · geb. am 9.10.1919 in Fredersdorf/Kreis Niederbarnim/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg · verhaftet am 23.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.8.1952 · hingerichtet am 1.9.1952 in Moskau



Friedrich Risse · Eisenbahner · geb. am 3.3.1909 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Cottbus/Brandenburg · verhaftet am 29.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 7.4.1951 · hingerichtet am 24.4.1951 in Moskau



Paul Rolle · Schlosser · geb. am 20.5.1899 in Breslau/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Berlin-Pankow · verhaftet am 4.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 31.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.10.1951 · hingerichtet am 20.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 11.7.1995

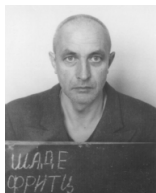
Eduard Romanzcuk · geb. am 18.12.1915 in Michalowo/Kreis Bialystok/Polen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet Ende 1950/Anfang 1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau



Charlie Rühr · Taxiunternehmer · geb. am 21.5.1907 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Lehnin/Brandenburg · verhaftet am 7.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.4.2001



Ruth Sadowski · Arbeiterin · geb. am 12.3.1922 in Berlin-Lichtenberg · zuletzt wohnhaft in Werneuchen/Kreis Bernau/Brandenburg · verhaftet am 17.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 11.9.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.10.1951 · hingerichtet am 2.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.6.1998



Fritz Schade · Diplomkaufmann · geb. am 20.7.1901 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz · verhaftet am 19.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 9.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 20.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1994



Paul Scharping · Angestellter · geb. am 2.12.1895 in Roßlau/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 14.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.12.1951 · hingerichtet am 31.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Renate Scheibe · Stenotypistin · geb. am 6.11.1923 in Bautzen/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 13.9.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.12.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.2.1953 · hingerichtet am 6.2.1953 in Moskau · rehabilitiert am 15.5.1998



Walter Scheidemann · Koch · geb. am 3.2.1913 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 24.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.12.1951 · hingerichtet am 24.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Hans Schernau · Gymnasiallehrer und Dolmetscher · geb. am 8.7.1891 in Berlin-Altmoabit · zuletzt wohnhaft in Stollberg/Sachsen · verhaftet am 13.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 10.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1951 · hingerichtet am 22.5.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.2.1999



Horst Scheubner · KfZ-Schlosser · geb. am 21.5.1921 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Karlshorst · verhaftet am 12.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 21.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 10.8.2000



Leo Scheunemann · Buchhalter · geb. am 4.3.1897 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 28.12.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.7.1952 · hingerichtet am 16.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 21.3.2001

Werner Schild von Spanenberg · Kaufmann · geb. am 19.10.1921 in Trünzig/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 3.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Chemnitz am 28.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 23.4.1951 · hingerichtet am 26.4.1951 in Moskau

Herbert Schiller · Abteilungsleiter · geb. am 24.8.1907 in Berlin-Rummelsburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Köpenick · verhaftet am 25.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 29.11.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.2.1952 · hingerichtet am 22.2.1952 in Moskau



Ewald Schnarr · Installateur · geb. am 11.6.1919 in Kalke/Kreis Sorau/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 7.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 18.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.8.1951 · hingerichtet am 31.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1999



Manfred Schnee · Lehramtsanwärter · geb. am 18.6.1928 in Berlin-Wilmersdorf · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet am 17.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 27.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau

Horst Schneider · Jurist · geb. am 21.8.1916 in Erfurt/Thüringen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 21.9.1949 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 1.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.11.1950 · hingerichtet am 15.12.1950 in Moskau

Werner Schneider · Student · geb. am 7.2.1922 in Colmnitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 23.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 · hingerichtet am 20.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1999



Heinz Schnoor · Mitarbeiter im Verein Opfer des Stalinismus (VOS) · geb. am 4.2.1921 in Hamburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Moabit · verhaftet am 9.9.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.12.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.3.1953 · hingerichtet am 31.3.1953 in Moskau

Günther Schröder · geb. am 7.7.1921 in Perleberg/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Reinickendorf · verhaftet am 20.9.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.12.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1953 · hingerichtet am 2.3.1953 in Moskau

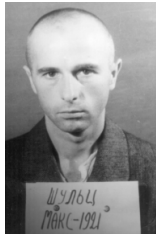
Wolfgang Schubert · Konditor · geb. am 8.8.1928 in Guben/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 4.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.6.1951 · hingerichtet am 27.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 22.6.1995



Ernst Schultz · Angestellter · geb. am 8.12.1898 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Zehdenick/Brandenburg · verhaftet am 11.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 11.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.9.1950 · hingerichtet am 23.9.1950 in Moskau · rehabilitiert am 12.11.2001

Erich Schulz · Eisenbahner · geb. am 10.7.1905 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Kaltenborn/Kreis Guben/Brandenburg · verhaftet am 3.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.6.1951 · hingerichtet am 27.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 22.6.1995

Heinz Schulz · Heizer · geb. am 7.1.1923 in Königsberg/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 21.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.9.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.11.1952 · hingerichtet am 26.11.1952 in Moskau



Max Schulz · Notstandsarbeiter · geb. am 10.1.1921 in Strasburg/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 20.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 2.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.12.1951 · hingerichtet am 13.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.4.1998

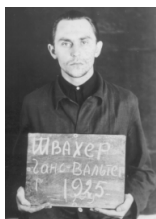


Wilhelm Schulz · Schlosser · geb. am 4.2.1915 in Bötzow/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Adlershof · verhaftet am 3.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.8.1951 · hingerichtet am 31.8.1951 in Moskau



Hans Schulze · Fernschreiber · geb. 1921 in Stralsund/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf · verhaftet am 24.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 4.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 · hingerichtet am 1.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 22.3.1996

Kurt Schulze · Wächter · geb. am 25.1.1916 in Luckenwalde/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 3.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.12.1951 · hingerichtet am 19.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 4.4.1995



Hans Schwacher · Ingenieur · geb. am 11.3.1925 in Angermünde/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Altglienicke · verhaftet am 24.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 1.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 1.8.1951 · hingerichtet am 6.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.1.2000

Helmut Schwarz · Dreher · geb. am 4.3.1912 in Berlin-Neukölln · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tiergarten und Oberkochen/Württemberg · verhaftet am 2.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau

Kurt Schwarz · Kfz-Mechaniker · geb. am 16.7.1925 in Dresden/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 9.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 18.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 · hingerichtet am 30.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 9.2.1996

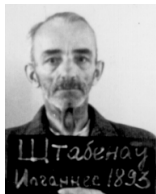


Heinrich Freiherr Senfft von Pilsach · Vertreter · geb. am 30.5.1926 in Sandow/Kreis Weststernberg/ Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Zehlendorf · verhaftet am 10.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 11.1.1951 · hingerichtet am 13.2.1951 in Moskau

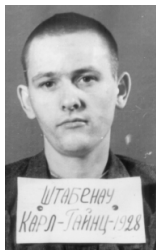


Gerhard Sinnig · Diplomlandwirt · geb. am 18.1.1902 in Berlin-Steglitz · zuletzt wohnhaft in Neutrebbin/Brandenburg · verhaftet am 12.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 18.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.6.1951 · hingerichtet am 14.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.11.1994

Karl-Heinz Sperling · Verwaltungslehrling · geb. am 1.4.1932 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Priort/Kreis Osthavelland/Brandenburg · verhaftet am 7.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 3.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.1.1951 · hingerichtet am 12.2.1951 in Moskau

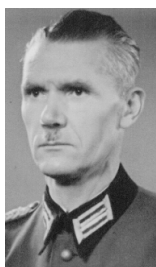


Johannes Stabenau · Kaufmann · geb. am 23.7.1893 in Rochlitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 14.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 11.9.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.11.1952 · hingerichtet am 19.11.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.6.2001



Karlheinz Stabenau • Bauschlosser • geb. am 29.6.1928 in Liebenfelde/Kreis Soldin/Brandenburg • zuletzt wohnhaft in Berlin-Waidmannslust • verhaftet am 3.1.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 27.8.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 4.12.1951 • hingerichtet am 13.12.1951 in Moskau • rehabilitiert am 19.5.1995

Leopold Stephan • Handelsvertreter • geb. am 10.11.1914 in Berlin-Köpenick • zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau • verhaftet am 1.7.1950 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.11.1950 • Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 • hingerichtet am 7.2.1951 in Moskau



Erwin Stolze • Berufssoldat • geb. am 6.12.1891 in Berlin-Westend • zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-Süd • verhaftet am 27.5.1945 • Todesurteil durch SMT des Militärbezirks Moskau in Moskau am 17.1.1952 • Ablehnung des Gnadengesuches am 22.3.1952 • hingerichtet am 26.3.1952 in Moskau



Fritz Storch • Ökonomischer Direktor • geb. am 21.9.1899 in Stettin/Pommern • zuletzt wohnhaft in Berlin-Treptow • verhaftet am 27.1.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 25.4.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 • hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau • rehabilitiert am 29.3.1999



Wilhelm Straßburg • Schiffsbauingenieur • geb. am 2.6.1910 in Stettin/Pommern • zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedrichshain • verhaftet am 28.5.1951 • Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.9.1951 • Ablehnung des Gnadengesuches am 17.11.1951 • hingerichtet am 13.12.1951 in Moskau • rehabilitiert am 24.7.1998



Wolfgang Swidom, geb. Neubert · Fotograf · geb. am 9.7.1928 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Hennigsdorf/Kreis Ost-Havelland/Brandenburg · verhaftet am 28.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.10.1951 · hingerichtet am 2.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.5.1998



Eberhard Syska · Student · geb. am 24.3.1917 in Eisleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 20.2.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.6.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.9.1950 · hingerichtet am 7.9.1950 in Moskau · rehabilitiert am 18.12.1996



Horst Szymaniak · Schreibmaschinenmechaniker · geb. am 31.8.1922 in Landsberg/Warthe/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet am 15.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 · hingerichtet am 13.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 6.10.1999



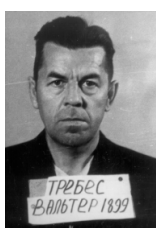
Alfred Teßmar · Student · geb. am 24.3.1927 in Moithienen/Kreis Ortelsburg/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 24.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 7.9.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1951 · hingerichtet am 6.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.6.1995



Wolfgang Thomas · Lehrer · geb. am 3.5.1926 in Berlin-Neukölln · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 5.4.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 12.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 28.9.2001



Joachim Trapp · Schüler · geb. am 19.11.1929 in Bernau/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin · verhaftet am 4.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.1.1952 · hingerichtet am 21.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 16.11.1998



Walther Trebes · Kontrolleur beim Arbeitsamt · geb. am 19.11.1899 in Berlin-Köpenick · zuletzt wohnhaft in Teltow/Brandenburg · verhaftet am 5.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.2.1951 · hingerichtet am 12.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.12.1995



Karl-Heinz Treptow · Eisenbahner · geb. am 25.2.1920 in Stargard/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 9.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 9.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 20.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1994

Josef Tühl · Kaufmann · geb. am 9.12.1919 in Lang-Ugest/Kreis Bilin/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Weißensee · verhaftet am 13.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 7.7.1951 · hingerichtet am 16.7.1951 in Moskau

Siegfried Tuliszka · Bauingenieur · geb. am 5.7.1914 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg · verhaftet am 20.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.8.1952 · hingerichtet am 1.9.1952 in Moskau



Wolfgang Türk · Schneider · geb. am 8.8.1928 in Chemnitz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Tegel · verhaftet am 16.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 22.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 16.6.1994

Joachim Ulatowski · Buchhalter · geb. am 20.4.1927 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Falkensee bei Berlin/Brandenburg · verhaftet am 4.4.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.11.1952 · hingerichtet am 26.11.1952 in Moskau

Heinz Vogel · Student · geb. am 23.10.1919 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Sondershausen/Thüringen · verhaftet am 23.6.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 17.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau

Willi Vogtland · Schlosser · geb. am 12.7.1924 in Loitz/Kreis Grimmen/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Kreuzberg · verhaftet am 4.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 21.4.1952 · Gnadengesuch wurde nicht gestellt · hingerichtet am 4.7.1952 in Moskau



Wolfgang Wagner · Anstreicher · geb. am 11.2.1932 in Potsdam/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 21.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.10.1951 · hingerichtet am 2.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.5.1998



Wolfgang Waterstraat · Arzt · geb. am 29.1.1920 in Stettin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 28.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 4.8.1993

Günter Weinhold · Journalist und Dolmetscher · geb. am 2.4.1925 in Augustusburg/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichtenberg · verhaftet am 5.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 12.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.12.1952 · hingerichtet am 3.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 13.9.2001

Hannelore Ursula Weißköppel · Stenotypistin · geb. am 20.2.1922 in Leipzig-Gohlis/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 23.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 3.6.2002



Martin Welte · Kaufmann · geb. am 11.1.1931 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Dallgow-Döberitz/Brandenburg · verhaftet am 16.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 31.10.1952 · hingerichtet am 4.11.1952 in Moskau

Kurt Wendt · Maurer · geb. am 26.6.1921 in Neulangsow/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 6.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.6.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 11.9.1952 · hingerichtet am 12.9.1952 in Moskau

Wolfgang-Dieter Wilhelms · Fotograf · geb. am 3.1.1927 in Teterow/Mecklenburg-Schwerin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau · verhaftet am 29.1.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.7.1952 · hingerichtet am 8.7.1952 in Moskau

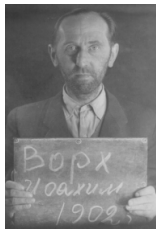
Bernhard Wilker · Journalist · geb. am 2.7.1920 in Erkenschwick/Westfalen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln · verhaftet am 11.2.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 16.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.8.1952 · hingerichtet am 6.8.1952 in Moskau

Karl-Heinz Wille · Student · geb. am 23.10.1923 in Weferlingen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 10.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 21.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 16.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau

Gerhard Winkler · Polizeischüler · geb. am 14.5.1932 in Schloppe/Kreis Deutschkrone/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde · verhaftet am 3.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.8.1952 · hingerichtet am 18.8.1952 in Moskau



Helmut Wischniewski · Modelltischler · geb. am 2.12.1919 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Pirna/Sachsen · verhaftet am 9.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 23.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.10.2001



Joachim Worch · Kaufmann · geb. am 1.3.1902 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wannsee · verhaftet am 4.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999



Kurt Zipper · Finanzbeamter und LDP(D)-Abgeordneter in der Volkskammer · geb. am 16.3.1906 in Kolberg/Pommern · zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedrichshagen · verhaftet am 17.5.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 8.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.9.1952 · hingerichtet am 1.10.1952 in Moskau · rehabilitiert am 31.1.2002



Hellmuth Zoher · Kaufmännischer Angestellter · geb. am 16.3.1918 in Kunzendorf/Kreis Sorau/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 9.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.8.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.9.1950 · hingerichtet am 26.10.1950 in Moskau · rehabilitiert am 25.10.2001

Theodor Zulewsky · Kaufmann · geb. 1889 in Schadrau/Kreis Berent/
Westpreußen · zuletzt wohnhaft in Berlin · Todesurteil durch SMT Nr.
48240 am 13.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.9.1950 ·
hingerichtet am 23.9.1950 in Moskau

Auszug aus dem Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 22. November 1926 in der gültigen Fassung vom 1. Januar 1952 (Quelle: Strafgesetzbuch ..., übersetzt von Wilhelm Gallas, Berlin 1953, S. 16 ff.)

Art. 58, 1. Als gegenrevolutionär gilt jede Handlung, die auf den Sturz, die Unterhöhlung oder die Schwächung der Herrschaft der Räte der Arbeiter und Bauern und der von ihnen auf Grund der Verfassung der Union der SSR und der Verfassungen der Unionsrepubliken gewählten Regierungen der Arbeiter und Bauern der Union der SSR, der Unionsrepubliken und autonomen Republiken oder auf die Unterhöhlung oder die Schwächung der äußeren Sicherheit der Union der SSR und der grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und nationalen Errungenschaften der proletarischen Revolution gerichtet ist. Kraft der internationalen Solidarität der Interessen aller Werktätigen gelten Handlungen gleicher Art als gegenrevolutionär auch dann, wenn sie gegen einen anderen – der Union der SSR nicht angehörenden – Staat der Werktätigen gerichtet sind.

Art. 58, 1a. Vaterlandsverrat, d. h. Handlungen, begangen von Bürgern der UdSSR zum Nachteil der militärischen Macht der UdSSR, ihrer staatlichen Unabhängigkeit oder der Unantastbarkeit ihres Gebiets, wie Spionage, Preisgabe eines militärischen oder Staatsgeheimnisses, Überlaufen zum Feind, Flucht ins Ausland, wird bestraft – mit der schwersten Kriminalstrafe - Erschießung, verbunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens – bei Vorliegen mildernder Umstände mit zehn Jahren Freiheitsentziehung, verbunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens.

[...]

Art. 58, 6. Spionage, d.h. Weitergabe, Entwendung oder zwecks Weitergabe vorgenommene Sammlung von Nachrichten, die sich ihrem Inhalt nach als ein besonders schutzwürdiges Staatsgeheimnis darstellen, zugunsten ausländischer Staaten, gegenrevolutionärer Organisationen oder Privatpersonen, zieht nach sich – Freiheitsentziehung nicht unter drei Jahren, verbunden mit völliger oder teilweiser Vermögenskonfiskation; in den Fällen jedoch, in denen die Spionage besonders schwere Nachteile für die Interessen der Union der SSR herbeigeführt hat oder hätte herbeiführen können: Erhöhung bis zur schwersten Maßnahme des sozialen Schutzes – Erschießung oder Erklärung zum Feind der Werktätigen, verbunden mit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit der Unionsrepublik und damit der Staats-

angehörigkeit der Union der SSR, dauernder Verweisung aus dem Gebiet der Union der SSR und Vermögenskonfiskation. Weitergabe, Entwendung oder zwecks Weitergabe vorgenommene Sammlung von wirtschaftlichen Nachrichten, die sich ihrem Inhalt nach als ein besonders schutzwürdiges Staatsgeheimnis nicht darstellen, aber gemäß einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot oder der Verfügung des Leiters einer Behörde, Anstalt oder Unternehmung der Bekanntgabe entzogen sind, zugunsten der oben bezeichneten Organisationen und Personen, sei es entgeltlich, sei es unentgeltlich, ziehen nach sich – Freiheitsentziehung bis zu drei Jahren.

[...]

Art. 58, 10. Propaganda oder Agitation, die zu Sturz, Unterhöhlung oder Schwächung der Sowjetherrschaft oder zur Begehung einzelner gegenrevolutionärer Verbrechen (Art. 58,2 bis 58,9 dieses Gesetzbuchs) auffordern, sowie Verbreitung, Herstellung oder Aufbewahrung von Schriften gleichen Inhalts ziehen nach sich – Freiheitsentziehung nicht unter sechs Monaten. Werden die gleichen Handlungen bei Massenaufbruch, unter Ausnutzung religiöser oder nationaler Vorurteile der Massen, während des Krieges oder an Orten, über die der Kriegszustand verhängt ist, begangen, so ziehen sie nach sich – die in Art. 58,2 dieses Gesetzbuchs bezeichneten Maßnahmen des sozialen Schutzes.

Art. 58, 11. Auf die Vorbereitung oder Begehung der in diesem Kapitel vorgesehenen Verbrechen gerichtete organisatorische Tätigkeit jeglicher Art sowie Teilnahme an einer Organisation, die zur Vorbereitung oder Begehung eines in diesem Kapitel vorgesehenen Verbrechens gebildet worden ist, ziehen nach sich – die in den entsprechenden Artikeln dieses Kapitels genannten Maßnahmen des sozialen Schutzes.

[...]

Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky (Hrsg.): „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2006, 2. Auflage.

Andreas Hilger (Hrsg.): „Tod den Spionen!“. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953, Göttingen 2006.

Rasstrelnyje spiski. Moskwa 1935–1953. Donskoje kladbistsche. Moskwa, obstschestwo „Memorial“, Moskau 2005 (Erschießungslisten. Moskau 1935–1953. Donskoje-Friedhof. Gedenkbuch für die Opfer der politischen Repressionen. Hrsg. von der Gesellschaft Memorial. Moskau 2005. 5.065 Biografien in russischer Sprache).

Abkürzungen

BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
CIC	Counter Intelligence Corps (US-Spionageabwehr)
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FSB	Federalnaja slushba besopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation)
GM	Geheimer/e Mitarbeiter/in des Ministeriums für Staatssicherheit
GWP	Glawnaja woennaja prokuratura (Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation)
HO	Handelsorganisation der DDR
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
KGB	Komitet gosudarstwennoj besopasnosti SSSR (Komitee für Staatssicherheit der UdSSR)
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (e.V.) in Berlin-West
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LStU	Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

	tes der ehemaligen DDR
MdI	Ministerium des Inneren der DDR
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo gossudarstwenoj besopasnosti SSSR (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR)
MWD	Ministerstwo wnutrennich del SSSR (Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR)
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NKWD	Narodny komissariat wnutrennich del SSSR (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR; ab 1946: MWD)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NTS	Narodno-Trudowoj Sojus
OdF	Opfer des Faschismus
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RKM	Rotes Kreuz Moskau (Allianz der sowjetischen Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond)
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontroll-Kommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSD	Staatssicherheitsdienst der DDR (Bezeichnung in Westdeutschland)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VVB	Verwaltung Volkseigener Betriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZK	Zentralkomitee

Kontaktadressen

Weitere Informationen zu den historischen Ereignissen und Umständen können Sie dem Band „Erschossen in Moskau ...“ oder der Homepage von Facts & Files entnehmen.

Für Anmerkungen, Korrekturen und zusätzliche Hinweise wenden Sie sich bitte an unser Institut. Die Autoren sind dankbar für alle Informationen, die helfen, das Schicksal der Opfer des Stalinismus genauer zu beschreiben. Daher bitten wir Angehörige, Freunde oder Mithäftlinge, uns ihre Erinnerungen mitzuteilen und uns Fotos und Kopien von Dokumenten zu überlassen.

Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin
Pestalozzistraße 38 · 13187 Berlin
Telefon: 030 /48 09 86 20 · Fax: 030 /48 09 86 29
E-Mail: mail@factsandfiles.com
Internet: www.factsandfiles.com

Bei weiterreichenden Fragen bieten auch die beteiligten Partner des internationalen Forschungsprojektes ihre Unterstützung an:

Memorial Internationale Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge
Malyi Karetnyi Pereulok 12 · 127051 Moskau
Telefon: +7095 /2 09 78 83 · Fax: +7095 /9 73 20 94
E-Mail: zhemkova@memo.ru · Internet: www.memo.ru

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Otto-Braun-Straße 70-72 · 10178 Berlin
Telefon: 030 /23 24 72 00 · Fax: 030 /23 24 72 10
E-Mail: buero@stiftung-aufarbeitung.de
Internet: www.stiftung-aufarbeitung.de

Betroffene Familienangehörige und Mithäftlinge können beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München weitere Informationen zur Schicksalsklärung erhalten oder dort hinterlassen. Mit Hilfe eines Bescheides vom DRK ist es möglich, eine nun gültige oder verbesserte Sterbeurkunde ausstellen zu lassen.

Deutsches Rotes Kreuz – Suchdienst München
Chiemgaustraße 109 · 81549 München
Telefon: 089 /6 80 77 30 · Fax: 089 /68 07 45 92
E-Mail: info@drk-suchdienst.org
Internet: www.drk-suchdienst.org

Über das Auswärtige Amt können durch die Angehörigen Rehabilitationsurkunden bei der russischen Militärstaatsanwaltschaft beantragt werden; diese sind u. a. für die Einsicht der MGB-Akten beim Russischen Geheimdienst FSB notwendig. Hierfür sind dem Antrag an das Amt möglichst Kopien von Geburtsurkunden oder Ausweisen beizufügen, aus denen der Verwandtschaftsbezug zwischen Antragsteller und Opfer erkennbar ist.

Auswärtiges Amt
Ref. 506-12 · 11013 Berlin
E-Mail: 506-12@auswaertiges-amt.de
Internet: www.auswaertiges-amt.de

Für Fragen zur Rehabilitation, Entschädigung und Rentenleistungen in Deutschland wenden Sie sich an den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin
Scharrenstrasse 17 · 10178 Berlin
Telefon: 030 /24 07 92 0 · Fax: 030 /24 07 92 99

Da das MfS seit Anfang 1950 in die Verfolgung durch den sowjetischen Repressionsapparat eingebunden war, können bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen durch nahe Angehörige oder Forscher Anträge auf Schicksalsklärung gestellt werden. Da eine Reihe der Verhaftungen von Opfern aus West-Berlin durch MfS-Dienststellen der Länder und Bezirke im Umfeld von Berlin oder auf Reisen durch die DDR geschah, sind bei Bedarf auch Rechercheanträge an die betreffenden Außenstellen der BStU zu richten. Für diese Anträge sind alle bekannten biografischen Daten und die Umstände der Verhaftung sowie der späteren Verfolgung wie zum Beispiel der Ort der Inhaftierung, die Namen von Mithäftlingen oder Verhöre von Ehefrauen mitzuteilen. Diesem Antrag sind möglichst Kopien von Geburtsurkunden oder Ausweisen beizufügen, aus denen der Verwandt-

schaftsbezug zwischen Antragsteller und Opfer erkennbar ist.

BStU Zentralstelle Berlin
Otto-Braun-Straße 70/72 · 10178 Berlin
Telefon: 030 /23 24 50 · Fax: 030 /23 24 77 99
E-Mail: post@bstu.bund.de
Internet: www.bstu.bund.de

BStU Außenstelle Berlin (erreichbar über BStU Zentralstelle Berlin)

BStU Außenstelle Potsdam
Großbeerenstraße 301 · 14480 Potsdam
Telefon: 0331 /50 56 0 ·
Fax: 0331 /50 56 18 19
E-Mail: astpotsdam@bstu.bund.de